

Sitzungsunterlagen

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Rates
29.10.2024

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung Ö RAT	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 3.1 Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen- Errichtung eines Sportfeldes (3x3 Basketballfeld & Calisthenics-Anlage) an der Hummelbachhalle.	
Vorlage 145/2024	7
Anlage 1 - Interessengemeinschaft 3x3-Sportstätte_Herr Einck - Errichtung eines Sportfeldes an der Hummelbachhalle 145/2024	10
TOP Ö 3.2 Energetische Stadtsanierung – Wegfall des Zuschusses Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW 432) für Quartierskonzepte und nachfolgendem Sanierungsmanagement hier: Änderungen in der Haushaltsplanung im Bereich Klimaschutz	
Vorlage 003/2022/4	15
TOP Ö 3.3 Umgang der Gemeinde Nottuln mit dem Thema „Beschattung von Photovoltaikanlagen durch Bäume“, hier: Auswirkungen des Paragraphen 2 EEG	
Vorlage 171/2022/1	19
Anlage 1 - Erlass zu Grundsatzfragen bei der Anwendung des § 2 EEG bei 171/2022/1	23
Anlage 2 - Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zum Konflikt Baum und PV-Anlage 171/2022/1	33
TOP Ö 4.1 Anregung gem. § 24 GO NW - Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 "Daruper Straße"	
Vorlage 021/2023/4	37
Anlage 1 - Abwägungstabelle neu 021/2023/4	40
Anlage 2 - Bebauungsplan Nr. 167 021/2023/4	55
Anlage 3 - Bebauungsplan Nr. 167 Begründung 021/2023/4	56
Anlage 4 - Schalltechnische Prüfung 021/2023/4	73
TOP Ö 4.2 Anregung gemäß § 24 GO NW – 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“, hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	
Vorlage 047/2023/1	116
Anlage 1 - Abwägung zur 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 047/2023/1	119
Anlage 2 - Planzeichnung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 047/2023/1	124
Anlage 3 - Begründung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 047/2023/1	125
TOP Ö 4.3 Denkmalbereichs- und Gestaltungssatzung sowie Werbesatzung für den Ortskern der Gemeinde Nottuln	
Vorlage 061/2024/1	132
Anlage 1 - Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzungen 061/2024/1	135
TOP Ö 5 Sachstand Genossenschaft Lerchenhorst	
Vorlage 151/2024	136
TOP Ö 6 Einbringung des Haushaltsentwurfes 2025	
Vorlage 147/2024	138



Der Bürgermeister
der Gemeinde Nottuln

Nottuln, den 18.10.2024

Einladung

Am Dienstag, dem 29.10.2024, findet um 19:00 Uhr in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln, eine Sitzung

des Rates

der Gemeinde Nottuln statt, zu der Sie hiermit freundlich eingeladen werden.

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Mitteilungen**
- 3 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt und Mobilität**
 - 3.1 Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen- Errichtung eines Sportfeldes (3x3 Basketballfeld & Calisthenics-Anlage) an der Hummelbachhalle.
Vorlage: 145/2024
Vorberaten:
TOP 5, Ausschuss Umwelt und Mobilität, 24.09.2024, einstimmig angenommen, Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt. Siehe Beschlussänderung

- 3.2 Energetische Stadtsanierung – Wegfall des Zuschusses Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW 432) für Quartierskonzepte und nachfolgendem Sanierungsmanagement,
hier: Änderungen in der Haushaltsplanung im Bereich Klimaschutz
Vorlage: 003/2022/4
Vorberaten:
TOP 3, Ausschuss Umwelt und Mobilität, 24.09.2024, einstimmig angenommen, Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt.
- 3.3 Umgang der Gemeinde Nottuln mit dem Thema „Beschattung von Photovoltaikanlagen durch Bäume“, hier: Auswirkungen des Paragraphen 2 EEG
Vorlage: 171/2022/1
Vorberaten:
TOP 4, Ausschuss Umwelt und Mobilität, 24.09.2024, mehrheitlich angenommen, Ja 8 Nein 3 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt.
- 4 Bau- und Planungsangelegenheiten**
- 4.1 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 021/2023/4
Vorberaten:
TOP 3, Ausschuss Planen und Bauen, 01.10.2024, mehrheitlich angenommen, Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt.
- 4.2 Anregung gemäß § 24 GO NW – Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 047/2023/1
Vorberaten:
TOP 4, Ausschuss Planen und Bauen, 01.10.2024, einstimmig angenommen, Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt.
- 4.3 Denkmalbereichssatzung für den Ortskern der Gemeinde Nottuln
Hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschluss und Einstellung des Verfahrens
Vorlage: 061/2024/1
Vorberaten:
TOP 5, Ausschuss Planen und Bauen, 01.10.2024, einstimmig angenommen, Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0
Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandt.

- 5 Sachstand Genossenschaft Lerchenhorst
Vorlage: 151/2024**
- 6 Einbringung des Haushaltsentwurfes 2025
Vorlage: 147/2024**
- 7 Verschiedenes**

B. Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen**
- 2 Abschluss eines Mietvertrages**
- 3 Verschiedenes**

gez. Dr. Dietmar Thönnies

Beschlussergänzungen aus den Vorberatungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität am 24.09.2024:

TOP A 3.1 der Ratssitzung am 29.10.2024

Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen- Errichtung eines Sportfeldes (3x3 Basketballfeld & Calisthenics-Anlage) an der Hummelbachhalle.

Vorlage: 145/2024

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die dargestellte Fläche (Gemarkung Nottuln, Flur 69, Flurstücks-Nr. 411) aus baurechtlichen sowie lärmschutzrechtlichen Gründen geeignet wäre. Kosten für die Errichtung des Sportfeldes werden in den Haushalt 2025 eingestellt.

Geänderter Beschlussvorschlag gem. Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die dargestellte Fläche (Gemarkung Nottuln, Flur 69, Flurstücks-Nr. 411) aus baurechtlichen sowie lärmschutzrechtlichen Gründen geeignet wäre.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0



<p>öffentliche Beschlussvorlage Vorlagen-Nr. 145/2024</p>
<p>Produktbereich/Betriebszweig: 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen Datum: 10.09.2024</p>

Tagesordnungspunkt:

Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen- Errichtung eines Sportfeldes (3x3 Basketballfeld & Calisthenics-Anlage) an der Hummelbachhalle.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die dargestellte Fläche (Gemarkung Nottuln, Flur 69, Flurstücks-Nr. 411) aus baurechtlichen sowie lärmschutzrechtlichen Gründen geeignet wäre. Kosten für die Errichtung des Sportfeldes werden in den Haushalt 2025 eingestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Auf Grundlage einer groben Kostenschätzung entstehen finanzielle Auswirkungen von ca. 100.000 €.

Klimatische Auswirkungen:

Versiegelung der Fläche und Einsatz von Baustoffen.

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Ausschuss Umwelt und Mobilität	24.09.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	
Rat	29.10.2024	öffentlich			

Vorlage Nr. 145/2024

	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

Der Bürgerantrag gemäß § 24 vom 23.08.2024 befindet sich im Anhang.

Die Verwaltung schlägt vor zu prüfen ob eine Eignung der Fläche (Gemarkung Nottuln, Flur 69, Flurstücks-Nr. 411) aus baurechtlichen sowie aus lärmschutzrechtlichen Gründen vorliegt. Die Grundlagen werden benötigt um weitere Planungsschritte vornehmen zu können.

Anlagen:

Anlage 1: Bürgerantrag nach § 24 der Gemeindeordnung vom 23.08.2024.

Verfasst:
gez. Wermeling

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch

43-2024

Nottuln, 23.08.2024

Interessengemeinschaft 3x3 Sportstätte
Vertreten durch:
Bastian Einck
Nonnenbachtal 27a
48301 Nottuln

Gemeinde Nottuln

26. Aug. 2024

Fachbereich BM1

An den
Rat der Gemeinde Nottuln
48301 Nottuln

**Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Errichtung eines Sportfeldes (3x3-Basketballfeld & Calisthenics-Anlage) an der
Hummelbachhalle – Überarbeitete Variante**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Thönnnes,

hiermit beantragen wir im Namen zahlreicher Unterstützer den Bau einer öffentlich zugänglichen Sportanlage. Die Anlage soll aus einem 3x3-Basketballfeld und einer Calisthenics-Anlage bestehen. Teil unserer Planung wäre zudem die Errichtung einer ca. 40 qm großen Abstellfläche für Fahrräder neben den vorhandenen drei PKW Stellplätzen.

In unserer Gemeinde gibt es allgemein zu wenig Freizeitangebote und öffentlich zugängliche Sportanlagen. Vor allem Kinder und Jugendliche sollten durch ein breites öffentliches Angebot besser gefördert werden, aber auch für Erwachsene sind unkommerzielle Sportstätten ein wichtiges Gut. Zudem wäre eine solche Anlage eine Begegnungsstätte für alle Sportbegeisterten in Nottuln.

Im Vorfeld haben wir uns viele Gedanken über die optimale Lage gemacht. Im Umfeld der Sportanlagen gibt es durchaus größere Freiflächen. Wir denken jedoch, dass die kleine Brachfläche (siehe Anlage) zwischen der Hummelbachhalle und dem Fußballplatz optimal wäre. Zudem ist die Lage sozial sehr gut kontrolliert, da die vorhandene Zuwegung sehr stark von Besuchern der naheliegenden Einrichtungen frequentiert wird.

Ein großer Streitpunkt in unserer Gemeinde ist oft die Lautstärke von Sportanlagen; Umgeben von Hummelbachhalle, Sportplatz, Spielplatz, Freibad, Grundschule, Stadion sowie der Steverschule fügt sich der Basketballplatz gut ein und die verbrauchte Fläche ist im Vergleich zu den anderen Sportanlagen minimal.

Zudem wäre die Fläche von der nächsten Wohnbebauung (Niederstockumer Weg und

■ Wilhelm-Busch-Weg) durch die Hummelbachhalle akustisch regelrecht abgeschirmt, was die

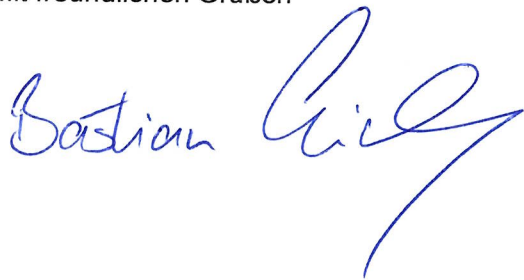
Eignung dieser Fläche, auch hinsichtlich Schallschutzgesichtspunkten, unterstreicht.

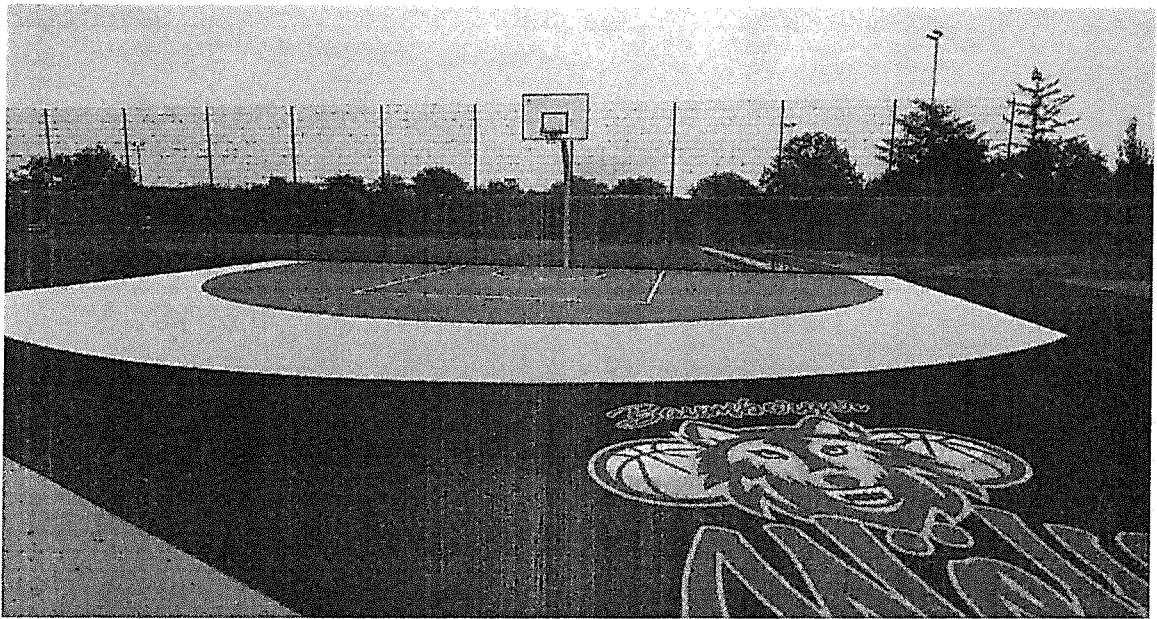
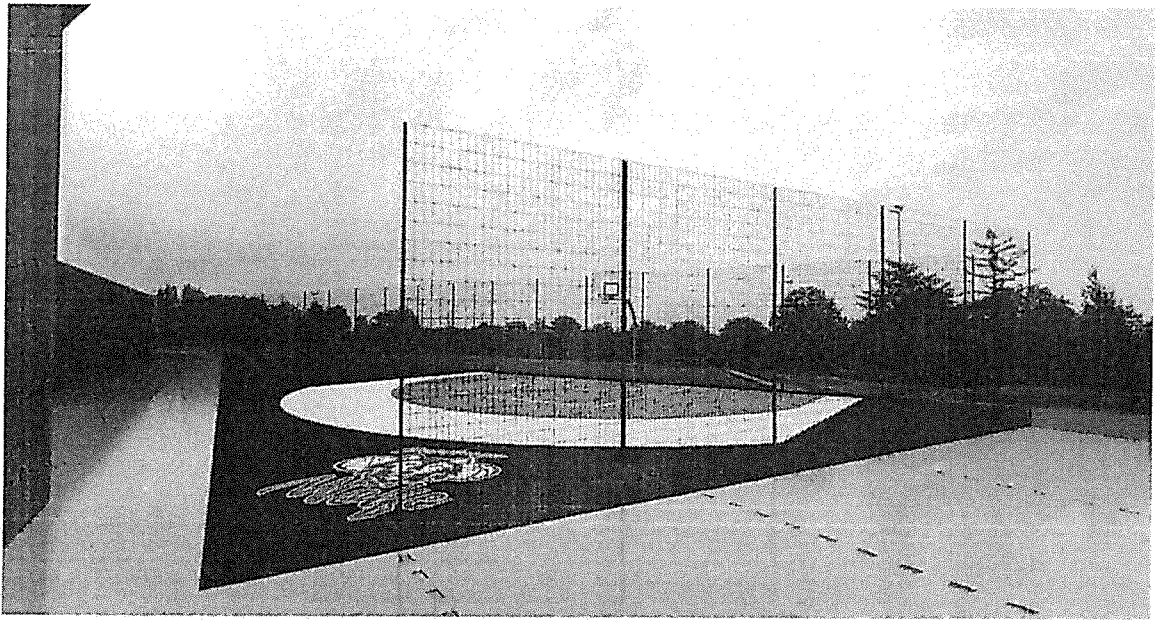
Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Investitionskosten und der hohen Nachfrage nach solchen Sport- und Begegnungsstätten sind wir sehr zuversichtlich, dieses Projekt mit der Gemeinde sowie durch Sponsoren und die Eigeninitiative der Befürworterinnen und Befürworter erfolgreich verwirklichen zu können.

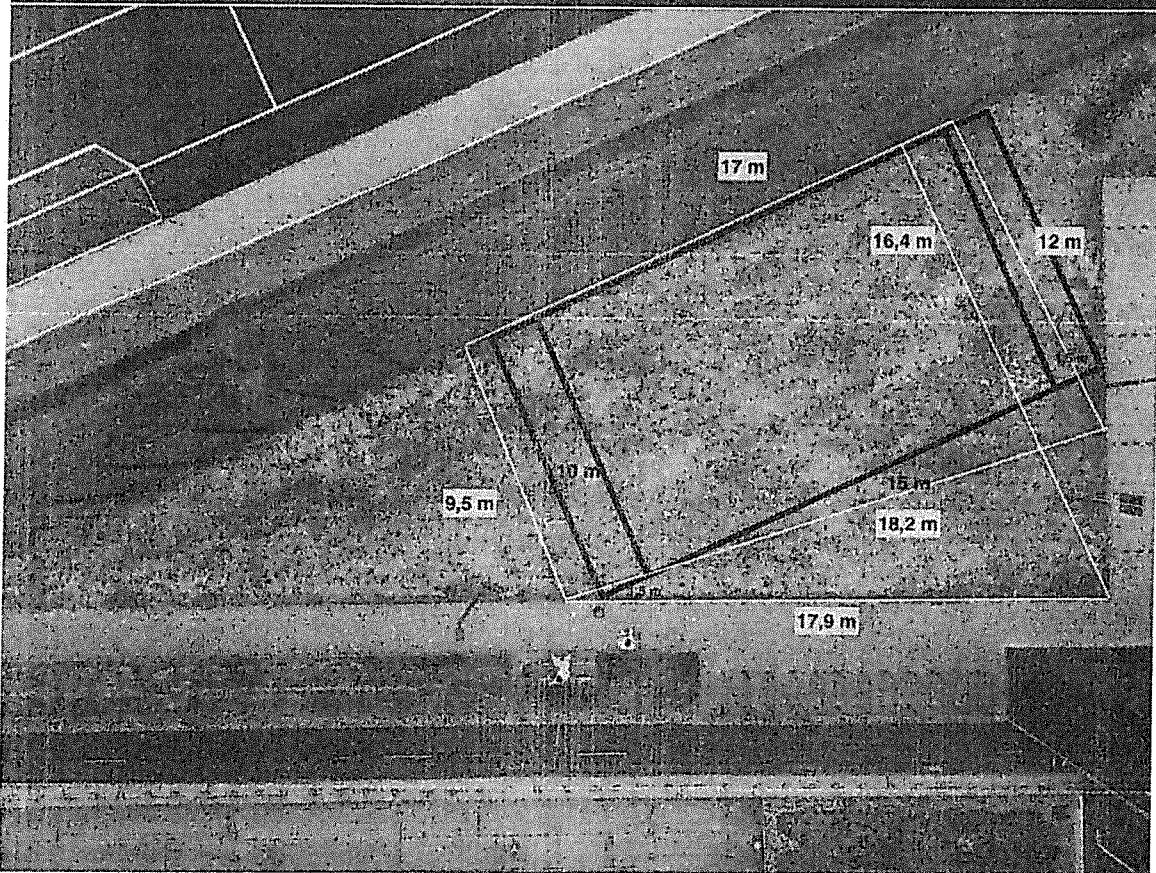
Unsere Anregung wird von einer breiten Sponsoren- und Helfergruppe wie den Uni Baskets Münster, DJK GW Nottuln oder Westenergie unterstützt.

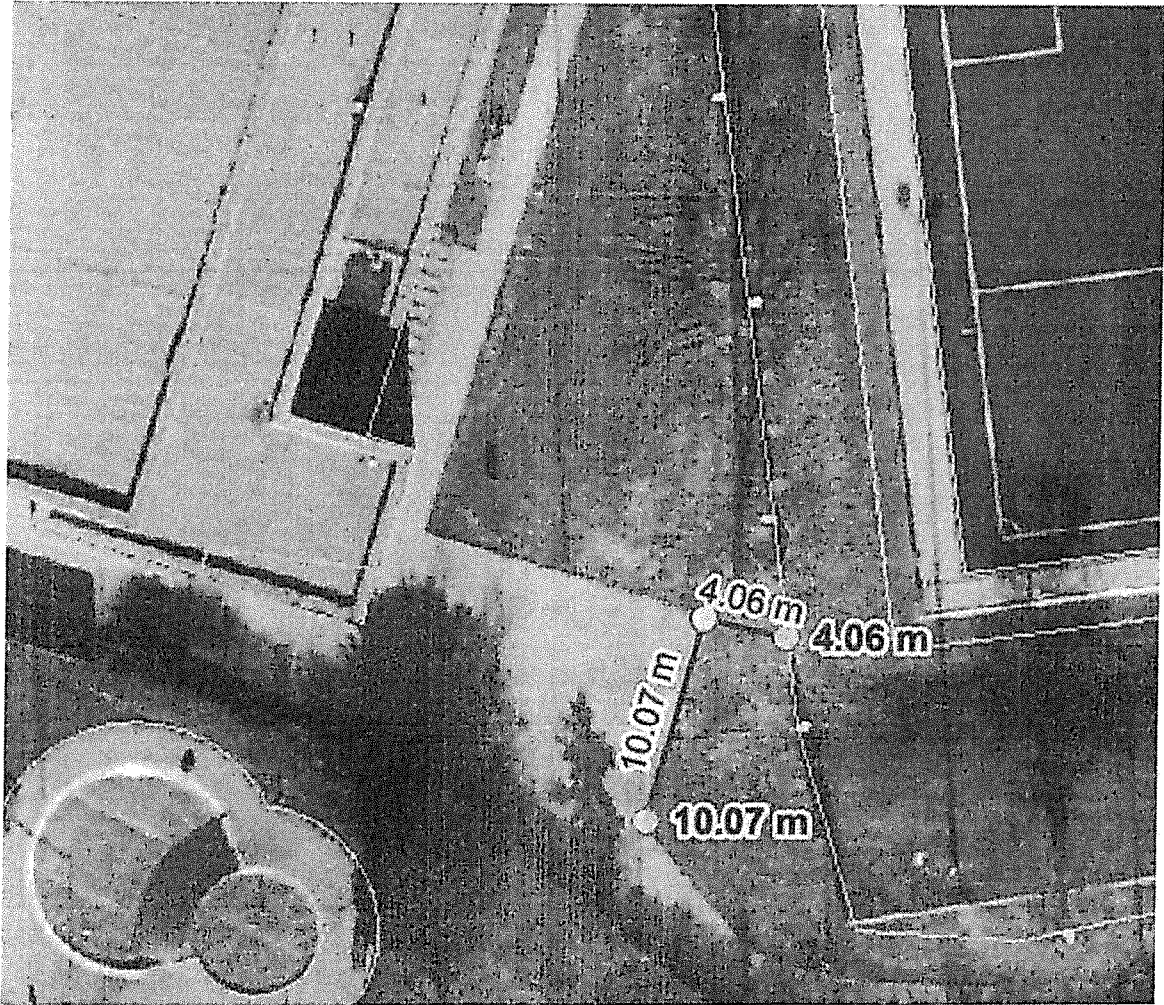
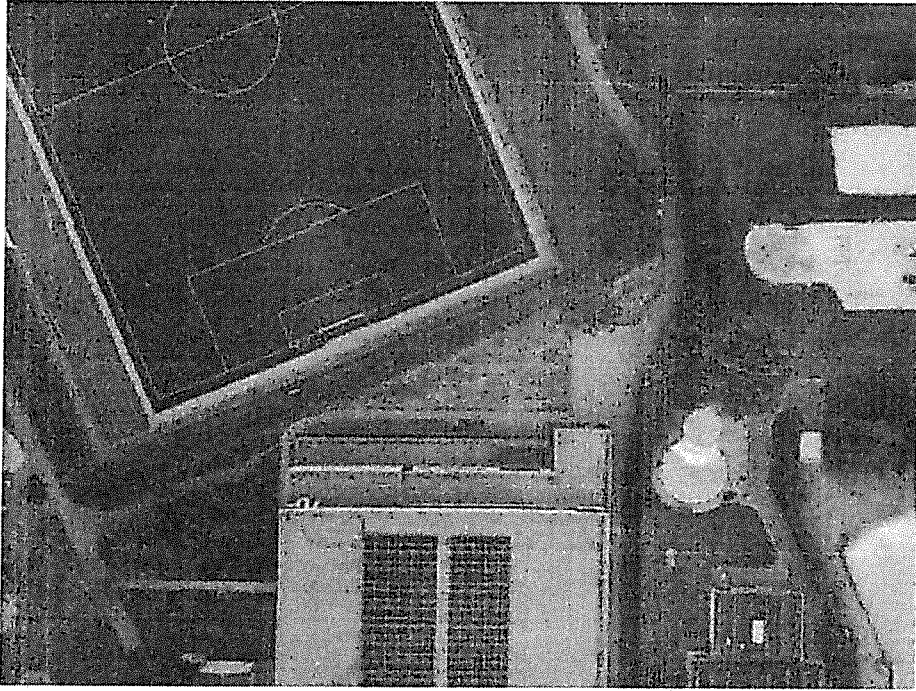
Die Patenschaft würde die Basketballabteilung von SV DJK GW Nottuln gerne übernehmen. Außerdem bietet die Abteilung Hilfe bei Planung und Umsetzung an. Geplant ist, auf dem Feld jedes Jahr ein überregionales 3x3-Turnier zu veranstalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Bastian King". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.









öffentliche Beschlussvorlage Vorlagen-Nr. 003/2022/4
Produktbereich/Betriebszweig: 14 Umweltschutz Datum: 12.09.2024

Tagesordnungspunkt:

Energetische Stadtsanierung – Wegfall des Zuschusses Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW 432) für Quartierskonzepte und nachfolgendem Sanierungsmanagement, hier: Änderungen in der Haushaltsplanung im Bereich Klimaschutz

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die nächsten Jahre vorsorglich eingestellten Mittel für weitere Quartierskonzepte und nachfolgendem Sanierungsmanagement (in Höhe der jeweiligen Eigenanteile) für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Quartierskonzept und weiterer Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung einzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine weiteren.

Klimatische Auswirkungen:

Es sind positive Auswirkungen zu erwarten, da die Änderungen in der Haushaltsplanung die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und -anpassung beschleunigen. Damit wird auch ein weiterer Beitrag für eine Klimaneutralität im Jahre 2030 geleistet.

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Ausschuss Umwelt und Mobilität	24.09.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	
Rat	29.10.2024	öffentlich			

...

Vorlage Nr. 003/2022/4

	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 22.02.2022 hat der Rat der Gemeinde Nottuln beschlossen, die „Förderung „Energetische Stadtsanierung“ (KfW 432) für die Erstellung eines integrierten Quartierskonzeptes für energetische Sanierungsmaßnahmen“ zu beantragen und „nach Bewilligung ein entsprechendes Konzept“ zu erstellen. In einem zweiten Schritt sollte der Zuschuss für ein entsprechendes Sanierungsmanagement beantragt und nach Bewilligung ein solches Management durchgeführt werden, das die Planung sowie die Realisierung der in den Konzepten vorgesehenen Maßnahmen begleitet und koordiniert. Dafür notwendige Haushaltsmittel sollten sukzessive bereit bereitgestellt werden. Weitere Quartierskonzepte mit entsprechendem Sanierungsmanagement sollten folgen.

Dem ist die Gemeindeverwaltung gefolgt und zwischenzeitlich wurde das erste Quartierskonzept „Nottuln Ortskern/Nord-West“ fertiggestellt (Kosten 57.721 €). Für die Beantragung der Auszahlung der zugehörigen Förderung (43.291 €) fehlt aktuell noch der Beschluss des Rates. Auch Mittel für ein entsprechendes Sanierungsmanagement (i.d.R. dreijährig) sowie für nachfolgende Quartierskonzepte mit entsprechendem Management wurden vorsorglich im Haushalt für 2024 und die folgenden Jahre eingeplant.

Bedauerlicherweise hat der Bund im letzten Quartal 2023 beschlossen, 2024 keine weiteren Mittel für das Programm "Energetische Stadtsanierung" im Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Auch für die Folgejahre sind bislang keine Mittel vorgesehen. Damit konnten bereits Ende 2023 und können voraussichtlich auch künftig im KfW-Programm 432 keine Anträge mehr gestellt werden. Bereits zugesagte Zuschüsse sind von diesen Beschlüssen nicht betroffen.

Da das geplante Sanierungsmanagement entfällt, arbeitet die Verwaltung bereits intensiv an alternativen Umsetzungsmöglichkeiten. Im Hinblick auf die Beratung der Bürger:innen wird die gute Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale NRW sowie der Kreishandwerkerschaft und dem Kreis Coesfeld fortgesetzt und intensiviert. Beispielsweise hat die Gemeinde Nottuln für das erste Quartal 2025 von der VZ NRW bereits ein Kontingent über 40 Energieberatungen vor Ort (mit Abschlussbericht) erhalten. Die Kosten für die Bürger:innen im Quartier, die eine solche Beratung in Anspruch nehmen, betragen jeweils 30 €. Diese werden von der Verwaltung rückwirkend gegen Vorlage der Rechnung erstattet werden.

Im integrierten energetischen Quartierskonzept „Nottuln Ortskern/Nord-West“ sind u. a. einige Maßnahmen zum Thema Mobilität, hier beispielsweise auch zum Stichwort Barrierefreiheit enthalten sowie Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung. Für diese und für Sanierungsmaßnahmen könnten Mittel der Städtebauförderung eingesetzt werden. Voraussetzung dafür ist ein neues integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK). Auch weitere Fördermöglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der KfW-Förderung „Natürlicher Klimaschutz“ und anderer Fördermittelgeber werden geprüft.

Vorlage Nr. 003/2022/4

Das Quartierskonzept „Nottuln Ortskern/Nord-West“ enthält viele Anregungen und Maßnahmen, die auch auf andere Teile des Gemeindegebietes zutreffen und übertragbar sind. Auch hier soll eine Umsetzung erfolgen.

Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren natürlich auch auf Nottuln zunehmend Aufgaben im Rahmen der Klimaanpassung, nicht zuletzt auch der Hitzeaktionsplanung zukommen.

Auch bleibt abzuwarten wie NRW das aktuelle bundesweite Klimaanpassungsgesetz (KAnG) im Hinblick auf eine Aktualisierung des eigenen KAnG NRW umsetzt und ob daraus eine Pflicht für ein Klimaanpassungskonzept und dessen Umsetzung entsteht.

Die Verwaltung empfiehlt daher die für die nächsten Jahre vorsorglich eingestellten Mittel für weitere Quartierskonzepte mit Sanierungsmanagement (in Höhe der jeweiligen Eigenanteile) für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Quartierskonzept und weiterer Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung einzusetzen. Nicht zuletzt soll damit ein weiterer Schritt in Richtung Klimaneutralität im Jahre 2030 gegangen werden.

Verfasst:
gez. Marquardt-Wißmann

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch



Tagesordnungspunkt:

Umgang der Gemeinde Nottuln mit dem Thema „Beschattung von Photovoltaikanlagen durch Bäume,, hier: Auswirkungen des Paragraphen 2 EEG

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen über die Bedeutung des Paragraphen 2 EEG im Hinblick auf die Problematik der Verschattung von PV-Anlagen durch Bäume werden zur Kenntnis genommen und die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der dargelegten rechtlichen Möglichkeiten grundsätzlich den Erhalt vitaler gemeindeeigener Bäume anzustreben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Klimatische Auswirkungen:

Bäume besitzen für den Klima- und Artenschutz sowie eine erfolgreiche Klimaanpassung eine herausragende Bedeutung.

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Ausschuss Umwelt und Mobilität	24.09.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	
Rat	29.10.2024	öffentlich			

...

Vorlage Nr. 171/2022/1

Beratungsergebnis			
einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

In der Vergangenheit und auch gegenwärtig erreichen die Gemeindeverwaltung mehrfach Anfragen bezüglich einer Baumfällung bzw. eines Baumrückschnittes, da aufgrund von Verschattungen das volle Potenzial einer (möglichen) Photovoltaik-Anlage nicht ausgeschöpft werden kann.

Bäume sind jedoch ein bedeutender Bestandteil für den Klima- und Artenschutz sowie eine erfolgreiche Klimaanpassung. Als multifunktionale „Alleskönner“ speichern sie beispielsweise klimaschädliches Kohlendioxid und liefern Sauerstoff. Sie kühlen und reinigen die Luft, spenden Schatten an heißen Tagen, dämpfen Umgebungslärm und sind Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren. Schon der Anblick von Grün in der Stadt reicht oft aus, damit sich Menschen besser fühlen.

Gleichzeitig ist jedoch auch der Ausbau erneuerbarer Energien von hoher Relevanz, um unabhängiger von fossilen Rohstoffen zu werden sowie zur Dekarbonisierung beizutragen. Dies hat auch die Bundesregierung erkannt und das „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ inklusive Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) auf den Weg gebracht, welches am 01.01.2023 in Kraft trat. Dabei kommt dem Ausbau erneuerbarer Energien eine besondere Rolle zu, da sie „im überragenden öffentlichen Interesse“ liegen und „der öffentlichen Sicherheit“ dienen (§ 2 EEG). „Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden“ (vgl. [Bundesgesetzblatt BGBl. Online-Archiv 1949 - 2022 | Bundesanzeiger Verlag](#)).

Diese Regelung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen, da das Gesetz zwar den Ausbau erneuerbarer Energien fordert, der Schutzwürdigkeit des vorhandenen Baumbestandes jedoch nicht ausreichend Rechnung trägt. Auch andere (kreisangehörige) Kommunen erreichen Anfragen nach Rückschnitt und Baumentnahmen. Am 13.12.2022 hat der Rat der Gemeinde Nottuln daher folgenden Beschluss gefasst: „Die Verwaltung wird beauftragt, in Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen sowie dem Kreis Coesfeld zu treten, um eine abgestimmte, einheitliche Vorgehensweise anzustreben. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, den Sachverhalt an die Bezirksregierung weiterzuleiten, um grundsätzlich eine rechtliche Einordnung sowie Handlungsempfehlung zu erhalten.“ (vgl. Niederschrift).

Dem ist die Verwaltung nachgekommen und hat sich im Rahmen des Kommunalen Klimanetzes (Netzwerk aller Klimaschutzmanager:innen und -beauftragten im Kreis Coesfeld) gemeinsam mit dem Klimaschutzmanagement des Kreises Coesfeld über die weitere Vorgehensweise abgestimmt. Nachfolgend wurde nach einer ersten juristischen Einschätzung des Kreises eine entsprechende Anfrage an die Bezirksregierung Münster adressiert.

In ihrer Antwort vom 30.04.2024 weist die Bezirksregierung u. a. darauf hin, dass das Wirtschaftsministerium „vor dem Hintergrund der Novellierung des EEG und der in § 2 EEG normierten Handlungsrichtlinie des "überragenden öffentlichen Interesses an erneuerbaren Energien" (...) derzeit einen Runderlass erarbeite, „in dem detailliert beschrieben werde, wie § 2 in der Abwägungsentscheidung anzuwenden ist.(...)“.

Inzwischen liegt der „Erlass zu Grundsatzfragen bei der Anwendung des § 2 EEG bei Verwaltungsentscheidungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (§ 2 EEG-Grundsatzterlass)“ vom 25.Juni 2024 als gemeinsamer Runderlass von gleich vier Ministerien vor (vgl. Anlage 1). Er soll als Arbeitshilfe dienen, inwieweit im Einzelfall eine Anwendung des § 2 EEG zu prüfen ist und Hinweise, mit welcher Bedeutung § 2 EEG regelmäßig in eine Schutzgüterabwägung einzustellen ist. Der Erlass ist am 26.06.2024 in

Vorlage Nr. 171/2022/1

Kraft getreten. Die Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes führt zwar dazu, dass in dem weiterhin notwendigen Abwägungsprozess der Vorrang der erneuerbaren Energien in der Regel nicht gesondert begründet werden muss (Verweis auf die Wertung des § 2 EEG reicht aus). Dennoch sind aber Belange, die den erneuerbaren Energien im Einzelfall gegenüberstehen in die Abwägung miteinzubringen und darzustellen. Sofern es sich dabei um Belange mit gleichwertigem Verfassungsrang handelt oder wenn die Annahme eines „atypischen Falles“ vorliegt, besteht allerdings ein erhöhtes Begründungserfordernis. Dies bedeutet, dass dezidiert darzulegen ist, warum ein anderer Verfassungsrang oder gleichwertiger Rang das überragende öffentliche Interesse an den erneuerbaren Energien und deren Beitrag zur öffentlichen Sicherheit ausnahmsweise überwiegen (BT-Drs.20/1630, Seite 159). Das betrifft beispielsweise auch die ebenfalls verfassungsrechtlich durch Artikel 20a des Grundgesetzes geschützten natürlichen Lebensgrundlagen, wozu auch Bäume gehören. Wie der Klimaschutz, der ebenfalls Schutzgut des Artikel 20a GG ist, genießt also auch der Baumschutz Verfassungsrang. Somit geht es um einen Konflikt zweier gleicher Verfassungsrechtsgüter, da Anlagen für erneuerbare Energien und Bäume eine klimaschützende Funktion aufweisen und somit dieselbe Zielsetzung verfolgen.

Die „Kommunen für biologische Vielfalt“ haben hierzu über ein Gerichtsurteil informiert, zu welchem der Deutsche Städtetag zusammenfassend schreibt: „Im vorliegenden Fall geht nach der Auffassung des VG die notwendige Abwägung des Einzelfalls zwischen dem öffentlichen Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien und dem Schutz des Baumes zugunsten des Baumschutzes aus. Das Gericht argumentiert, dass nach wie vor eine umfassende Abwägungsentscheidung im Einzelfall erforderlich sei. Der § 2 EEG 2023 führe nicht zu einem automatischen und absoluten Vorrang der erneuerbaren Energien.“ (vgl. Anlage 2).

Fazit:

Alle bislang vorliegenden Einschätzungen, der Erlass sowie das angefügte Gerichtsurteil stellen heraus, dass der § 2 EEG kein „Freischein“ für die Entnahme eines Baumes ist, sondern eine Abwägung erfolgen muss, bei der ein Baum durchaus mindestens gleichrangige Bedeutung haben kann.

Die Verschattung einer PV-Anlage durch einen Bestandsbaum wirkt sich zwar durch einen Minderertrag der Anlage auf die Amortisationszeiten, jedoch nicht auf die grundsätzliche Funktionsfähigkeit aus. Hier gibt es zudem technische Möglichkeiten der Optimierung. Dem steht die herausragende Bedeutung eines vitalen Baumes gegenüber (vgl. o.), die mit zunehmendem Alter ansteigt. Die Verwaltung empfiehlt daher, im Hinblick auf die Problematik der Verschattung einer PV-Anlage durch einen Baum, im Rahmen der dargelegten rechtlichen Möglichkeiten grundsätzlich den Erhalt vitaler gemeindeeigener Bäume anzustreben.

Anlagen:

Anlage 1: Erlass zu Grundsatzfragen bei der Anwendung des § 2 EEG bei

Anlage 2: Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zum Konflikt Baum und PV-Anlage

Verfasst:
gez. Marquardt-Wißmann

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch

751

Erlass zu Grundsatzfragen bei der Anwendung des § 2 EEG bei Verwaltungsentscheidungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (§ 2 EEG-Grundsatzterlass)

Gemeinsamer Runderlass
des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung

des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-
Westfalen

Vom 25. Juni 2024

1

Gegenstand des Erlasses

§ 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, regelt die Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Rahmen von Schutzgüterabwägungen. Solche Abwägungen sind naturgemäß durch den Rechtsanwender im Einzelfall zu treffen und entziehen sich einer schematischen Betrachtung.

Dieser Erlass soll eine Arbeitshilfe geben, inwieweit im Einzelfall eine Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu prüfen ist. Ferner soll er Hinweise geben, mit welcher Bedeutung § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes regelmäßig in eine Schutzgüterabwägung einzustellen ist. Weitere Hilfestellungen zur Anwendung im Einzelfall im Zusammenhang mit einzelnen Rechtsnormen erfolgen gegebenenfalls durch die jeweils fachlich zuständigen Ressorts.

2

Allgemein

In Umsetzung der durch das Bundesverfassungsgericht klargestellten verfassungsrechtlichen Pflicht des Staates zum Klimaschutz nach Artikel 20a des Grundgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478) geändert worden ist (BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18) hat der Bundesgesetzgeber im novellierten § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die herausragende Bedeutung und Stellung des Ausbaus der erneuerbaren Energien für den Klimaschutz normiert. Dieser lautet:

„¹Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. ²Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu

treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. ³Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.“

Damit liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit, § 2 Satz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Bei der Auslegung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist zudem zu berücksichtigen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur dem Klimaschutz, sondern zumindest mittelbar dem Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums vor den Gefahren des Klimawandels dient (BVerfG, Beschluss vom 23.03.2022 - 1 BvR 1187/17 -, Randnummer 105; vergleiche insoweit auch Erwägungsgrund 3 der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82, L 311 vom 25.9.2020, S. 11, L 41 vom 22.2.2022, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 (ABl. L 2023/2413, 31.10.2023) geändert worden ist sowie Artikel 3 der Verordnung (EU) 2022/2577 des Rates vom 22. Dezember 2022 zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energie (ABl. L 335 vom 29.12.2022, S. 36), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2024/223 (ABl. L, 2024/2023, 10.1.2024) geändert worden ist). Dieses nicht im Wortlaut des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes enthaltene Schutzgut findet über das „allgemeine“ überragende öffentliche Interesse in § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Eingang in die Verwaltungsentscheidung (VG Braunschweig, Urteil vom 11.05.2022 – 2 A 100/19, Randnummer 51 f.).

Gemäß § 2 Satz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Dieser Abwägungsvorrang gilt so lange, bis die Stromerzeugung nahezu treibhausgasneutral ist. Zu den Schutzgüterabwägungen zählen insbesondere Abwägungsentscheidungen unter anderem gegenüber seismologischen Stationen, dem Denkmalschutz, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht (BT-Drs. 20/1630, Seite 159; OVG Münster, Beschluss vom 04.08.2022 – 22 A 488/20, Randnummer 55 ff.; VGH Mannheim, Beschluss vom 10.11.2022 – 10 S 1312/22, Randnummer 55 f.).

Gemäß § 2 Satz 3 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sind vom grundsätzlichen Vorrang gemäß Satz 2 einzig die Belange der Landes- und Bündnisverteidigung ausgenommen. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass die Erneuerbaren Energien stets hinter den Verteidigungsbelangen zurückstehen müssen. Satz 1 bleibt anwendbar. In diesen Fällen muss eine Einzelfallentscheidung unter Zugrundelegung und Abwägung beider Belange erfolgen.

Gleichrangige Belange können sich aus einer entsprechenden gesetzlichen Festlegung ergeben. In diesem Zusammenhang kann der Ausbau der Erneuerbaren Energien nur synchron mit dem entsprechendem Aus-, Auf- und Umbau der erforderlichen Energieinfrastrukturen erfolgen. Insbesondere Vorhaben für den Ausbau der Stromnetze und den Aufbau eines Wasserstoffnetzes liegen im

überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit (vergleiche § 1 Absatz 1 Satz 2 des Bundesbedarfsplangesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, § 1 Absatz 2 Satz 3 des Energieleitungsausbaugesetzes vom 21. August 2009 (BGBl. I S. 2870), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, § 43 Absatz 3a Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist für Hochspannungsleitungen, § 28r Absatz 8 Satz 4 des Energiewirtschaftsgesetzes und § 43l Absatz 1 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes für die Wasserstoffleitungen, § 14d Absatz 10 des Energiewirtschaftsgesetzes für Verteilnetze ab 110 kV).

2.1

Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich bezieht sich zunächst auf Anlagen im Sinne des § 3 Nummer 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Eine Anlage ist demnach „jede Einrichtung zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien oder aus Grubengas, wobei im Fall von Solaranlagen jedes Modul eine eigenständige Anlage ist; als Anlage gelten auch Einrichtungen, die zwischengespeicherte Energie, die ausschließlich aus erneuerbaren Energien oder Grubengas stammt, aufnehmen und in elektrische Energie umwandeln“. Erneuerbare Energien sind nach § 3 Nummer 21 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Wasserkraft, einschließlich der Wellen-, Gezeiten-, Salzgradienten- und Strömungsenergie, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie sowie Energie aus Biomasse einschließlich Biogas, Biomethan, Deponiegas und Klärgas sowie aus dem biologisch abbaubaren Anteil von Abfällen aus Haushalten und Industrie. Nebenanlagen dienen gemäß § 3 Nummer 15a des Erneuerbare-Energien-Gesetzes der Errichtung oder dem Betrieb einer Anlage, einschließlich elektrischer Leitungen, Steuerungs- und Kommunikationsleitungen, Montage- und Kranstellflächen, Zuwegungen, Transformator- und Übergabestationen, wobei Anlagen jenseits der Übergabestation, einschließlich des Umspannwerks, nicht erfasst sind.

§ 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist in Verwaltungshandeln mit Schutzgüterabwägung durch Behörden oder sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechtes mit Blick auf den jeweiligen Entscheidungsgegenstand und Belang anzuwenden; insbesondere führt § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht dazu, dass eine Abwägung entfällt. Hierzu gehören insbesondere Ermessens- und Abwägungsentscheidungen. Auch sind Beurteilungsspielräume umfasst, sofern im Rahmen der Beurteilung eine Abwägung erfolgt und damit auch das öffentliche Interesse an erneuerbaren Energien berücksichtigt werden kann (vergleiche VGH Mannheim, Urteil vom 04.04.2023, 10 S 1560/22, Randnummer 51). Darüber hinaus kann § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe Anwendung finden. Voraussetzung dafür ist, dass es der unbestimmte Rechtsbegriff vor dem Hintergrund der jeweiligen Regelungsmaterie zulässt, das Interesse am Klimaschutz beziehungsweise an erneuerbaren Energien in die Auslegung einzubeziehen. Auch im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung ist § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu berücksichtigen, wenn das Interesse an erneuerbaren Energien beispielsweise in die Zweck-Mittel-Relation einfließt.

2.2

Berücksichtigung als vorrangiger Belang

§ 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes regelt, mit welchem Gewicht der Ausbau erneuerbarer Energien in Abwägungsentscheidungen einzustellen ist. Daraus folgt, dass der Rechtsanwender auch im Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien nicht von einer Abwägung befreit ist. Das Unterlassen einer durchzuführenden Abwägung hat die Rechtswidrigkeit der behördlichen Entscheidung zur Folge.

Durch die Regelung des § 2 Satz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat der Bundesgesetzgeber der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse beigemessen, welches in allen Entscheidungen zum Tragen kommt, in denen § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu berücksichtigen ist (vergleiche Ausführungen zu Nummer 1.1). § 2 Satz 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes normiert darüber hinaus einen vorübergehenden, relativen Gewichtungsvorrang der erneuerbaren Energien. Damit haben erneuerbare Energien in den durchzuführenden Abwägungen in aller Regel den Vorrang (BT-Drs. 20/1630, S. 159).

Lediglich in Ausnahmefällen, in Form von atypischen Sonderfällen oder bei gleichrangigen Schutzgütern, können andere Belange überwiegen, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen sind (OVG Greifswald, Urteil vom 07.02.2023, Az.: 5 K 171/22 OVG, Randnummer 160).

Die erneuerbaren Energien sind nach der verfassungsrechtlich zu beachtenden Grundsatzentscheidung des Gesetzgebers, die Energieversorgung durch Erneuerbare-Energien-Anlagen klimaneutral zu gestalten, als wesentlicher Bestandteil des im Grundgesetz verankerten Klimaschutzgebots anzusehen. Ihnen können daher öffentliche Interessen beziehungsweise Belange mit Verfassungsrang oder gleichwertigem Rang entgegenstehen (BT-Drs. 20/1630, S. 159). Insbesondere sobald den erneuerbaren Energien öffentliche Belange von Verfassungsrang oder grundrechtlich geschützte private Interessen entgegenstehen, ist eine umfassende, einzelfallbezogene Abwägung durchzuführen und im Wege der praktischen Konkordanz ein schonender Ausgleich zwischen den widerstreitenden Verfassungsprinzipien und verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern herzustellen. Dabei sind in der Rechtsprechung bereits einige Abwägungskonstellationen entschieden worden (siehe etwa zum Denkmalschutzrecht mit Verfassungsrang: OVG NRW Urteil vom 31.10.2023, 7 D 187/22.AK, juris, Randnummer 160).

Dies entspricht auch der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. So hat das Bundesverfassungsgericht hierzu ausgeführt, dass Artikel 20a des Grundgesetzes keinen unbedingten Vorrang gegenüber anderen Belangen besitzt, sondern im Konfliktfall in einen Ausgleich mit anderen Verfassungsgütern und Verfassungsprinzipien zu bringen ist (BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18, Randnummer 198). Dabei ist mit Blick auf die weitestgehende Unumkehrbarkeit des Klimawandels eine Überschreitung der zum Schutz des Klimas einzuhaltenden Temperaturschwelle jedoch nur unter engen Voraussetzungen etwa zum Schutz von Grundrechten oder der natürlichen Lebensgrundlagen zu rechtfertigen, mithin also mit dem Artikel 20a des

Grundgesetzes vergleichbare oder diesem immanente verfassungsrechtliche Schutzgüter (BT-Drs. 20/1630, Seite 159). Schließlich nimmt das relative Gewicht des Klimaschutzgebots in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter zu (BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18, Randnummer 143 ff.). Diesem Verständnis ist bei der Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes als Ausprägung des Klimaschutzgebots des Artikel 20a des Grundgesetzes Rechnung zu tragen.

2.3

Umgang mit § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der räumlichen Planung

§ 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ändert nichts daran, dass eine im Grundsatz ergebnisoffene Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist, oder § 7 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, stattfinden muss, in der alle öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abzuwägen sind. Im Rahmen dieser Abwägung ist das Gewicht jedes Belangs angemessen zu berücksichtigen. In Planaufstellungsverfahren wirkt § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes insbesondere, indem er zu einer größeren Potenzialfläche führt und somit die Planungsspielräume der Planungsträger erweitert. § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes kann bewirken, dass Hemmnisse im Zulassungsverfahren beispielsweise über fachrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen künftig leichter überwunden werden können.

Eine Pflicht, eine entsprechende Planung vorzunehmen, lässt sich aus § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht ableiten.

Bei raumordnerischen Entscheidungen zur Verwirklichung und Sicherung der Raumordnungspläne ist § 2 EEG im Rahmen der jeweiligen Ermessensentscheidung zu berücksichtigen. Bei der Ermessensentscheidung ist auch der Ausbaustand der Erneuerbaren Energien im jeweiligen Planungsraum zu berücksichtigen.

Das durch Gesetz vom 17. Mai 2024 in § 36 Absatz 3 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 3. Mai 2005 (**GV. NRW. S. 430**), das zuletzt durch Gesetz vom 12. Juni 2024 (siehe GV. NRW. S. 315) geändert worden ist, neu geschaffene Sicherungsinstrument für Raumordnungspläne, die der Erreichung der Flächenziele des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1353), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, dienen, ist § 245e Absatz 2 i.V.m. § 15 Absatz 3 Baugesetzbuches nachgebildet (LT-Drucksache 18/8882, Seite 3). Die hier mit Einführung des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz parallel durch den Bundesgesetzgeber getroffene gesetzgeberische Grundsatzentscheidung, dass zum Zwecke der Beschleunigung der Ausweisung von Windenergiegebieten durch planerischen Ausweis dem Ausbau von Einzelanlagen im Kollisionsfall vorzuziehen ist und durch Plansicherungsmaßnahmen abgesichert werden kann, wurde durch den Landesgesetzgeber für den Bereich des Raumordnungsrechts nachvollzogen. Dies ist bei der Anwendung des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz zu berücksichtigen. Danach wäre eine Zurückstellung außerhalb der zukünftigen

Flächenkulisse unter den im Gesetz genannten Voraussetzungen grundsätzlich eröffnet. § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz kommt damit in den Fällen eine Korrekturfunktion zu, in denen sich dieser Grundsatz ausnahmsweise als unzutreffend erweist. Bei der Rechtsanwendung bestehen im Einzelfall daher erhöhte Prüfungs- und Begründungspflichten.

2.4 Verfahrensfragen

In der behördlichen Praxis führt die Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dazu, dass in dem weiterhin notwendigen Abwägungsprozess der Vorrang der erneuerbaren Energien in der Regel nicht gesondert begründet werden muss. Vielmehr ist es ausreichend, im Rahmen der Begründung auf die bundesgesetzgeberische Wertung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu verweisen. Dies entbindet die Behörde jedoch nicht davon, Belange, die den erneuerbaren Energien im Einzelfall gegenüberstehen und in die Abwägung mit einzubringen sind, darzustellen.

Sofern den erneuerbaren Energien Belange mit gleichwertigem Verfassungsrang gegenüberstehen oder wenn die Annahme eines atypischen Falles seitens eines Beteiligten eingefordert wird direkt oder zumindest sinngemäß, besteht ein erhöhtes Begründungserfordernis.

Aufgrund der relativen Vorrangwirkung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes besteht im Übrigen ein erhöhtes Begründungserfordernis nur in den Ausnahmefällen, in denen öffentliche Interessen beziehungsweise Belange von Verfassungsrang oder gleichwertigem Rang im konkreten Fall in der vorzunehmenden Abwägung überwiegen (vergleiche Ausführungen zu Nummer 2.2). Im Rahmen der Begründung ist dezidiert darzulegen, warum ein anderer Verfassungsrang oder gleichwertiger Rang das überragende öffentliche Interesse an den erneuerbaren Energien und deren Beitrag zur öffentlichen Sicherheit ausnahmsweise überwiegen (BT-Drs. 20/1630, Seite 159). Das betrifft beispielsweise auch die ebenfalls verfassungsrechtlich durch Artikel 20a des Grundgesetzes geschützten natürlichen Lebensgrundlagen.

3 Prüfung von § 2 EEG des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Rahmen von Genehmigungen

Die Gesetzesbegründung rekurriert für die Prüfung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf alle Rechtsbereiche und bezieht sich auf Schutzgüterabwägungen. Hierbei ist jedoch eine differenzierte Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erforderlich; insoweit bleiben die fachrechtlichen Vorgaben sowie fachgesetzlichen Systematiken als solche von § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes unberührt. Gleichzeitig bleibt die entsprechende fachliche Bewertung der Prüfung im Einzelfall in Verantwortung den jeweils zuständigen Behörden vorbehalten und kann nicht im Wege einer schematischen Darstellung vorweggenommen werden.

In diesem Zusammenhang ist die Anwendung des § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes insbesondere und nicht abschließend bei den folgenden Abwägungsentscheidungen zu prüfen:

3.1

Natur- und Artenschutzrecht

a) Entscheidung über die Erteilung von im Ermessen stehenden naturschutzrechtlichen Ausnahmen oder Prüfung des überwiegenden öffentlichen Interesses bei Befreiungen gemäß § 67 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 153) geändert worden ist (vergleiche BVerwG, Beschl. V. 15.09.2023 – 7 VR 6/23; VGH Mannheim, Urteil vom 12.10.2022 – 10 S 2903/21, Randnummer 46),

b) Prüfung des Vorliegens vorrangiger Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Rahmen der Zulassung eines nicht kompensierbaren Eingriffs in die Natur und Landschaft nach § 15 Absatz 5 des Bundesnaturschutzgesetzes (vergleiche OVG Münster, Urteil vom 27.10.2022 - 22 D 243/21),

c) Prüfung des Vorliegens von „zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses“ nach § 34 Absatz 3 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes im Rahmen der Zulassung einer Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiet,

d) Prüfung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme von den Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes, insbesondere Prüfung des Dienens der öffentlichen Sicherheit nach § 45 Absatz 7 Satz 1 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes, Prüfung des Vorliegens von zwingenden Gründen des überwiegenden Interesses nach § 45 Absatz 7 Satz 1 Nummer 5 des Bundesnaturschutzgesetzes,

e) die Spezialregelungen des § 45b Absatz 8 Nummer 1 und Nummer 6 des Bundesnaturschutzgesetzes sind im Rahmen ihres Anwendungsbereiches, wie etwa bei Windenergieanlagen an Land oder dem Tötungsverbot durch betriebsbedingte Auswirkungen, zu beachten; § 45b Absatz 8 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes dient der Klarstellung und ist mit § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zusammen zu lesen und

f) Prüfung des überwiegenden öffentlichen Interesses im Rahmen einer Ausnahmeerteilung bezüglich der Freihaltung von Gewässern und Uferzonen nach § 61 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes.

3.2

Forstrecht

a) Entscheidung nach § 39 des Landesforstgesetzes vom 24. April 1980 (GV. NRW. S. 546), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. März 2022 (GV. NRW. S. 360; S. 731) geändert worden ist über eine dauerhafte Waldumwandlung in Verbindung mit § 9 Absatz 1 Satz 3 des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), das zuletzt durch Artikel 112 des Gesetzes vom 10. August 2021

(BGBl. I. S. 3436) geändert worden ist (vergleiche. Gesetzesbegründung, BR-Drs. 162/22, 176 f; OVG Münster, Beschluss vom 04.08.2022 – 22 A 488/20, Randnummer 35; OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.06.2023 – OVG 3a A 30/23, Randnummer 33f; OVG Münster, Beschluss vom 11.08. 2022 – 22 A 1492/20, 30f.) und

b) Entscheidung nach § 40 des Landesforstgesetzes über eine befristete Waldumwandlung in Verbindung mit § 9 Absatz 2 des Bundeswaldgesetzes.

3.3

Denkmalschutz

Entscheidungen über erlaubnispflichtige Maßnahmen nach dem Denkmalschutzgesetz vom 13. April 2022 (GV. NRW. Seite 662) zum Beispiel nach § 9 Denkmalschutzgesetz (vergleiche auch OVG Greifswald, Urteil vom 07.02.2023 – 5 K 171/22, Leitsätze; OVG Berlin, Urteil vom 27.07.2023 – 3a A 52/23, Randnummer 51 ff.; VG Koblenz, Urteil vom 05.06.2023 – 1 K 922/22.KO –, Randnummer 24 f). Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat unter Hinweis auf den sich aus Artikel 18 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalens ergebenden Verfassungsrang des Denkmalschutzes mit den Entscheidungsleitlinien für Solaranlagen auf Denkmälern vom 08.11.2022 (Az. 52.21.32) einen gesonderten Erlass für die Photovoltaik auf Denkmälern erlassen.

3.4

Raumordnungs-, Bauplanungs- und Bauordnungsrecht

a) Entscheidung über die Untersagung oder Zurückstellung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen nach § 12 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist und § 36 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2021 (GV. NRW. S. 904) geändert worden ist,

b) Entscheidung über die Zulassung einer Abweichung nach § 69 Absatz 1 der Landesbauordnung 2018 vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), die zuletzt durch Gesetz vom 31. Oktober 2023 (GV. NRW. S. 1172) geändert worden ist, von Anforderungen der Landesbauordnung im Hinblick auf die öffentlichen Belange beziehungsweise aus Gründen des allgemeinen Wohls (vergleiche in Bezug auf Abstandsflächen: OVG Berlin, Urteil vom 07.06.2023 – OVG 3a A 57/23, Randnummer 33 ff.),

c) Befreiung von Festsetzungen eines Bebauungsplans nach § 31 Absatz 2 Nummer 1 des Baugesetzbuches,

d) zu beachten ist, dass § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes die grundlegende gesetzliche Systematik der Unterscheidung privilegierter und sonstiger Vorhaben in § 35 des Baugesetzbuches unangetastet lässt,

e) § 35 Absatz 1 des Baugesetzbuches: § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist bei der nachvollziehenden Abwägung zu berücksichtigen, sofern keine Ausschlussplanung erfolgt ist,

f) § 35 Absatz 2 des Baugesetzbuches: § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes kann nur ausnahmsweise in atypischen Sonderkonstellationen einzubeziehen sein (vergleiche OVG NRW, Urteil vom 16.05.2023 – 7 D 423/21.AK) und

g) Entscheidung über Ausnahmen von der Regelvermutung des § 249 Absatz 10 des Baugesetzbuches.

3.5

Wasserrecht

a) Wasserrechtliche Gestattungen im Rahmen des Bewirtschaftungsermessens nach § 12 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist,

b) Entscheidung über einen vorzeitigen Beginn der Gewässerbenutzung nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,

c) Ausnahme von den Bewirtschaftungszielen nach § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes,

d) Befreiung von Verboten, Beschränkung sowie Duldungs- und Handlungspflichten gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes; zu beachten ist jedoch in diesen Fällen die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge als vorrangiger Belang und

e) Befreiung von Anforderungen nach § 49 Absatz 4 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 905), die durch Artikel 256 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist.

3.6

Straßen- und Wegerecht

Entscheidung über Zustimmung zu baulichen Anlagen gemäß § 25 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV. NRW. 1995, S. 1028, ber. 1996 S. 81, S. 141, S. 216 und S. 355), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 1. Februar 2022 (**GV. NRW. S. 122**) geändert worden ist.

3.7

Immissionsschutzrecht

a) In bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach den § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist), soweit nach

dem gemäß § 6 Absatz 1 Nummern 1 und 2 beziehungsweise § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einzubeziehenden Fachrecht Ermessens- oder Abwägungsentscheidungen zu treffen sind beziehungsweise im Sinne der Nummer 1.1 Beurteilungsspielräume eröffnet, unbestimmte Rechtsbegriffe auszulegen oder Verhältnismäßigkeitsprüfungen vorzunehmen sind,

b) Entscheidung über die Zulassung eines vorzeitigen Beginns nach § 8a Absatz 1 Nummer 2 des Bundesimmissionsschutzgesetzes („öffentliches Interesse“) und

c) Ermessensentscheidung über die Zulassung des Nachreichens von Unterlagen nach § 7 Absatz 1 Satz 4 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

3.8

Auskunftsrecht

Öffentliches Interesse im Sinne von § 2 Satz 1 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist „berechtigtes Interesse“ zum Beispiel nach § 14 des Vermessungs- und Katastergesetzes vom 1. März 2005 (**GV. NRW. S. 174**), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. Dezember 2020 (**GV. NRW. S. 1109**) geändert worden ist (vergleiche VGH München, Urteil vom 09.03.2023 – 13a B 22.1688, Randnummer 34 f.).

3.9

Luftverkehrsrecht

Entscheidung über die Versagung einer Zustimmung nach § 14 Absatz 1 des Luftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist (vergleiche VGH Mannheim, Urteil vom 04.04.2023 – 10 S 1560/22, Randnummer 51).

3.10

Flurbereinigungsrecht

Entscheidung über Zustimmung zur Errichtung von Anlagen oder Nebenanlagen der erneuerbaren Energien der zuständigen Flurbereinigungsbehörde im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung oder zusätzlich zur erteilten Baugenehmigung bei baugenehmigungsbedürftigen Anlagen. Für Flächen in laufenden Flurbereinigungsverfahren (www.gisile.nrw.de) ist die Veränderungssperre nach § 34 des Flurbereinigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes zu berücksichtigen.

4

Inkrafttreten

Dieser Runderlass tritt am 26.06.2024 in Kraft.

Deutscher Städtetag | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

10.07.2024/Geh

An die

- Unmittelbaren Mitgliedsstädte
- Mitglieder des Klima- und Umweltausschusses
- Mitglieder der Fachkommission Klima und Umwelt
- Mitglieder der Fachkommission Stadtgrün
- Mitglieder des AK Energiemanagement
- Mitgliedsverbände

des Deutschen Städtetages

Kontakt

Inga Melchior
Inga.melchior@staedtetag.de
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln

Telefon 0221 3771-640
Telefax 0221 3771-609

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
70.14.00 D

Dokumenten-Nr.
W 6235

Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zu Konflikt Baum und PV-Anlage

Kurzüberblick: Der Konflikt rund um die Verschattung von PV-Anlagen durch Bäume muss aufgrund des neuen § 2 EEG 2023 grundsätzlich neu bewertet werden. Dieser räumt dem Ausbau Erneuerbarer Energien ein überragendes öffentliches Interesse ein. Wir möchten Sie auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf hinweisen, in dem die Klage auf Baumfällung abgewiesen wurde. Im vorliegenden Fall geht nach der Auffassung des VG die notwendige Abwägung des Einzelfalls zwischen dem öffentlichen Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien und dem Schutz des Baumes zugunsten des Baumschutzes aus. Das Gericht argumentiert, dass nach wie vor eine umfassende Abwägungsentscheidung im Einzelfall erforderlich sei. Der § 2 EEG 2023 führe nicht zu einem automatischen und absoluten Vorrang der erneuerbaren Energien. Das überragende Interesse an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien könne auch auf gleichrangige Interessen stoßen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie auf das [Urteil](#) des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 24. April 2024 zum Konflikt zwischen kommunalem Baumschutz und der Verschattung von Photovoltaikanlagen hinweisen. Das Urteil ist seit dem 28. Mai 2024 rechtskräftig.

Hintergrund

Derzeit bestehen vermehrt Konflikte zwischen dem Erhalt von Stadtbäumen und der Errichtung von Photovoltaikanlagen. In diesem Zusammenhang bestehen oftmals Unsicherheiten zum Ermessensspielraum bei der Abwägungsentscheidung aufgrund des neuen [§ 2 EEG 2023](#). Danach liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Es stellt sich daher die Frage, ob ein Baum, der eine PV-Anlage verschattet, gefällt werden kann, auch wenn er laut städtischer Baumsatzung unter Schutz steht.

Dem überragenden öffentlichen Interesse des Ausbaus der erneuerbaren Energien stehen in der Abwägung die Belange des Naturschutzes gegenüber. Wurden Anträge auf Baumfällung bzw. Befreiung von der jeweiligen Baumschutzsatzung im Zusammenhang mit der Errichtung einer PV- oder Solaranlage in der Vergangenheit oftmals mit Verweis auf die höhere Gewichtung der Natur- und Baumschutzbelange abgelehnt, hat sich die Abwägungsgrundlage durch die Einführung des § 2 EEG verändert. Es gibt unterschiedliche rechtliche Auffassungen, ob dem § 2 EEG immer Priorität einzuräumen ist.

Wird ein Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung gestellt, wägt die zuständige Behörde ab, ob der Vorrang des § 2 EEG angemessen und erheblich ist, also der Nutzen der PV-Anlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien die Belange des Naturschutzes überwiegt und eine Baumfällung rechtfertigt. Hier kann einerseits z. B. die Größe der PV-Anlage, das Ausmaß der Verschattung durch den Baum, bestehende Optimierungsmöglichkeiten der Anlage und andererseits die sogenannte Wohlfahrtswirkung des Baumes (abhängig von seiner Vitalität und den dadurch erbrachten Leistungen) eine Rolle spielen.

Klage

Ein Grundstückseigentümer klagte im März 2023 auf die Erteilung einer Genehmigung zur Fällung einer etwa 17 Meter hohen Nordmantanne auf seinem Grundstück, welches sich im Geltungsbereich der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 19. Dezember 1986 (BSchS) befindet. Zuvor hatte die Beklagte einen „Antrag auf Baumaustausch wegen Photovoltaik-Anlage“ abgelehnt. Der Kläger beabsichtigte, aufgrund des Schattenwurfs der Tanne und die damit einhergehende Beeinträchtigung der Effektivität der geplanten PV-Anlage, diese durch einen kleineren Laubbaum zu ersetzen. Die Beklagte begründete die Ablehnung des Antrags damit, dass es sich um einen gesunden und erhaltenswerten Baum handele. Es hätten keine genehmigungsrelevanten Beeinträchtigungen bzw. Schäden festgestellt werden können, die eine Fällung rechtfertigen würden.

Der Kläger erhob Klage gegen diesen Bescheid. Er argumentierte, die Ablehnungsentscheidung sei ermessensfehlerhaft, weil die geplante Errichtung der Photovoltaikanlage und die angebotene gleichwertige Ersatzpflanzung nicht berücksichtigt worden seien. Er führte an, dass die Errichtung einer Photovoltaikanlage nach § 2 EEG 2023 im überwiegenden öffentlichen Interesse liege und mit einem Energieverlust durch die Beschattung der PV-Anlage von 20 Prozent zu rechnen sei. Das Fällverbot des Baumes bedeute eine unzumutbare Härte im Sinne des

Befreiungstatbestands nach § 4 Abs. 2 der Baumschutzsatzung. Durch die Anlage würden pro Jahr 4,84 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart, was 222 gepflanzten Bäumen entspräche.

Die Beklagte argumentierte, dass gemäß der Baumschutzsatzung (BSchS) kein Ausnahmetatbestand vorliege. Die Beschattung der Photovoltaikanlage durch den Baum sei über den Tagesverlauf zeitlich begrenzt. Der Betrieb der Anlage sei aufgrund der Verschattungswirkung nicht unmöglich oder wirtschaftlich bzw. energietechnisch sinnlos. Sie verwies auf Simulationen des Solarpotentialkatasters der Stadt Y nach denen der fast überwiegende Teil des Daches für Photovoltaik geeignet sei. Die Abwägung sei im Einzelfall zu entscheiden. Laut der Beklagten sei „[d]er Energiegewinnung jedenfalls dann kein Vorrang einzuräumen, wenn die erzeugte Energiemenge, wie bei einer kleinen Photovoltaikanlage, relativ gering sei, aber standortgebundene Interessen des Naturschutzes entgegenstünden“. Dabei verweist sie auf vielfältige Ökosystemleistungen von Bäumen. Zudem erachtete die Beklagte eine Ersatzpflanzung aufgrund der zunächst geringeren ökologischen Funktion eines Jungbaumes im Vergleich zur Tanne und ihres gesunden und vitalen Zustands als ungeeignet. Ebenso bewertete sie eine Kürzung der Tanne als ungeeignet, da dies das Wachstum und die ökologische Leistung des Baumes beeinträchtigen würde.

Gerichtsurteil und Begründung

Das Gericht wies die zulässige Klage als unbegründet ab. Es lägen keine ausreichenden Gründe für eine Ausnahme oder Befreiung von den Verboten der Baumschutzsatzung vor. Die Ablehnung des Antrags auf Fällung wurde als rechtmäßig und der Kläger als nicht in seinen Rechten verletzend beurteilt.

Das Gericht argumentiert, dass nach wie vor eine umfassende Abwägungsentscheidung im Einzelfall erforderlich sei. Der § 2 EEG 2023 führe nicht zu einem automatischen und absoluten Vorrang der erneuerbaren Energien. Das überragende Interesse an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien könne auch auf gleichrangige Interessen stoßen.

Im vorliegenden Fall gehe die notwendige Abwägung des Einzelfalls zwischen dem öffentlichen Interesse an der Nutzung erneuerbarer Energien und dem Schutz des Baumes zugunsten des Baumschutzes aus. Als Gründe für die Entscheidung führte das Gericht die vergleichsweise geringe Größe der geplanten PV-Anlage, die Qualität der Nordmantanne, die Folgen einer Fällung sowie mögliche Alternativstandorte für erneuerbare Energien im unmittelbaren Umfeld an. Daher überwiege mithin das öffentliche Interesse am unveränderten Erhalt der Nordmantanne die Gründe für ihre Fällung zur Effektivitätssteigerung der geplanten Photovoltaikanlage. Auch die angebotene Ersatzpflanzung führt nach Ansicht des Gerichts zu keinem anderen Abwägungsergebnis.

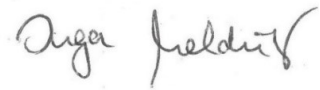
Ausblick

Der Fall zeigt, dass keine pauschale Beurteilung möglich und immer eine Einzelfallbetrachtung unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten erforderlich ist. Auch der Denkmalschutz spielt bei PV-Dachanlagen eine nennenswerte Rolle. Einige Städte haben bereits Handlungs-

hilfen für die Konflikte mit Dach-PV erarbeitet. Dem Vernehmen nach können eine Vielzahl von Konflikten vor Ort im Einvernehmen gelöst werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Inga Melchior', written in a cursive style.

Inga Melchior



Tagesordnungspunkt:

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße,, im beschleunigten Verfahren
gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

1. Der Abwägung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“
abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ (siehe
Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB
als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird
beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Erarbeitung des Bebauungsplanes sind folgende externe Kosten angefallen:

Planungskosten Bebauungsplanverfahren Nr. 6:	8.046,01 €
Planungskosten Bebauungsplanverfahren Nr. 167:	4.284,00 €
Schalltechnische Untersuchung Bebauungsplanverfahren Nr. 6:	4.337,55 €
Schalltechnische Untersuchung Bebauungsplanverfahren Nr. 167:	3.332,00 €
Höhenvermessung Bebauungsplanverfahren Nr. 6 und 167:	3790,88 €
Rechtliche Beratung Bebauungsplanverfahren Nr. 167:	838,96 €
Gesamtkosten:	24.629,40 €

sowie interne Personalkosten zur Betreuung des Verfahrens

Klimatische Auswirkungen:

Durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen wie im Sachverhalt
beschrieben, wird eine weitere Bodenversiegelung ermöglicht. Wachsende
Bodenversiegelungen begünstigen u.a. die Ausbildung von Hitzeinseln und verschlechtern im
Allgemeinen den Oberflächenabfluss. Gleichzeitig ist die zu erwartende Bautätigkeit mit
Auswirkungen auf den Naturhaushalt verbunden. Im beschleunigten Verfahren nach § 13a
BauGB werden Umweltbelange weniger dezidiert aufgearbeitet als im Regelverfahren. Der
naturschutzrechtliche Ausgleich entfällt.

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung		
Ausschuss Planen und Bauen	01.10.2024	öffentlich		
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten
Rat	29.10.2024	öffentlich		
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

Zur Realisierung der Bürgeranregung aus der VL 021/2023 hat der Rat der Gemeinde Nottuln am 14.03.2023 das Bauleitplanverfahren Nr. 167 „Daruper Straße eingeleitet. Wie bereits in der damaligen VL erwähnt, hat die Verwaltung durch die Festsetzung des allgemeinen Wohngebiets mit Lärmvorbelastung (WA*) eine Festsetzung getroffen, mit der die unbebauten Grundstücke nun einer Nachverdichtung zugeführt werden können.

Die Unterlagen zu dem oben genannten Bauleitplanverfahren haben zur frühzeitigen Information über Ziele und Zwecke gem. § 13 a BauGB in der Zeit vom 20.04.2023 bis einschließlich 22.05.2023, sowie zur formellen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 02.01.2024 bis einschließlich 02.02.2024 ausgelegt worden.

Nach Durchführung aller verfahrensrechtlich notwendigen Schritte kann das Verfahren nun durch den Satzungsbeschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ zum Abschluss gebracht werden. Details sind der Planzeichnung (Anlage 2) und der Begründung (Anlage 3) sowie der schalltechnischen Prüfung (Anlage 4) zu entnehmen.

Im Zuge der Erstellung der Mitteilungen der Abwägungsergebnisse an die Öffentlichkeit hat sich herausgestellt, dass bei der Stellungnahme von Einwander 2 Abbildungen fehlten (siehe Anlage 1, Seite 2 ff.). Aus verfahrensrechtlichen Gründen soll der Satzungsbeschluss nun erneut – mit Vorlage aller notwendigen Abwägungsunterlagen – gefasst werden.

Anlagen:

- Anlage 1: Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 167 „Daruper Straße“
- Anlage 2: Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“
- Anlage 3: Begründung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“
- Anlage 4: Schalltechnische Prüfung

Verfasst:
gez. Mütherig, Elisa

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch

Ö 4.1

Eingegangene Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ der Gemeinde Nottuln

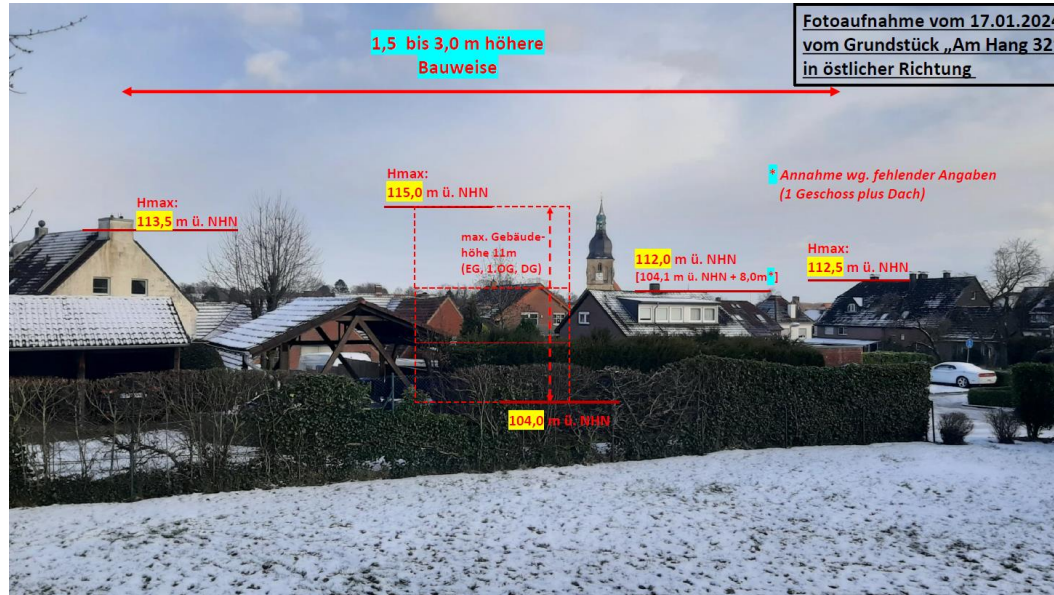
Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.v. § 3 Abs. 2 BauGB (02.01.2024 - 02.02.2024)

Einwendung	Anregungen und Bedenken	Abwägungsvorschlag
<p>Einwendung 1</p>	<p>Hiermit möchten wir zu dem derzeit in der öffentlichen Auslegung befindlichen o.a. Bebauungsplan unseren Einwand abgeben mit der Bitte diesen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan gemäß nachstehender Erläuterung in unserem Sinne zu berücksichtigen.</p> <p>Die mit dem Bebauungsplan neu geschaffenen planungsrechtlichen Voraussetzungen berühren unsere aktuelle Wohnlage sowie eine evtl. künftige Bebauung des bisher unbebauten Grundstückes „Flurstück 315“. Insbesondere das direkt gegenüber liegende unbebaute „Flurstück 493“ (WA1, offene Bauweise, 2 Vollgeschosse, 2 Wohneinheiten) ist mit einer max. Bebauung von 115 m ü. NHN ausgewiesen. Dies würde eine mögliche maximale Gebäudehöhe von 11 m ergeben. In der beigefügten Anlage ist die Situation der Bestandsgebäude im Umfeld sowie zu unserem Wohngebäude dargestellt. Im Ergebnis würde somit bei Beibehaltung der Bauhöhe ein neues Gebäude mit einer Höhe von 11 m die Umgebungsgebäude wie folgt überragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1,1 m höher als unser Wohngebäude (Flurstück 549, Am Hang 32) - 2,1 m höher als ein möglicher Neubau (unbebautes Flurstück 315) - 3,0 m höher als das südöstlich gelegene Bestandsgebäude (Flurstück 599, Daruper Straße 25) <p>Aufgrund dieser enormen Höhenunterschiede halten wir die geplante Bebauung des „Flurstückes 493“ mit einer Gebäudehöhe von 11,5 m gegenüber der umliegenden Bestandsbebauung für überzogen und nicht maßvoll.</p> <p>Wir bitten daher um Abänderung des Bebauungsplanes, z.B. 2 Vollgeschosse mit einem niedrigeren Dachstuhl und einer max. Gebäudehöhe von z. B. 9 m, damit sich das neue Gebäude angemessen in die Umgebungsbebauung anpasst.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bedenken im Hinblick auf einen enormen Höhenunterschied gegenüber der Bestandsbebauung werden zurückgewiesen.</p> <p>Die maximal zulässigen Höhen der baulichen Anlagen werden in Metern über NHN festgesetzt. In Bezug auf die angrenzende Verkehrsfläche „Am Hang“ (rd. 105 m ü. NHN) beträgt die zulässige Höhe für das Flurstück 493 maximal 10 m. Die zulässige Gebäudehöhe von 10 m entspricht dem heute üblichen und am Markt nachgefragten Maß für zweigeschossige Gebäude (s. BP 135). Die gewählte Höhe ist außerdem geeignet, um eine maßvolle Ergänzung des Bestandes im Rahmen der Nachverdichtung sicherzustellen und gleichzeitig im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden eine angemessene Ausnutzung zu</p>

Anlage

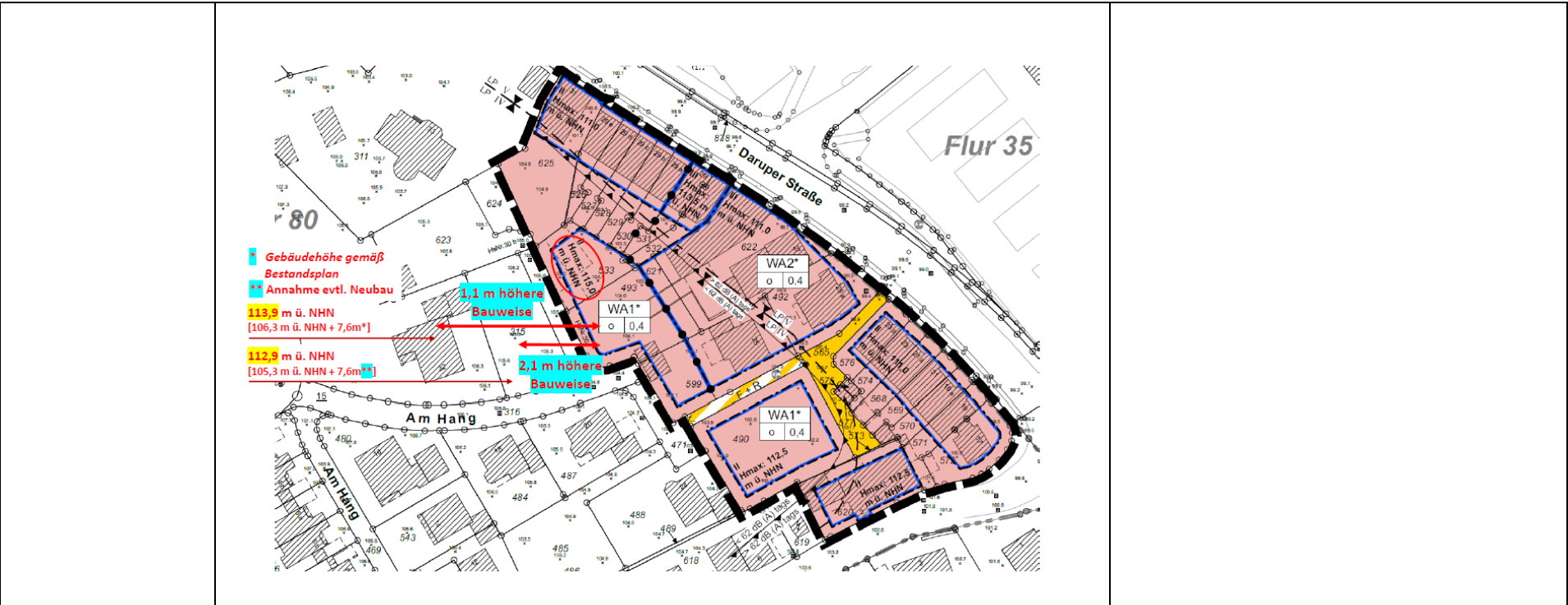
Fotoaufnahme mit eigenen Ergänzungen (PowerPoint- Datei, Seite 1)

Bebauungsplan mit eigenen Ergänzungen (PowerPoint- Datei, Seite 2)



ermöglichen. Es ist nicht ersichtlich, dass mit der geringfügigen Überschreitung einzelner Bestandsgebäude eine städtebauliche Beeinträchtigung einhergeht, zumal die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen einzuhalten sind und die Baugrundstücke teilweise durch eine Verkehrsfläche voneinander getrennt werden. Die Differenz zum angeführten südöstlichen Gebäude ergibt sich im Wesentlichen durch den Geländeversprung von bis zu 5 m.

Der **Anregung**, die maximale Gebäudehöhe zu reduzieren, wird daher nicht gefolgt.



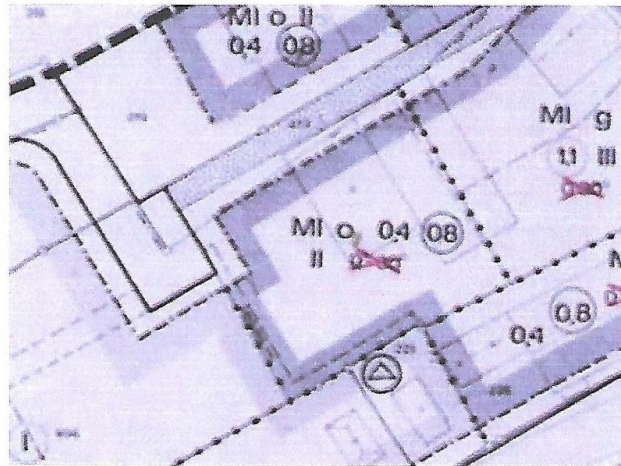
Einwendung 2

Ich widerspreche fristgerecht der Änderung am Bebauungsplan Nr. 167 vom 23.11.2023. Als direkter Eigentümer bin ich unmittelbar von der geplanten Änderung betroffen und widerspreche dieser daher mit folgender Begründung:
 In dem bestehenden Bebauungsplan liegt das Grundstück in einem MI-Gebiet, offene bauweise, 0,4 und 0,8 ohne Einschränkungen der Anzahl der Nutzungen.
 Im neu geplanten Bebauungsplan liegt das Grundstück im WA1 Gebiet, offene bauweise, 0,4 mit max. 2 WE pro Wohngebäude.
 Dieses stellt eine enorme Einschränkung für das Grundstück dar, welche in alten BBP nicht gewollt war. Zudem steht neben an ein Mehrfamilienhaus. Unser Grundstück sollt mindestens die gleiche Bebaubarkeit behalten, wie das Nachbargrundstück,

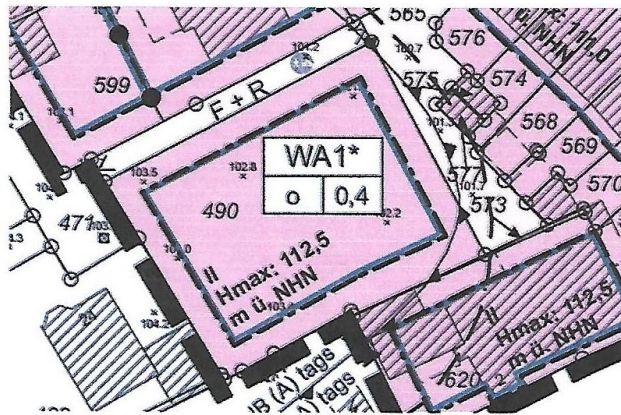
Die **Bedenken** im Hinblick auf die Beschränkung der zulässigen Wohneinheiten für das genannte Grundstück werden zurückgewiesen.
 Das in Rede stehende Grundstück wird über die Sackgasse „Am Hang“ (Fahrbahnbreite 4,0 m) und eine schmale Anbindung an die Daruper Straße (Stichwegbreite 3,0 m) erschlossen. Mit der in Rede stehenden Festsetzung soll eine übermäßige Verdichtung der einzelnen Grundstücke sowie negative

Ich fordere Sie weiterhin auf, die Entscheidung noch einmal zu überprüfen und eine Änderung am Bebauungsplan für das Grundstück Gemarkung: Nottuln, Flur: 80, Flurstück 490 in WA 2 vorzunehmen.

Bebauungsplan alt

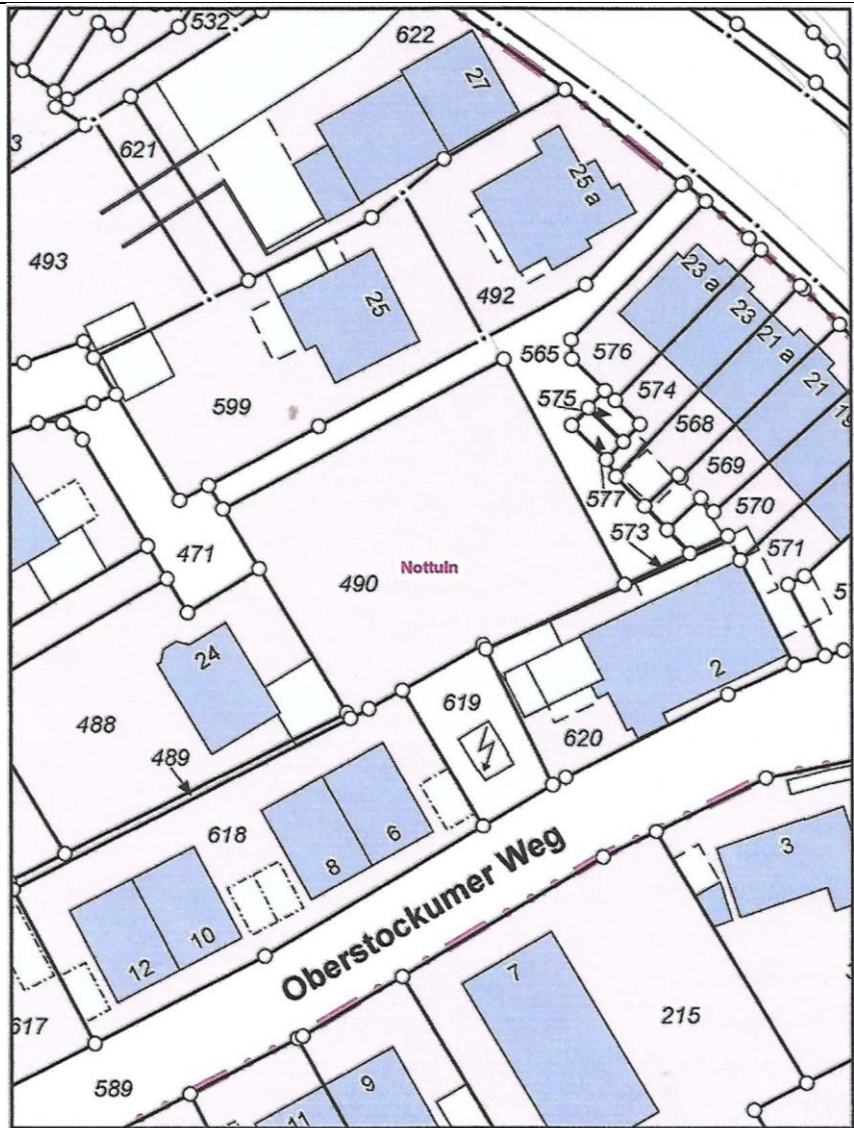


Bebauungsplan neu



städtebauliche Auswirkungen durch einen sonst nicht vorhersehbaren zusätzlichen privaten Stellplatzbedarf und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in den eng begrenzten öffentlichen Straßenräumen der inneren Erschließungsstraße vermieden werden.

Der **Anregung**, die zulässige Zahl der Wohneinheiten zu erhöhen, wird daher nicht gefolgt.



Maßstab: 1:500  Meter

15.01.2024 14:18

© Kreis Coesfeld, Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0 (www.govdata.de/dl-de/by-2-0)

<p>Einwendung 3</p>	<p>Wir wohnen im Bereich des geplanten Bebauungsplans Nr. 167 „Daruper Straße“ bzw. grenzen direkt an und sind daher direkt von der Planung betroffen: ██████████, Daruper Straße 29, 48301 Nottuln (Eigentümer) ██████████, Daruper Straße 29 a, 48301 Nottuln (Mieterin) ██████████, Daruper Straße 29 b, 48301 Nottuln (Eigentümer) ██████████, Daruper Straße 29 c, 48301 Nottuln (Eigentümerin) ██████████, Daruper Straße 29 d, 48301 Nottuln (Eigentümer) ██████████, Daruper Straße 29 e, 48301 Nottuln (Eigentümer) ██████████, Daruper Straße 31, 48301 Nottuln (Eigentümer) ██████████, Am Hang 30 b, 48301 Nottuln (Eigentümer)</p> <p>Wir möchten uns gegen die Höhe der baulichen Anlagen im „höher/oben“ gelegenen südwestlichen Bereich zur Straße „Am Hang“ im B-Plan Nr. 167 wenden. Hier geht es uns insbesondere um die max. Höhe von 115 m ü NHN beim Flurstück Nr. 493 (Haus Nr.: Am Hang 30).</p> <p>Die Begründung zum B-Plan enthält unter Nr. 7.2 „Maß der Nutzung“, dort unter „Zahl der Vollgeschosse, Höhe baulicher Anlagen“ am Ende des 2. Absatzes folgenden Aussage: „Entlang der Daruper Straße ergeben sich - bis auf einen „Ausreißer“ - Gebäudehöhen zwischen 11 und 12 m bezogen auf die Oberkante der Fahrbahn. Zum Oberstockumer Weg und zur Straße „Am Hang“ liegen die Höhen zwischen 8,5 m und 10,0, um insbesondere den Übergang zum Bestand verträglich zu gestalten.“</p> <p>Betrachtung des zuvor genannten Zitates:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Für das Flurstück 622 liegt die Höhe am Gehweg Daruper Straße bei rd. 100,0 m ü NHN. Die max. Höhe soll dort mit einer Drei-Vollgeschoss-Bebauung bei 111,0 m ü NHN liegen. Die Differenz beträgt 11 m. Dies entspricht den Aussagen in der Begründung (zwischen 11 und 12 m). - Für das Flurstück 493 liegt die Höhe an der Stichstraße „Am Hang“ bei rd. 104,4 bis 105,0 m ü NHN. Auf der Fläche selbst bei rd. 104,0 m ü NHN. Es wird hier im Mittel rd. 104,5 m ü NHN angesetzt. Die max. Höhe soll dort mit einer Zwei-Vollgeschoss-Bebauung bei 115,0 m ü NHN liegen. Die Differenz beträgt 10,5 m. Die Aussagen in der Begründung (zwischen 8,5 m und 10 m) liegen etwas darunter. Hier soll es jetzt aber nicht um den „+/- halben Meter“ gehen. 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bedenken im Hinblick auf die festgesetzte Gebäudehöhe von 115 m ü. NHN werden zurückgewiesen.</p> <p>Die maximal zulässigen Höhen der baulichen Anlagen werden in Metern über NHN festgesetzt. In Bezug auf die angrenzende Verkehrsfläche „Am Hang“ (rd. 105 m ü. NHN) beträgt die zulässige Höhe für das Flurstück 493 maximal 10 m. Die zulässige Gebäudehöhe von 10 m entspricht dem heute üblichen und am Markt nachgefragten Maß für zweigeschossige Gebäude (s. BP 135). Die gewählte Höhe ist außerdem geeignet, um eine maßvolle Ergänzung des Bestandes im Rahmen der Nachverdichtung sicherzustellen und gleichzeitig im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden eine angemessene Ausnutzung zu ermöglichen. Es ist nicht ersichtlich, dass mit der geringfügigen Überschreitung einzelner Bestandsgebäude eine städtebauliche Beeinträchtigung einhergeht, zumal die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen einzuhalten sind und die Baugrundstücke teilweise durch eine Verkehrsfläche voneinander getrennt werden. Die Differenz zu den südöstlichen Gebäuden/Grundstücken ergibt</p>
---------------------	--	---

	<p>- Die dreigeschossige Bebauung an der Daruper Straße kann damit ungefähr gleich hoch ausfallen, wie die zweigeschossige Bauweise an der Straße „Am Hang“.</p> <p>Für uns stellt sich die Frage, warum muss eine zweigeschossige Bauweise mit zwei Wohneinheiten eine Höhe von rd. 10,5 m haben? Dies auszugestalten bleibt natürlich dem Bauherrn mit dem Architekten vorbehalten. Ist hier nicht eine etwas niedrigere Höhe angemessen, um z.B. auf die max. Höhe von 112,5 m ü NHN wie beim Flurstück 490 zu kommen?</p> <p>In der Begründung zum B-Plan ist unter Nr. 7.2,3. Absatz, dargestellt, dass die Festsetzungen zu Baukörperhöhen und Geschossigkeit sich an dem vorhandenen baulichen Bestand orientieren soll. In Nr. 7.3, 2. Absatz, werden die Nachverdichtungspotenziale beschrieben, die auf eine optimale Ausnutzung von Bauflächen abzielen.</p> <p>Die umliegenden bereits bestehenden Gebäude im alten B-Plan haben eine eingeschossige Bauweise. Wir nehmen Bezug auf die Gebäude auf dem</p> <ul style="list-style-type: none"> - Flurstück 623 (Am Hang 30 b), - Flurstück 549 (Am Hang 32), - Flurstück 484 (Am Hang 18), - Flurstück 623 (Am Hang 20) und - Flurstück 623 (Am Hang 24). <p>Die Firsthöhen dieser Gebäude liegen alle unter 115 m ü NHN, obwohl sie vom Gelände 1-2 m höher liegen, als das Gelände vom Flurstück 493 mit 104,0 m ü NHN.</p> <p>Fazit: Nach unserer Sichtweise ist eine Bebauung für den südwestlichen Bereich des B-Plans (Am Hang) mit einer max. Höhe von 115 m ü NHN nicht angemessen. Wir können die Aspekte der Nachverdichtung und die Intention des B-Plans nachvollziehen. Andererseits soll sich die zukünftige Bebauung an der vorhandenen Bebauung orientieren.</p>	<p>sich im Wesentlichen durch den Geländeversprung von bis zu 5 m. Der Anregung, die maximale Gebäudehöhe zu reduzieren, wird daher nicht gefolgt.</p>
--	---	---

	<p>Wir halten für die zweigeschossige Bauweise in diesem Bereich eine max. Höhe von rd. 113 m ü NHN für vertretbar. Somit ist der „Übergang zum Bestand verträglich gestaltet“ (siehe oben genanntes Zitat).</p> <p>Wir bitten den Entwurf des B-Plans Nr. 167 entsprechend zu ändern.</p> <p>Wir beziehen uns hier auch auf den Schriftverkehr vom Juni 2020 zwischen dem Bauamt des Kreises Coesfeld, der Kanzlei Baumeister Rechtsanwälte aus Münster und Ihnen. Im Fazit ging es dort auch um eine maßvolle Bauweise, die sich angemessen in die vorhandene Umgebungsbebauung anpassen muss.</p>	
--	--	--

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange i.S.v. § 4 Abs. 2 BauGB (02.01.2024 - 02.02.2024)

Behörden / Träger öffentlicher Belange	Anregungen und Bedenken	Abwägungsvorschlag
<p>Bezirksregierung Münster, Dezernat 32 30.01.2024</p>	<p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 167 werden keine raumordnungsrechtlichen Bedenken erhoben.</p> <p>Grundsätzlich liegt die Wahl des Verfahrens in der Planungshoheit der Kommune. Seitens Dezernat 35 – Städtebau wird empfohlen, die Verfahrenswahl des § 13a BauGB kritisch zu hinterfragen, insbesondere aufgrund der enthaltenden Immissionsproblematik:</p> <p>Im vorliegenden Planvorhaben soll ein Mischgebiet in ein Allgemeines Wohngebiet umgewandelt werden. Gemäß TA Lärm entstehen hierdurch höhere Anforderungen an die Vermeidung von Lärmimmissionen. Laut den vorgelegten Planunterlagen kommt es durch die Daruper Straße sowie den gegenüberliegenden großflächigen Einzelhandel zu erheblichen Lärmimmissionen, welche die zulässigen Grenzwerte gemäß TA Lärm für ein Allgemeines Wohngebiet wesentlich überschreiten. Aufgrund des damit verbundenen Konfliktpotenzials mit dem Schutzgut Mensch und der Tatsache, dass sich die Erleichterungen durch das Verfahren nach §13a in Grenzen halten und insbesondere kaum eine wesentliche Beschleunigung erreicht werden kann, wird empfohlen, die Planung aus Gründen der Rechtssicherheit in einem Vollverfahren (FNP, BPlan) zu bearbeiten.</p>	<p>Der Hinweis, dass keine raumordnungsrechtlichen Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung, die Verfahrenswahl zu überprüfen, wurde gefolgt.</p> <p>Im Ergebnis liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das vorliegende Bauleitplanverfahren nicht nach § 13a BauGB durchgeführt werden kann. Auch nach juristischer Prüfung durch die Kanzlei Wolter Hoppenberg sind die genannten Schallimmissionen kein Ausschlusskriterium für die Anwendung des § 13a (1) Satz 2 Nr. 1 BauGB. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt demnach im beschleunigten Verfahren, die Anpassung des Flächennutzungsplanes erfolgt auf dem Wege der Berichtigung.</p>
<p>GasLINE GmbH (PLEdoc GmbH) 02.02.2024</p>	<p>Von der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. GasLINE ist Eigentümerin eines deutschlandweiten Kabelschutzrohr(KSR)-Anlagennetzes mit einliegenden Lichtwellenleiter(LWL)-Kabeln, nachfolgend LWL-KSR Anlagen genannt.</p>	

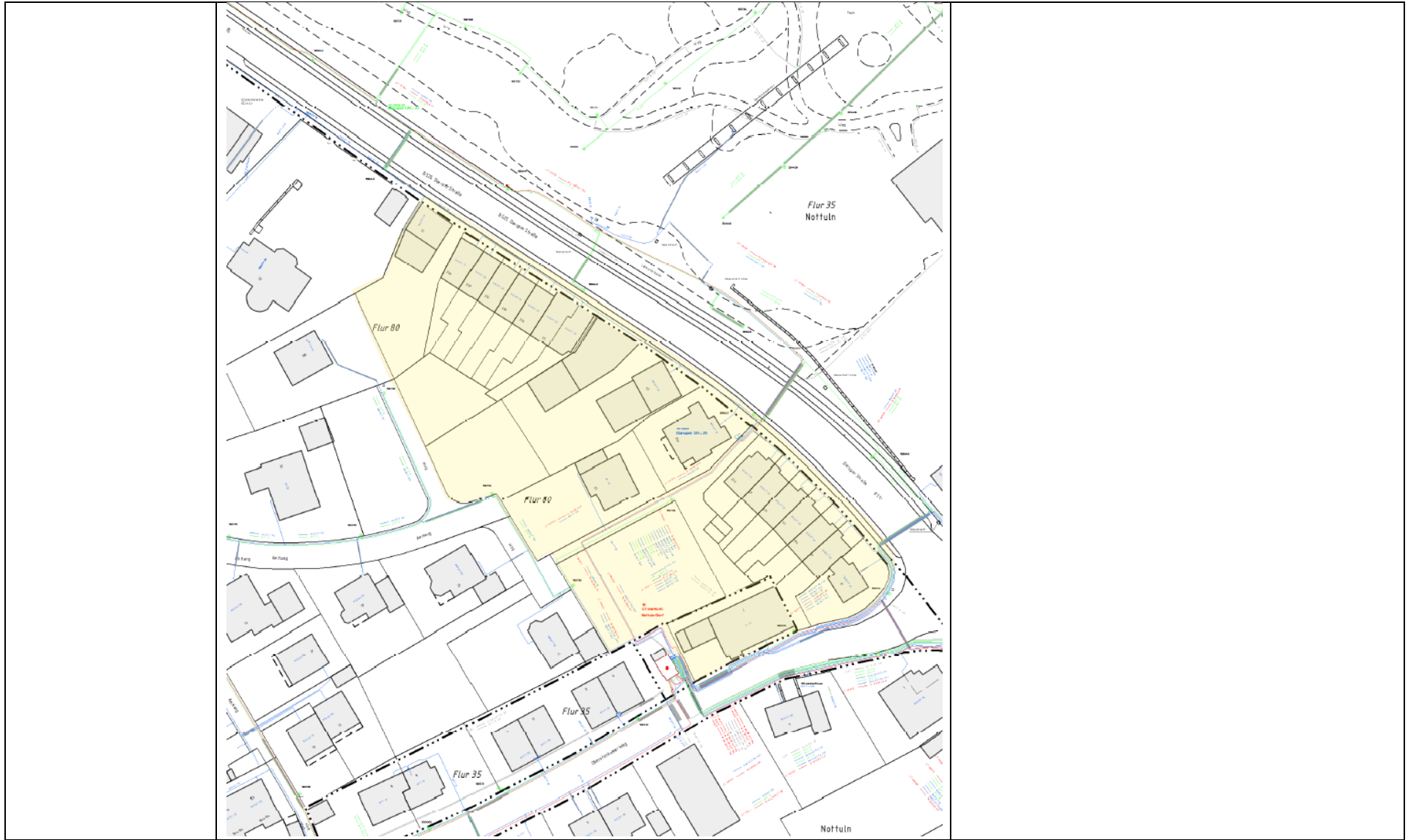
	<p>Die uns übermittelten Entwurfsunterlagen zu dem angezeigten Bauleitplanverfahren haben wir ausgewertet. Die Trassenführung der LWL-KSR-Anlagen ist aus den Planunterlagen zu entnehmen. Berücksichtigen Sie bitte das Merkblatt zur Dokumentation.</p> <p>Entlang der südlichen Grenze des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes „Daruper Straße“ verläuft die eingangs unter lfd. Nr.1 aufgeführte LWL-KSR-Anlage in einem 2 m breiten Schutzstreifen (1 m beiderseits der Leitungssachse). Die Kabeltrasse wurde unmittelbar außerhalb des angezeigten Geltungsbereichs, im Bereich der Straße Oberstockumer Weg verlegt. Eine Überschneidung mit dem Schutzstreifenbereich ergibt sich nicht. Insofern bestehen von unserer Seite keine grundsätzlichen Bedenken gegen den hier vorliegenden Bebauungsplan Nr. 167 „Daruper Straße“. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass alle Maßnahmen, die Einfluss auf den Bestand und den Betrieb der KSR-Anlagen haben, mit uns abzustimmen sind. Beigefügt erhalten Sie auch ein Merkblatt der GasLINE „Berücksichtigung von unterirdischen Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen“. Die dort genannten Anregungen und Hinweise sind grundsätzlich bei allen Bauleitplanverfahren im Bereich und / oder in der Nähe von KSR-Anlagen der GasLINE zu beachten. Bezüglich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir der Begründung unter Punkt 8.2 dass die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren erfolgt und eine Eingriff- und Ausgleichsbilanzierung entbehrlich ist. Somit ist eine Betroffenheit weiterer von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen auszuschließen.</p>	<p>Die Hinweise in Bezug auf die vorhandene Leitung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis, dass keine Überschneidungen mit dem Plangebiet vorliegen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	---	---

lfd. Nr.	Eigentümer	Leitungstyp	Status	Leitungsnr.	Blatt	Schutzstreifen	Ansprechpartner
1	GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_005_029	028, 029	2m	Maintenance Management Center (MMC) https://einweisung.mmc-portal.de
2	GasLINE	LWL-KSR-Anlage	in Betrieb	GLT_005_032	001	2m	Maintenance Management Center (MMC) https://einweisung.mmc-portal.de

Gemeindewerke Nottuln, Gebühren und Beträge 03.01.2024	Erstellt am: Flurstück 490: Beitragspflicht in Abhängigkeit der Erschließungsstraße, sonst keine Gebührenpflicht	Der <u>Hinweise</u> wird zur Kenntnis genommen.
Gemeindewerke, Abwasser	Das Plangebiet kann über die vorhandene öffentliche Mischwasserkanalisation entwässert werden.	Der <u>Hinweise</u> wird zur Kenntnis genommen.
Kreis Coesfeld 31.01.2024	Zu dem o.g. Verfahren nimmt der Kreis Coesfeld wie folgt Stellung: Aus Sicht der Bauaufsicht bestehen hinsichtlich der Aufstellung des o.a. Bebauungsplanes keine Bedenken. Folgende Hinweise werden gegeben: 1. Entlang der Daruper Straße ist sowohl für das Gebiet WA 1* als auch für das Gebiet WA 2* geplant die offene Bauweise (o) festzusetzen. Unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen Abstandsflächenvorschriften entstehen in der Regel Gebäudeabstände von mindestens 5 - 6 m. Alternativ könnte -je nach planerischem Willen- die abweichende Bauweise (a) in Frage kommen um eine "lückenlose" Bebauung > 50 m zuzulassen. 2. Gern. § 8 (5) BauO NRW sind Geländeauffüllungen u.a. nur dann zulässig, wenn für Nachbargrundstücke keine Nachteile entstehen. Sofern bei der Durchführung der Maßnahme mit Geländeauffüllungen zu rechnen ist, wird angeregt Höhenfestsetzungen zu den Baugrundstücken zu treffen, um im Genehmigungsverfahren unabhängig von den Nachbargrundstücken (Nachbarzustimmungen oder Baulasten) zu sein.	

	<p>Seitens der Abteilung Umwelt und aus brandschutztechnischer Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes keine Bedenken.</p> <p>Seitens des Gesundheitsamtes bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes ebenfalls keine Bedenken, sofern die im Gutachten zur Schalltechnischen Untersuchung (Zech, Projekt-Nr. LL16756.2/01 vom 25.08.2023 aufgeführten Empfehlungen zum Schallschutz eingehalten werden.</p>	<p>Der Hinweise wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweise wird zur Kenntnis genommen. Das Schallgutachten ist Bestandteil der Unterlagen zum vorliegenden Bebauungsplan.</p>
<p>Vodafone West GmbH 30.01.2024</p>	<p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.</p> <p>Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.</p>	<p>Der Hinweise wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Westnetz GmbH 15.01.2024</p>	<p>Hiermit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 02.01.2024 zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 4 BauGB des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 167 "Daruper Str.".</p> <p>Da unterirdische Versorgungsleitungen sich in bzw. in unmittelbarer Nähe des Bebauungsplanes verlaufen, ist sicherzustellen, sich bei entsprechender Annäherung rechtzeitig vor Baubeginn mit uns Netzbetrieb Billerbeck</p>	<p>Der Hinweise wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Umsetzung der Planung berücksichtigt.</p>

	<p>02543 211-3611) in Verbindung zu setzen, um eine aktuelle Planauskunft zu bekommen und um ggf. eine Einweisung vor Ort vornehmen zu können. Als Anlage erhalten Sie Planunterlagen aus denen die Lage der erforderlichen elektrischen Einrichtungen zur öffentlichen Versorgung ersichtlich ist.</p>	
--	--	--



Gemeinde Nottuln, Ordnungsamt	Hinsichtlich einer Kampfmittelbelastung für den o.g. Planbereich bestehen nach Auswertung der entsprechenden Luftbilder keine Hinweise. Es sind daher keine weiteren Maßnahmen notwendig. Es gelten die allgemeinen Regeln für Erdarbeiten.	
----------------------------------	---	--

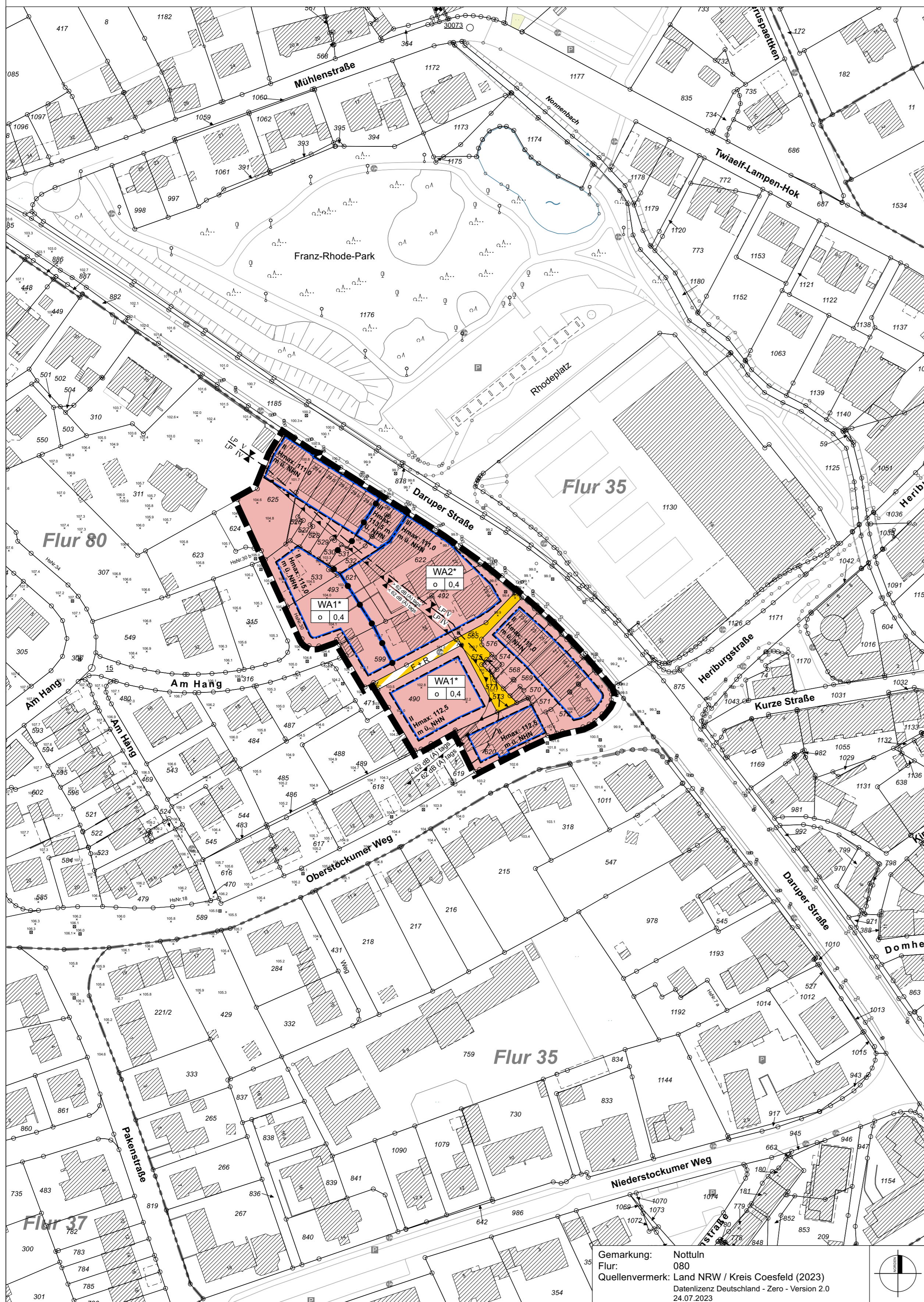
Keine Einwände/ Hinweise von:

- Stadt Dülmen, Schreiben vom 08.01.2024
- Gemeinde Senden, Schreiben vom 09.01.2024
- Gemeinde Havixbeck, Schreiben vom 25.01.2024
- LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster, Schreiben vom 29.01.2024
- Industrie- und Handelskammer Nord-Westfalen zu Münster, Schreiben vom 29.01.2024
- Handwerkskammer Münster (Wirtschaftsförderung), Schreiben vom 01.02.2024
- Ericsson Services GmbH (Richtfunk-Trassenauskunft), Schreiben vom 30.01.2024
- GELSENWASSER Energienetze GmbH - Betriebsdirektion Münsterland, Schreiben vom 04.01.2024
- Gemeindewerke Nottuln, Bereich Grünanlagen, Schreiben vom 08.01.2024
- Gemeindewerke Nottuln, Bereich Straßenbau, Schreiben vom 31.01.2024
- Gemeindewerke Nottuln, Bereich Trinkwasser, Schreiben vom 02.01.2024



Gemeinde Nottuln

Bebauungsplan Nr. 167 "Daruper Straße"



PLANZEICHENERLÄUTERUNG FESTSETZUNGEN gem. § 9 BauGB und BauNVO

ART DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO

WA* Allgemeine Wohngebiete, siehe Hinweis Nr. 6

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 16 bis 21 BauNVO

0,4 Grundflächenzahl
II Zahl der Vollgeschosse - als Höchstmaß
H max: Höhe Baulicher Anlagen in Meter über Normalhöhennull (NHN) als Höchstmaß, siehe textliche Festsetzung Nr. 2

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO

o Offene Bauweise

Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Straßenverkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung:

< F + R > Fußweg / Radweg

SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem § 9 (7) BauGB

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen gem. § 16 (5) BauNVO

Lärmpegelbereiche, siehe textliche Festsetzung Nr. 4.1

Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen Beurteilungspegel tags, siehe textliche Festsetzung Nr. 4.1

BESTANDSDARSTELLUNGEN UND HINWEISE

Flurgrenze

Flurnummer

Flurstücksgrenze

Flurstücksnummer

Gebäude mit Hausnummer

Bestandshöhen in Meter ü. NHN

HINWEISE

- DENKMALSCHUTZ**
Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfallenserstände in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde Nottuln und dem LWL - Archäologie für Westfalen, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 16 und 17 DSCHG NRW). Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um ggf. archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 (2) DSCHG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.
- ALTLAGEN**
Altlasten, Altlastenstandorte und Altablagerungen sind im Plangebiet nicht bekannt. Unabhängig davon besteht gem. § 2 (1) Landesbodenschutzgesetz die Verpflichtung, Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlicher Bodenveränderungen unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen, sofern derartige Feststellungen bei der Durchführung von Baumaßnahmen, Baugrunduntersuchungen oder ähnlichen Eingriffen in den Boden und den Untergrund angetroffen werden.
- KAMPFMITTEL**
Baumaßnahmen sind mit der gebotenen Vorsicht durchzuführen. Weist bei der Durchführung von Bauvorhaben der Erdaushub auf außergewöhnliche Verfallenserstände hin oder werden verdächtige Gegenstände entdeckt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde bzw. der Kampfmitteldienst zu verständigen.
- GESTALTUNG BEFESTIGTER FLÄCHEN**
Es wird empfohlen die befestigten Grundstücksteile - z.B. Stellplätze, Garagenzufahrten, Zuwege - in wasserdurchlässiger Befestigung z.B. mit Ökopflaster oder Pflasterung mit breiten Fugen (Fugenbreite > 2 cm) etc. auszuführen.
- EINSICHTNAHME VORSCHRIFTEN**
Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Normen) können bei der Gemeinde Nottuln im Fachbereich Planen und Bauen, Stiftsplatz 7/8, 48301 Nottuln eingesehen werden.
- IMMISSIONSSCHUTZ**
Das festgesetzte Allgemeine Wohngebiet (WA*) ist als „Järmvorbelasteter Bereich“ gekennzeichnet. Das Gebiet unterliegt Lärmimmissionen der nordwestlich der Daruper Straße gelegenen Einzelhandelsnutzungen, durch die es zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Allgemeine Wohngebiete bis hin zu den Immissionsrichtwerten für Mischgebiete kommen kann. Eine Anwendung des Ruhezeitenzuschlages gemäß 6.5 der TA Lärm erfolgt zukünftig nicht.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9 BauGB und BauNVO

1. **ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
(gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (5 - 10) BauNVO)
1.1 Allgemeines Wohngebiet
In dem festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet sind die Ausnahmen gem. § 4 (3) Nr. 1, 3, 4 und 5 BauNVO (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe, Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. **MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
(gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 (2) Nr. 4 BauNVO)
2.1 Höhe der baulichen Anlagen
Die maximal zulässigen Höhen der baulichen Anlagen sind in den jeweiligen Bereichen des Plangebietes in Meter über NHN festgesetzt. Eine Überschreitung der maximal zulässigen Höhen der baulichen Anlagen für technisch erforderliche, untergeordnete Bauteile (z.B. Aufbauten auf Aufzüge, Wärmepumpen, Solaranlagen) kann ausnahmsweise gem. § 16 (6) BauNVO um bis zu 1,0 m zugelassen werden. Die technische Erforderlichkeit ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.

3. **HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNHEITEN IN WOHNGEBÄUDEN**
(gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB)
3.1 In den mit WA 1 gekennzeichneten Allgemeinen Wohngebieten wird die Zahl der Wohneinheiten auf maximal 2 Wohnungen je Wohngebäude begrenzt.
3.2 In den mit WA 2 gekennzeichneten Allgemeinen Wohngebieten wird die Zahl der Wohneinheiten auf maximal 6 Wohnungen je Wohngebäude begrenzt.

4. **VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN**
(gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB)
4.1 Straßenverkehrslärm
Zum Schutz vor Lärmeinwirkungen durch den Straßenverkehr werden bei einer Errichtung oder baulichen Änderung von Räumen, die nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, unterschiedliche Anforderungen an das Schallschutzniveau von Außenbauteilen gestellt. Zur Festlegung der erforderlichen Luftschalldämmung von Außenbauteilen gegenüber Außenlärm werden in der DIN 4109-2:2018-01 verschiedene Lärmpegelbereiche zugrunde gelegt, denen die vorhandenen oder zu erwartenden „maßgeblichen Außenlärmpegel“ zuzuordnen sind. Für Außenbauteile von Aufenthaltsräumen von Wohnungen (mit Ausnahme von Küchen, Bädern und Hausarbeitsräumen) sind die in der folgenden Tabelle aufgeführten Anforderungen an die Luftschalldämmung einzuhalten:

Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel	Erforderliches Schallschutzniveau erf. R'w,res	
		Aufenthaltsräume in Wohnungen	Büro- und ähnliche Räume
IV	66 bis 70 dB(A)	40	35
V	71 bis 75 dB(A)	45	40

Die Berechnung des resultierenden Schallschutzniveaus R'w,res hat nach DIN 4109-2:2018-01 zu erfolgen.
Schallschutz von Schlafräumen:
Im Plangebiet sind beim Neubau bzw. bei Änderungen im Zusammenhang mit Fenstern von Räumen, die vorwiegend zum Schlafen genutzt werden, schalldämmende, ggf. fensterunabhängige Lüftungssysteme vorzusehen, die die Gesamtschalldämmung der Außenfassaden nicht verschlechtern. Alternativ hierzu ist die Befüllung über ausreichend abgeschirmte Fassadenseiten mit entsprechendem Einzelnachweis zu gewährleisten.

Schallschutz von Außenwohnbereichen:
In den Bereichen mit Beurteilungspegeln über 62 dB(A) am Tag (s. Planeintrag) sind Außenwohnbereiche unzulässig. Abweichend hiervon können diese zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, dass durch geeignete Maßnahmen (z.B. Anordnung auf schallabgewandter Gebäudeseite) ein ausreichender Schallschutz gewährleistet wird.
Abweichungen von den o. g. Festsetzungen zur Lärmvorsorge sind mit entsprechendem schalltechnischen Einzelnachweis nach DIN 4109-2:2018-01 zulässig.

RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Planzonenverordnung 1990 (PlanZV 90)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung 2018 - (BauO NRW 2018)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.08.2018 (GV NRW S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.07.2016 (GV NRW S. 559), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.11.2016 (GV NRW S. 934), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), in der zuletzt geänderten Fassung.
- Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes** (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2017 (BGBl. I S. 1440), in der zuletzt geänderten Fassung.

AUFSTELLUNGSVERFAHREN

Die Darstellung der Grundstücksgrenzen stimmt mit dem Katasternachweis überein. Stand: ...
Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenerverordnung,
den ...

Der Rat der Gemeinde hat am ... gem. § 2 und § 2a des Baugesetzbuches beschlossen, diesen Bebauungsplan aufzustellen. Dieser Beschluss ist am ... ortsüblich bekannt gemacht worden.
Nottuln, den ...

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Bauleitplanung hat am ... gem. § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches stattgefunden.
Nottuln, den ...

Die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Bauleitplanung hat vom ... bis ... einschließlich gem. § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches stattgefunden.
Nottuln, den ...

Der Rat der Gemeinde hat am ... gem. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches beschlossen, diesen Bebauungsplan - Entwurf mit Begründung - öffentlich auszulegen.
Nottuln, den ...

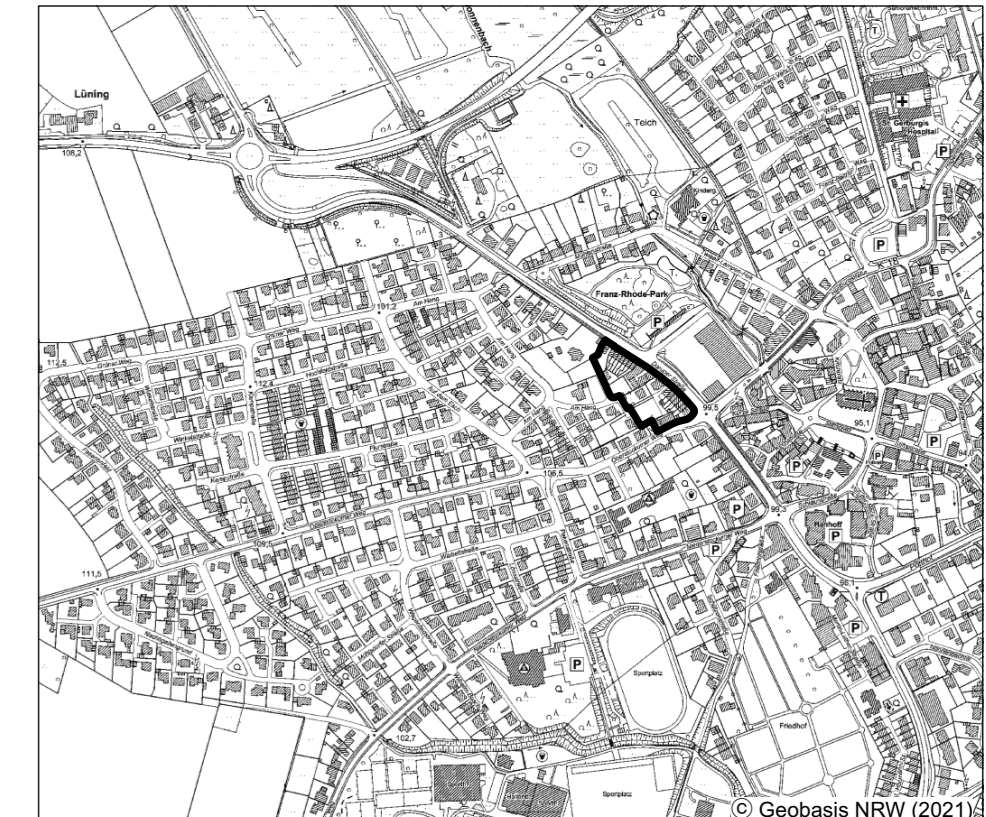
Dieser Bebauungsplan - Entwurf mit Begründung - hat gem. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches in der Zeit vom ... bis ... einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Diese Auslegung gem. § 3 Abs. 2 wurde gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches durchgeführt.
Nottuln, den ...

Der Rat der Gemeinde hat am ... gem. § 10 des Baugesetzbuches diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen. Dieser Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt.
Nottuln, den ...

Gem. § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches ist der Beschluss dieses Bebauungsplanes am ... ortsüblich bekannt gemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist dieser Bebauungsplan in Kraft getreten.
Nottuln, den ...



Gemeinde Nottuln Bebauungsplan Nr. 167 "Daruper Straße"



Planentwurf **WP/WoltersPartner**
Daruper Straße 13 • D-48633 Coesfeld
Telefon 05241 9409-0 • Fax 9409-100
splan@wolterspartner.de
Maßstab 1:1.000
Stand 23.11.2023

Ö

4.1



Gemeinde Nottuln

Oktober 2023

Bebauungsplan Nr. 167

„Daruper Straße“

Begründung

Entwurf

Inhaltsverzeichnis

I. Begründung	1
1. Ziel und Zweck der Planung	1
2. Erforderlichkeit.....	1
3. Lage und Geltungsbereich / Bestandssituation.....	2
4. Verfahren	3
5. Planungsbindungen	4
5.1 Ziele und Grundsätze der Raumordnung	4
5.2 Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz	4
5.3 Landschaftsplanung	5
5.4 Flächennutzungsplan.....	5
5.5 Bebauungsplan	5
6 Planinhalte.....	5
6.1 Städtebauliches Konzept.....	5
6.2 Erschließung des Plangebietes	6
Verkehrliche Erschließung	6
Ver- und Entsorgung	6
6.3 Belange des Immissionsschutzes.....	6
Gewerbelärm	6
Verkehrslärm	7
7. Planfestsetzungen	8
7.1 Art der baulichen Nutzung	8
7.2 Maß der Nutzung	9
Grundflächenzahl	9
Zahl der Vollgeschosse, Höhe baulicher Anlagen.....	9
7.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche.....	9
7.4 Beschränkung der Zahl der Wohneinheiten	10
8 Natur und Landschaft	10
8.1 Biotop- und Artenschutz	10
Bestandsbeschreibung	10
Arteninventar	11
Wirkfaktoren und Auswirkungsprognose.....	12
8.2 Eingriffsregelung.....	13
8.3 Natura 2000	13
8.4 Anforderungen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel.....	13

8.5	Belange des Bodenschutzes / Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen	14
II.	Geräuschprognose (Anlage 1)	14

I. Begründung

1. Ziel und Zweck der Planung

Der Bebauungsplan „Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch“ wurde in seiner ursprünglichen Fassung bereits im Jahre 1972 in Kraft gesetzt. Seitdem wurde der Bebauungsplan einer Vielzahl von Änderungsverfahren unterzogen, die zum Teil größere, regelmäßig aber nur kleine Bereiche in den Blick genommen haben. Beinahe fünf Jahrzehnte räumlicher Planungsvorstellungen finden nunmehr ihren Niederschlag im betreffenden Bebauungsplan. Insgesamt führt der Bebauungsplan mittlerweile eine bauplanungsrechtliche Situation herbei, der es nicht mehr gelingt, eine nachvollziehbare städtebauliche Entwicklung und Ordnung vorzuformulieren.

Insbesondere die Ausweisung eines Mischgebietes im Kreuzungsbereich Daruper Straße / Oberstockumer Weg entspricht nach Aufgabe der ehemals prägenden gewerblichen Nutzungen nicht mehr der städtebaulichen Zielsetzung. Durch das erforderliche ausgewogene Verhältnis zwischen Wohnen und Gewerbe entspricht die heutige vorrangige Wohnnutzung, die nur durch einzelne wohnverträgliche gewerbliche Nutzungen ergänzt wird, nicht mehr der Charakteristik eines Mischgebietes. Darüber hinaus sind neue Wohnnutzungen vor dem Hintergrund der bisherigen Festsetzungen nicht genehmigungsfähig. Konkrete Anfragen von Investoren liegen der Gemeinde Nottuln bereits vor.

Mit der beabsichtigten Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes ist grundsätzlich ein höherer immissionsschutzrechtlicher Schutzanspruch verbunden. Im vorliegenden Fall besteht allerdings eine gewachsene Gemengelage zwischen der Wohnnutzung im Plangebiet und der benachbarten Einzelhandelsansiedlung. Die Wahrung gesunder Wohnverhältnisse im Plangebiet unter Berücksichtigung der langfristigen Sicherung des Einzelhandelsstandortes ist im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung ebenfalls zu berücksichtigen.

Die Ziele der Bauleitplanung lassen sich somit wie folgt zusammenfassen:

- Aktivierung von Nachverdichtungspotenzialen i.S. einer maßvollen Weiterentwicklung des Bestandes
- Neuordnung der zulässigen Nutzungen unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes

2. Erforderlichkeit

Im Sinne der Erhaltung und maßvollen Weiterentwicklung gewachsener städtebaulicher Strukturen beabsichtigt die Gemeinde Nottuln, mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die künftige städtebauliche Entwicklung im Plangebiet zu definieren. Wie unter Pkt. 1 erläutert, ist der bisher geltende Bebauungsplan „Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch“ nicht mehr zeitgemäß und geeignet die formulierten Planungsziele umzusetzen, sodass die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes erforderlich wird. Insbesondere die Festsetzung der Bauflächen als Mischgebiet steht der angestrebten Entwicklung von zusätzlichen Wohnnutzungen bislang entgegen.

3. Lage und Geltungsbereich / Bestandssituation

Das ca. 7.400 qm große Plangebiet befindet sich im Nordwesten der Ortslage Nottuln direkt angrenzend an den Ortskern. Der Geltungsbereich wird begrenzt durch

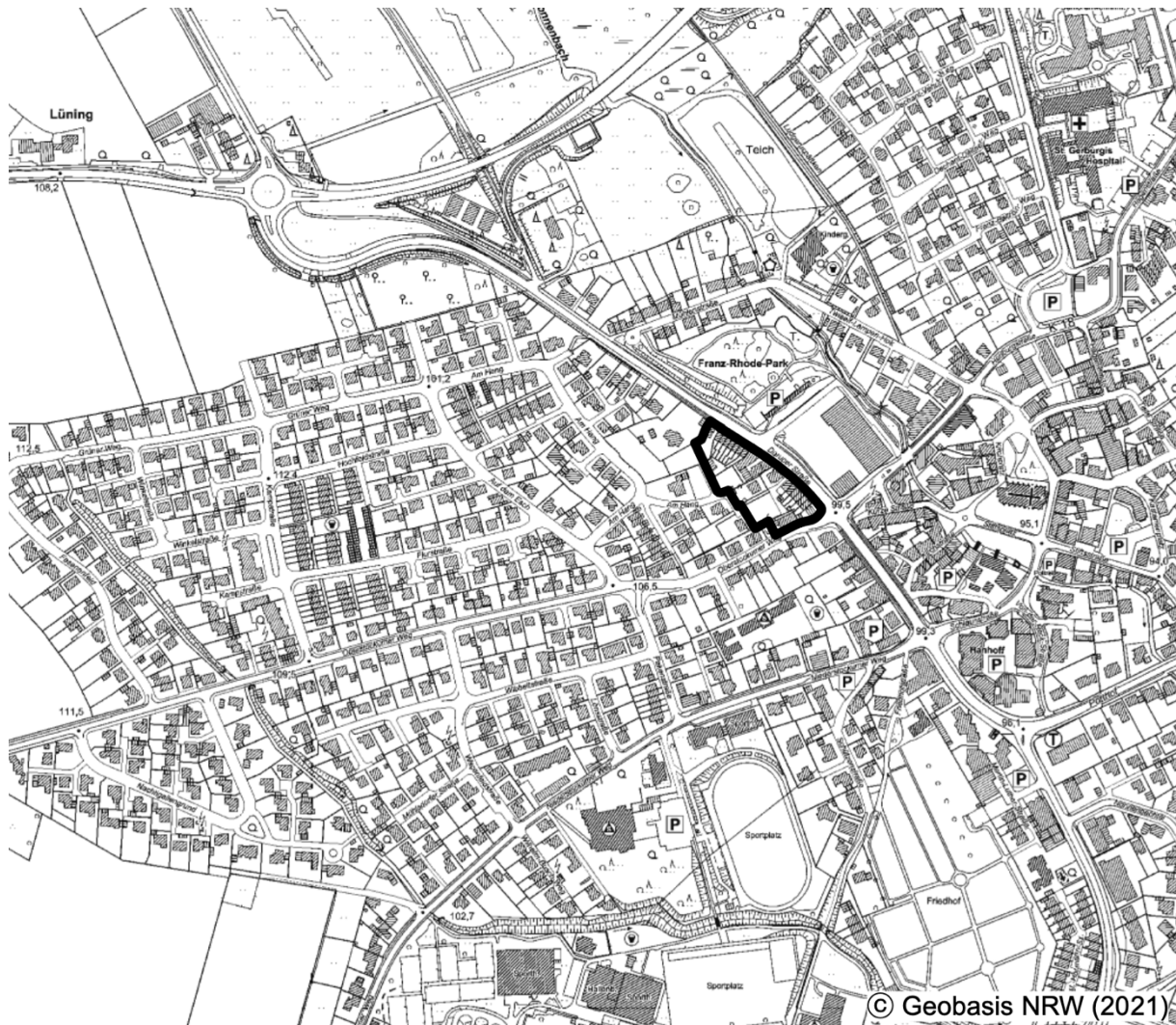
- private Grundstücke und die Straße „Am Hang“ im Norden und Westen,
- die Daruper Straße im Osten sowie
- den Oberstockumer Weg im Süden.

Die Grenzen des Plangebiets sind gem. § 9 (7) des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend in der Planzeichnung des Bebauungsplanes festgesetzt.

Das Plangebiet liegt am nördlichen Ortseingang von Nottuln. Östlich grenzen der Franz-Rhode-Park sowie der Busbahnhof mit angegliederter Park & Ride-Anlage an das Plangebiet. Darüber hinaus befinden sich hier ein Lebensmittelvollsortimenter und ein Drogeriefachmarkt mit gemeinsamer Stellplatzanlage. Die nördlich, westlich und südlich des Plangebietes gelegenen Bereiche werden vorrangig wohnbaulich genutzt.

Über die Daruper Straße und den Oberstockumer Weg wird das Plangebiet an das übergeordnete Straßennetz angebunden. Die Anbindung der übrigen Bauflächen erfolgt über die Stichstraße „Am Hang“.

Die Bebauungsstruktur entlang der Daruper Straße ist eher heterogen. Neben ein- und zweigeschossigen Reihenhäusern sind in diesem Bereich des Plangebietes auch Mehrparteienhäuser und einzelne nicht störende Gewerbebetriebe wie z.B. ein Hundesalon und eine physiotherapeutische Praxis vorhanden. Im rückwärtigen Bereich des Grundstücks „Daruper Straße 27“ befinden sich Hallen aus einer ehemals gewerblichen Nutzung. Im zentralen Plangebiet befindet sich eine Baulücke und auch die rückwärtigen Grundstücksflächen weisen teilweise Nachverdichtungspotenziale auf.



Übersichtsplan (ohne Maßstab)

4. Verfahren

Da sich das Plangebiet innerhalb des bebauten Siedlungszusammenhanges befindet, wurde geprüft, ob die Voraussetzungen für die Anwendung des § 13a BauGB vorliegen und das Bebauungsplanverfahren im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden kann.

- Aufgrund der Größe des Plangebietes von ca. 7.400 qm und der dementsprechend zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm erfüllt der Bebauungsplan die in § 13a (1) Nr. 2 BauGB genannten Größenbeschränkungen.
- Durch den Bebauungsplan wird die Zulässigkeit von Vorhaben, die der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) unterliegen, nicht begründet.
- Eine Beeinträchtigung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH) oder der europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Auf Basis der oben dargestellten Prüfung hat die Gemeinde Nottuln daher beschlossen, das vorliegende Aufstellungsverfahren auf der Grundlage des § 13a BauGB und den danach geltenden Verfahrensvorschriften als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren durchzuführen. Aufgrund der geringen Größe, der zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm finden auf den Bebauungsplan die Vorschriften des § 13a (2) Nr. 4 BauGB Anwendung. Demnach gelten Eingriffe, die auf Grund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a (3) Satz 5 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Gem. § 13a BauGB wird ein Umweltbericht im Sinne § 2a BauGB nicht erforderlich. Die Öffentlichkeit, die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden im Beteiligungsverfahren gem. § 13 (2) Nr. 2 und 3 BauGB entsprechend darauf hingewiesen.

Der Rat der Gemeinde Nottuln hat am 14.03.2023 die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans (Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB) beschlossen.

5. Planungsbindungen

5.1 Ziele und Grundsätze der Raumordnung

Der Regionalplan Münsterland stellt den Geltungsbereich als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) dar, damit steht der Regionalplan der Nutzung des Bebauungsplanes Nr. 167 „Daruper Straße“ nicht entgegen. Der Bebauungsplan entspricht somit den Zielen der Raumordnung.

5.2 Länderübergreifender Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz

Da Hochwasserereignisse in den letzten beiden Jahrzehnten landesweit erhebliche Schäden angerichtet haben und auch zukünftig mit einem erhöhten Schadenspotential zu rechnen ist, ist am 01.09.2021 die Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz vom 19.08.2021 in Kraft getreten (BGBl. I 2021, S. 3712). Die Bundesverordnung beinhaltet einen länderübergreifenden Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz.

Die Vereinbarkeit der vorliegenden Planung mit den relevanten Zielen und Grundsätzen des BRPH wurde geprüft und bestätigt. Ein Konflikt zwischen dem BRPH und der vorliegenden Bauleitplanung besteht nicht.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Flussgebietes „Rhein“ im Teileinzugsgebiet „Lippe“ und der untergeordneten Planungseinheit „Steuer“. Das Plangebiet und sein direktes Umfeld befinden sich nicht im direkten Einflussgebiet von Risikogewässern. Das nächstgelegene Risikogewässer ist der Nonnenbach in einer Entfernung von ca. 100 m. Entlang dieses Gewässers liegen Bereiche, die laut den Hochwassergefahrenkarten im Falle von Hochwasserereignissen (HQhäufig, HQ100, HQextrem) überflutet werden. Es handelt sich vorrangig um Wohnbauflächen / Flächen mit gemischter Nutzung sowie Vegetations- und Freiflächen.

Das nächstgelegene Überschwemmungsgebiet befindet sich außerhalb der Ortslage entlang der Steuer in einer Entfernung von ca. 2,7 km zum Plangebiet. Überschwemmungsgebiete dienen der schadlosen Abführung von Hochwasser und sichern die dafür erforderlichen Flächen für den Hochwasserabfluss sowie Retentions- oder Rückhalteräume.

Gemäß Starkregenhinweiskarte für NRW des BKG kommt es im Falle von seltenem Starkregen (Wiederkehrintervall 100 Jahre) sowie im Falle von extremem Starkregen (90 mm/h) in den abgesenkten Terrassenzonen der bestehenden Reihenhäuser zu Einstautiefen von bis zu 60 cm. Hier sind Maßnahmen des architektonischen Selbstschutzes erforderlich. Die übrigen Flächen im Plangebiet und die umgebenden Flächen weisen kein signifikantes Überflutungsrisiko bei Starkregen auf.

Die Auswirkungen des Klimawandels wurden i.S.d. Ziels I.2.1 BRPH geprüft. Den Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse z.B. durch Starkregen wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung insofern entsprochen, als dass der zulässige Versiegelungsgrad planungsrechtlich nicht erhöht wird. Weitere Maßnahmen sind im Rahmen der konkreten Bauvorhaben vorzusehen.

5.3 Landschaftsplanung

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans existiert kein Landschaftsplan. Schutzgebiete oder sonstige geschützte Teile von Natur und Landschaft bestehen nicht.

5.4 Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Nottuln wird der Geltungsbereich des Bebauungsplanes bislang als „gemischte Baufläche“ dargestellt. Der Flächennutzungsplan soll zukünftig gemäß dem im folgenden begründeten Planungsziel „Wohnbauflächen“ darstellen. Die Anpassung erfolgt gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB auf dem Wege der Berichtigung.

5.5 Bebauungsplan

Der Bebauungsplan „Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch“ wurde in seiner ursprünglichen Fassung bereits im Jahre 1972 in Kraft gesetzt. Für das Plangebiet gelten bisher die Änderungen aus den Jahren 1975, 2001 und 2019 sowie die 1983 neu gefasste Gestaltungssatzung für den gesamten Geltungsbereich.

Im südöstlichen Plangebiet werden die Bauflächen als Mischgebiet festgesetzt. Die zulässige Geschossigkeit liegt hier zwischen maximal II und III Vollgeschossen. Die Grundflächenzahl liegt bei 0,4 und die Geschossflächenzahl variiert in Abhängigkeit von der zulässigen Geschossigkeit zwischen 0,8 und 1,1. Es gilt teils die offene und teils die geschlossene Bauweise.

Die Gestaltungssatzung umfasst insbesondere Regelungen zu Außenwandflächen und zur Dachgestaltung.

6 Planinhalte

6.1 Städtebauliches Konzept

Die Bauflächen im Plangebiet sollen zukünftig vorrangig wohnbaulich genutzt werden, entsprechend erfolgt die Ausweisung als allgemeines Wohngebiet. Auf diesem Wege sollen Nachverdichtungspotenziale, die durch die bisherige Mischgebietsfestsetzung gehemmt wur-

den, aktiviert werden. Der bestehenden Gemengelage zwischen der Wohnnutzung im Plangebiet und den östlich angrenzenden Einzelhandelsbetrieben wird durch die Kennzeichnung als lärmvorbelasteter Bereich Rechnung getragen.

Das Plangebiet wird in zwei Teilabschnitte mit unterschiedlicher Dichte unterteilt. Im zentralen Bereich befinden sich bereits heute Mehrparteienhäuser mit entsprechend höheren Gebäuden und Geschossigkeiten. Dies wird in den Festsetzungen berücksichtigt. In den übrigen Bereichen im Plangebiet soll die bestehende eineinhalb- bis zweigeschossige Bebauung gesichert und fortgeführt werden. Dies entspricht auch der Bebauungsstruktur auf den westlich angrenzenden Grundstücken.

6.2 Erschließung des Plangebietes

Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt wie bisher über die Daruper Straße, den Oberstockumer Weg und die Straße „Am Hang“. Die Straßenverkehrsflächen werden weiterhin als solche festgesetzt. Das Gebiet ist durch einen ergänzenden Fuß- und Radweg für den nicht motorisierten Verkehr erschlossen. Dieser wird als Straßenverkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung „Fuß- und Radwege“ festgesetzt.

Die Anzahl der erforderlichen privaten Stellplätze richtet sich nach der Verordnung über notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Fahrräder (StellplatzVO NRW).

Die Anbindung an den ÖPNV erfolgt über den Busbahnhof Rhodeplatz mit angegliederter Park&Ride-Anlage. Der Haltepunkt wird von den Linien B31, B32, D60, N8 und S60 angefahren.

Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit Strom und Wasser wird wie bisher über die vorhandenen Netze sichergestellt.

Das Schmutz- und Regenwasser kann in die vorhandenen Kanalisationsanlagen eingeleitet werden, die innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen verlaufen.

6.3 Belange des Immissionsschutzes

Gewerbelärm

Gemäß der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 151 „Einkaufsbereich Rhodeplatz“ der Gemeinde Nottuln¹ sind im Bereich der bestehenden Wohnbebauung im Plangebiet Beurteilungspegel von bis zu 59 dB(A) im Tageszeitraum zu erwarten.

¹ Zech Ingenieurgesellschaft mbH Lingen (30.07.2020): Schalltechnischer Bericht Nr. LL13353.1/02 zum Bebauungsplan Nr. 151 "Einkaufsbereich Rhodeplatz" in 48301 Nottuln. Lingen

Somit wird hier der Immissionsrichtwert für Allgemeine Wohngebiete (55 dB(A) tags) überschritten und der Immissionsrichtwert für Mischgebiete (60 dB(A) tags) eingehalten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich im vorliegenden Fall um eine gewachsene Gemengelage zwischen dem Einzelhandelsstandort und den überwiegend dem Wohnen dienenden Bereichen im Plangebiet handelt (s. 6.7 TA Lärm). Die Einzelhandelsnutzung wurde vor fast 20 Jahren auf Grundlage des Bebauungsplanes Nr. 104 „Franz-Rode-Platz“ angesiedelt. Damals entsprach die Nutzungsstruktur im Plangebiet weitgehend dem Charakter eines Mischgebietes. Dies wandelte sich im Laufe der letzten Jahre mit Aufgabe der prägenden gewerblichen Nutzungen, sodass die heutige Nutzungsstruktur der eines allgemeinen Wohngebietes entspricht. Aufgrund der Festsetzung als Mischgebiet wurde der entsprechend niedrigere Immissionschutzanspruch in den früheren Genehmigungen und zuletzt bei der Umstrukturierung auf Grundlage des o.g. Bebauungsplanes Nr. 151 „Einkaufsbereich Rhodeplatz“ angesetzt.

Der Gemengelage wird durch die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes und die Kennzeichnung der Bauflächen als lärmvorbelasteter Bereich (WA*), in dem in Bezug auf Gewerbelärmimmissionen eine Überschreitung der gem. TA Lärm für Allgemeine Wohngebiete zulässigen Immissionsrichtwerte bis hin zu den Immissionsrichtwerten für Mischgebiete zulässig ist, Rechnung getragen. Da die Berechnungsergebnisse der o.g. Untersuchung sich auf die Beurteilung mit dem Schutzanspruch eines Mischgebietes beziehen, sind im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung für die entsprechenden schützenswerten Nutzungen an der Daruper Straße keine Ruhezeitenzuschläge gem. 6.5 TA Lärm berücksichtigt worden. Dies soll auch weiter so gehandhabt werden.

Unter der Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen sind auf der Grundlage der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung keine unzulässigen Gewerbelärmimmissionen im Plangebiet zu erwarten. Auch die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelhandelsbetriebe, werden gegenüber der Ausgangssituation nicht weiter eingeschränkt.

Verkehrslärm

Das Plangebiet unterliegt Lärmimmissionen aus dem Straßenverkehr auf der Daruper Straße und der Nutzung des angrenzenden Busbahnhofs. Für das Plangebiet wurde daher eine schalltechnische Untersuchung² erarbeitet, in der die auf das Plangebiet einwirkenden Verkehrslärmimmissionen untersucht und geeignete Schallschutzmaßnahmen für die geplante Bebauung definiert wurden.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass auf Grund der von dem Verkehr ausgehenden Lärmimmissionen für die innerhalb des Plangebietes zulässigen schutzwürdigen Nutzungen Lärmschutzmaßnahmen erforderlich werden, da die Orientierungswerte der DIN 18005-1 (Schallschutz im Städtebau) für Mischgebiete und Allgemeine Wohngebiete in den zur Daruper Straße orientierten Teilbereichen des Plangebietes überschritten werden.

Im Allgemeinen ist dem aktiven Lärmschutz an der Immissionsquelle gegenüber dem passiven Lärmschutz an den Gebäuden Vorrang zu geben. Neben aktiven Maßnahmen, die überwiegend

² Zech Ingenieurgesellschaft mbH Lingen (25.08.2023): Schalltechnischer Bericht Nr. LL16756.2/01 zum Bebauungsplan Nr. 167 in 48301 Nottuln. Lingen

dazu dienen, den Freiraum zu schützen oder auch passive Maßnahmen zu reduzieren, kann durch eine günstige Wohnungsgrundrissgestaltung oder bauliche Maßnahmen am Gebäude erreicht werden, dass die anzustrebenden Innenschallpegel für Wohnräume eingehalten werden. Aktive Schallschutzmaßnahmen – wie etwa ein Lärmschutzwall/-wand – scheiden entlang der Daruper Straße aufgrund des baulichen Bestandes jedoch aus.

Auf Grundlage des schalltechnischen Gutachtens werden daher passive Schallschutzmaßnahmen, d.h. die erforderlichen Schalldämmmaße der Außenwand gem. DIN DIN 4109-2:2018-01 (Schallschutz im Hochbau) auf Basis der im Gutachten ermittelten Lärmpegelbereiche festgesetzt. Fenster von nachts genutzten Räumen (I. d. R. Schlaf- und Kinderzimmer) sind innerhalb des Plangebietes zu Lüftungszwecken mit einer schalldämmenden Lüftungseinrichtung auszustatten. Das Schalldämmmaß von Lüftungseinrichtungen / Rollladenkästen ist bei der Berechnung des resultierenden Schalldämmmaßes $R'_{w,res}$ zu berücksichtigen.

Ausnahmsweise kann von den vorgenannten Festsetzungen abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises nach DIN DIN 4109-2:2018-01 ermittelt wird, dass durch die Errichtung vorgelagerter Baukörper oder sonstiger baulicher Anlagen aufgrund der verminderten Lärmbelastung geringere Anforderungen an den Schallschutz erforderlich sind. Die im Rahmen des Schallgutachtens ermittelten Lärmpegelbereiche sind entsprechend in der Planzeichnung des Bebauungsplanes gekennzeichnet.

In Bezug auf Außenwohnbereiche wird der schalltechnische Orientierungswert von 55 dB(A) zur Tageszeit nur im gesamten Plangebiet überschritten. Hier werden für Außenwohnbereiche nach den Beurteilungskriterien der DIN 18005-1 ergänzende Schutzmaßnahmen empfohlen. Da in großen Teilen des Plangebietes auch ein Beurteilungspegel von tags 62 dB(A) - der die Grenze der ungestörten Nutzung des Außenwohnbereiches kennzeichnet - überschritten wird, sind hier Außenwohnbereiche ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen unzulässig. Der Nachweis über geeignete Schallschutzmaßnahmen ist im jeweiligen Bauantragsverfahren zu führen.

7. Planfestsetzungen

7.1 Art der baulichen Nutzung

Die Bauflächen im Plangebiet werden entsprechend dem oben formulierten Planungsziel als „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Das allgemeine Wohngebiet umfasst die Bereiche entlang der Daruper Straße und im Kreuzungsbereich zum Oberstockumer Weg, die bislang als Mischgebiet ausgewiesen waren. Aufgrund der heutigen, vorrangigen Wohnnutzung, die durch untergeordnete nicht störende gewerbliche Nutzungen ergänzt wird, ist das für ein Mischgebiet charakteristische Gleichgewicht von Wohnen und Gewerbe nicht mehr gegeben und wird auch nicht angestrebt.

Die gem. § 4 (3) Nr. 1, 3, 4 und 5 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe, Tankstellen) werden ausgeschlossen, um eine möglichst hohe Wohnqualität sicherzustellen. Die gem. § 4 (3) Nr. 2 BauNVO ausnahmsweise zulässigen sonstigen nicht störenden Gewerbebetriebe

bleiben als Ausnahme Bestandteil des Bebauungsplanes, um vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung planungsrechtlich die Möglichkeit zu eröffnen, wohnverträgliche gewerbliche Nutzungen innerhalb des Gebietes zuzulassen.

7.2 Maß der Nutzung

Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl (GRZ) wird im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden entsprechend dem Orientierungswert des § 17 BauNVO für das Allgemeine Wohngebiet mit 0,4 festgesetzt. Diese Festsetzung entspricht auch den Festsetzungen des Ursprungsplanes.

Da für den Großteil des Plangebietes bisher die BauNVO 1968 galt, wurden Nebenanlagen bisher nicht in die Grundflächen mit einbezogen. Bei der Grundfläche sind gem. § 19 BauNVO 1990 nun die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen sowie Nebenanlagen mitzurechnen. Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen der Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen bis zu 50 vom Hundert überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer GRZ von 0,8. Es ergeben sich somit durch diese Überschreitung Werte von 0,6.

Zahl der Vollgeschosse, Höhe baulicher Anlagen

Die Festsetzungen zu Baukörperhöhen und Geschossigkeit orientieren sich an dem vorhandenen baulichen Bestand. Überwiegend wird eine maximal zweigeschossige Bauweise festgesetzt. Lediglich im zentralen Bereich an der Daruper Straße wird eine maximal dreigeschossige Bauweise zugelassen, um hier unter Berücksichtigung der historisch bestehenden höheren Bebauung eine nach heutigen Maßstäben wirtschaftliche Ausnutzung der Grundstücke zu ermöglichen.

Die maximal zulässigen Höhen der baulichen Anlagen werden in Metern über NHN festgesetzt und sind den jeweiligen Baufeldern zugeordnet. Die Festsetzungen berücksichtigen neben dem baulichen Bestand im Plangebiet und den angrenzenden Bereichen auch die topographischen Verhältnisse im Plangebiet. Die Verkehrsfläche der Straße „Im Hang“ liegt bis zu 6 m über der Verkehrsfläche im Kreuzungsbereich Daruper Straße / Oberstockumer Weg. Durch die festgesetzte Obergrenze kann eine maßvolle Ergänzung der bestehenden Bebauungsstrukturen im Rahmen der Nachverdichtung sichergestellt werden. Entlang der Daruper Straße ergeben sich – bis auf einen „Ausreißer“ – Gebäudehöhen zwischen 11 und 12 m bezogen auf die Oberkante der Fahrbahn. Zum Oberstockumer Weg und zur Straße „Am Hang“ liegen die Höhen zwischen 8,5 m und 10,0, um insbesondere den Übergang zum Bestand verträglich zu gestalten.

7.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Dem Gebietscharakter entsprechend und in Anlehnung an die bestehende Bebauung wird eine offene Bauweise festgesetzt. Dadurch wird eine dem Standort angemessene Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern sowie Hausgruppen ermöglicht und der offene Charakter der Bestandsbebauung wird planungsrechtlich gesichert.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen großzügig festgesetzt, um ein hohes Maß an Flexibilität für zukünftige Neustrukturierungen zu ermöglichen. Zu den öffentlichen Verkehrsflächen wird grundsätzlich ein Abstand von 3,0 m eingehalten; unter Berücksichtigung des Bestandes sind geringere Abstände möglich. Wesentliche Nachverdichtungspotenziale bilden das Flurstück 490 und die rückwärtigen Grundstücksflächen, die zur Straße „Am Hang“ orientiert sind. Auch hier sind die Bauflächen großzügig festgesetzt.

7.4 Beschränkung der Zahl der Wohneinheiten

Im WA 1 sind je Wohngebäude maximal 2 Wohneinheiten zulässig. Mit dieser Festsetzung soll eine übermäßige Verdichtung der einzelnen Grundstücke sowie negative städtebauliche Auswirkungen durch einen sonst nicht vorhersehbaren zusätzlichen privaten Stellplatzbedarf und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vermieden werden. Die Beschränkung orientiert sich außerdem an der Bestandsbebauung im Plangebiet und den westlich angrenzenden Wohngebäuden.

Im WA 2 sind bereits heute Mehrparteienhäuser vorhanden. Um den Bestand planungsrechtlich zu sichern und maßvoll zu entwickeln, sind im WA 2 je Wohngebäude maximal 6 Wohneinheiten je Wohngebäude zulässig.

8 Natur und Landschaft

8.1 Biotop- und Artenschutz

Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung ist gemäß der Handlungsempfehlung des Landes NRW³ die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) notwendig. Dabei ist festzustellen, ob im Plangebiet Vorkommen europäisch geschützter Arten aktuell bekannt oder zu erwarten sind und bei welchen dieser Arten aufgrund der Wirkungen des Vorhabens Konflikte mit artenschutzrechtlichen Vorschriften gem. § 44 (1) BNatSchG nicht ausgeschlossen werden können. Gegebenenfalls lassen sich artenschutzrechtliche Konflikte durch geeignete Vermeidungsmaßnahmen, inklusive vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) erfolgreich abwenden.

Für die Beurteilung möglicher artenschutzrechtlicher Konflikte ist dabei jeweils die aktuelle und nicht die planungsrechtliche Situation im Plangebiet ausschlaggebend.

Bestandsbeschreibung

Die Bebauungsstruktur entlang der Daruper Straße ist eher heterogen. Neben ein- und zweigeschossigen Reihenhäusern sind in diesem Bereich des Plangebietes auch Mehrparteienhäuser und einzelne nicht störende Gewerbebetriebe wie z.B. ein Hundesalon und eine physiotherapeutische Praxis vorhanden. Im rückwärtigen Bereich des Grundstücks „Daruper Straße 27“ befinden sich Hallen aus einer ehemals gewerblichen Nutzung. Im zentralen Plangebiet befindet sich eine Baulücke und auch die rückwärtigen Grundstücksflächen weisen teilweise Nachverdichtungspotenziale auf. Die relevanten Grünstrukturen im Plangebiet werden aus privaten

³ Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz vom 22.12.2010: Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungsempfehlungen.

Gartenbereichen gebildet. Hier ist von regelmäßigen Störungen durch eine entsprechende Gartennutzung auszugehen. Außerdem befindet sich im zentralen eine Baulücke (gemähte Wiese).

Arteninventar

Laut Abfrage des Fachinformationssystems⁴ können im Bereich des Messtischblattes 4010 (Quadrant 3) potenziell 30 planungsrelevante Arten vorkommen; dazu gehören unter Berücksichtigung der im Plangebiet bzw. im auswirkungsrelevanten Umfeld vorkommenden Lebensraumtypen (Gärten, Siedlungsbrachen, Parkanlagen, Gebäude) theoretisch 10 Säugetiere und 20 Vogelarten (s. Tab. 1).

Laut Landschaftsinformationssammlung NRW⁵ sind keine Vorkommen planungsrelevanter Arten im Plangebiet und dessen Umfeld (<300 m) vorhanden.

Tab. 1: Planungsrelevante Arten für Quadrant 3 im Messtischblatt 4010, Stand: November 2021. Status: B = Brutnachweis ab dem Jahr 2000; N = Nachweis ab 2000 vorhanden. Erhaltungszustände: G = günstig, U = unzureichend, S = schlecht. Na = Nahrungshabitat, FoRu = Fortpflanzungs- und Ruhestätte, Ru = Ruhestätte, () = potentielles Vorkommen, ! = Hauptvorkommen.

⁴ Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (o.J.): Fachinformationssystem (FIS) geschützte Arten in NRW. Online unter: <https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/40103?gaert=1&gebaeu=1> (abgerufen: 22.11.2021).

⁵ Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (o.J.): Fundortkataster für Pflanzen und Tiere/ Landschaftsinformationssammlung NRW @LINFOS. Online unter: <https://www.lanuv.nrw.de/natur/artenschutz/infosysteme/fundortkataster/>. (abgerufen: März 2021).

Art	Status	Erhaltungszustand	Gärten	Gebäude
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name	in NRW (ATL)		
Säugetiere				
<i>Eptesicus serotinus</i>	Breitflügel-Fledermaus	N	U-	Na FoRu!
<i>Myotis bechsteinii</i>	Bechsteinfledermaus	N	U+	Na (Ru)
<i>Myotis brandtii</i>	Große Bartfledermaus	N	U	Na FoRu!
<i>Myotis daubentonii</i>	Wasserfledermaus	N	G	Na FoRu
<i>Myotis myotis</i>	Großes Mausohr	N	U	(Na) FoRu!
<i>Myotis mystacinus</i>	Kleine Bartfledermaus	N	G	Na FoRu!
<i>Myotis nattereri</i>	Fransenfledermaus	N	G	(Na) FoRu
<i>Nyctalus noctula</i>	Abendsegler	N	G	Na (Ru)
<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	Zwergfledermaus	N	G	Na FoRu!
<i>Plecotus auritus</i>	Braunes Langohr	N	G	Na FoRu
Vögel				
<i>Accipiter gentilis</i>	Habicht	B	U	Na
<i>Accipiter nisus</i>	Sperber	B	G	Na
<i>Alcedo atthis</i>	Eisvogel	B	G	(Na)
<i>Asio otus</i>	Waldohreule	B	U	Na
<i>Athene noctua</i>	Steinkauz	B	U	(FoRu) FoRu!
<i>Bubo bubo</i>	Uhu	B	G	(FoRu)
<i>Carduelis cannabina</i>	Bluthänfling	B	U	(FoRu), (Na)
<i>Cuculus canorus</i>	Kuckuck	B	U-	(Na)
<i>Delichon urbica</i>	Mehlschwalbe	B	U	Na FoRu!
<i>Dryobates minor</i>	Kleinspecht	B	U	Na
<i>Falco tinnunculus</i>	Turmfalke	B	G	Na FoRu!
<i>Hirundo rustica</i>	Rauchschwalbe	B	U	Na FoRu!
<i>Luscinia megarhynchos</i>	Nachtigall	B	U	FoRu
<i>Passer montanus</i>	Feldsperling	B	U	Na FoRu
<i>Perdix perdix</i>	Rebhuhn	B	S	(FoRu)
<i>Phoenicurus phoenicurus</i>	Gartenrotschwanz	B	U	FoRu FoRu
<i>Serinus serinus</i>	Girlitz	B	S	FoRu!, Na
<i>Strix aluco</i>	Waldkauz	B	G	Na FoRu!
<i>Sturnus vulgaris</i>	Star	B	U	Na FoRu
<i>Tyto alba</i>	Schleiereule	B	G	Na FoRu!

Wirkfaktoren und Auswirkungsprognose

Im Rahmen der vorliegenden Aufstellung des Bebauungsplanes werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine zukünftige städtebauliche Entwicklung der Gemeinde Nottuln definiert, um eine maßvolle Weiterentwicklung gewachsener städtebaulicher Strukturen planungsrechtlich zu ermöglichen.

Mit einer nachfolgenden Umsetzung des Planvorhabens sind daher im Zuge von Nachverdichtungen einzelner Grundstücke durch eine Räumung von privaten Gartenstrukturen, einem Abbruch von Gebäuden/ Wohnhäusern bzw. eine Entfernung von Gehölzen verschiedene Wirkfaktoren denkbar, die grundsätzlich geeignet sind, artenschutzrechtliche Verbotstatbestände i.S. des § 44 (1) BNatSchG auszulösen.

Da mit der Aufstellung des Bebauungsplanes jedoch derzeit keine konkrete Umsetzung eines Planvorhabens verbunden ist, können die artenschutzrechtlichen Belange erst im Rahmen der Genehmigungsplanung abschließend betrachtet werden. Aufgrund der bestehenden Nutzungsstrukturen ist davon auszugehen, dass der Planung keine unüberwindbaren artenschutzfachlichen Gründe entgegenstehen. Die planungsrechtliche Sicherung und Steuerung der städtebaulichen Entwicklung im Plangebiet ist ohnehin nicht geeignet, artenschutzrechtliche Konflikte auszulösen. Eine artenschutzrechtliche Betroffenheit kann daher regelmäßig nur im Zuge der Umsetzung eines Planvorhabens ausgelöst werden.

Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte sind auf der Genehmigungsebene in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde die artenschutzfachlichen Belange abschließend zu prüfen und ggf. geeignete Vermeidungsmaßnahmen zu treffen. Diese Vorgaben, d.h. die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben gem. § 44 (1) BNatSchG sind jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu beachten. Mögliche Vermeidungsmaßnahmen können eine artenschutzfachliche Gebäudebegehung im Fall von Abbruchvorhaben sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Entfernung von Gehölzen (außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeiten, d.h. nicht in der Zeit vom 01.03. - 30.09.) umfassen.

Unter Berücksichtigung der auf der Genehmigungsebene – wenn konkrete Vorhaben absehbar werden – noch abschließend zu prüfenden artenschutzfachlichen Belange kann festgehalten werden, dass bei der Umsetzung des Planvorhabens Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) BNatSchG, unter Beachtung von Vermeidungsmaßnahmen, ausgeschlossen werden können.

8.2 Eingriffsregelung

Die vorliegende Bebauungsplanaufstellung wird auf der Grundlage des § 13a BauGB und den danach geltenden Verfahrensvorschriften im beschleunigten Verfahren durchgeführt. Aufgrund der geringen Größe der zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm finden auf den Bebauungsplan die Vorschriften des § 13a (2) Nr. 4 BauGB Anwendung. Demnach gelten Eingriffe, die aufgrund der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a (3) Satz 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig. Somit ist die Erstellung einer Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung entbehrlich.

8.3 Natura 2000

Das nächstgelegene Natura 2000-Gebiet „Roruper Holz mit Kestenbusch“ (DE-4009-301) befindet sich südwestlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 3 km. Aufgrund der Art der geplanten bzw. vorhandenen Nutzung und aufgrund der Entfernung und Lage des FFH-Gebietes, sind keine Auswirkungen der Planung auf das FFH-Gebiet zu erwarten.

8.4 Anforderungen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel

Das Plangebiet umfasst einen erschlossenen und zu Wohnzwecken bebauten Siedlungsbereich der Gemeinde. Die planerische Aktivierung bzw. Nachverdichtung von Flächen im bestehenden Siedlungsgebiet ist auch vor dem Hintergrund des § 1a (2) BauGB „Bodenschutzklausel“ und damit auch des Klimaschutzes sinnvoll, um als Maßnahme der Innenentwicklung eine Flächeninanspruchnahme an anderer Stelle zu vermeiden. Durch die gewachsene Lage im Siedlungsbereich werden die mit der Nutzung des Plangebietes verbundenen Verkehrsbewegungen soweit wie möglich reduziert. Zukünftige Gebäude werden nach den dann aktuellen Vorschriften des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) errichtet. Dadurch werden bautechnische Standardanforderungen zum effizienten Betriebsenergiebedarf sichergestellt. Mit dem geplanten Vorhaben werden weder Folgen des Klimawandels erheblich verstärkt, noch sind Belange des Klimaschutzes unverhältnismäßig negativ betroffen.

8.5 Belange des Bodenschutzes / Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Bodenschutzfachliche Belange sind im Rahmen der vorliegenden Aufstellung des Bebauungsplanes insofern nicht berührt, als dass im Plangebiet überwiegend bereits anthropogen überformte Siedlungsflächen / bauliche Nutzungen bestehen. Eine zusätzliche Inanspruchnahme bislang landwirtschaftlich genutzter Flächen liegt nicht vor.

II. Geräuschprognose (Anlage 1)

Ö 4.1

Á
Á
Á
Á
Á
Á
Á
Á
Á

G7<5@@H97<B-G7<9F'69F:7<H'BF"@%*+)*"&#;\$%'

:~ { ÁÓ^àæ~ } *•] |æ } Á Þ : É Á F Î Ì Á á } Á | Ì H É F Á Þ [c c ~ | } Á

Á
Á
Á

Œ~ -ciæ* * ^ à ^ ! K Á

Ö^ { ^ ä } á ^ Á Þ [c c ~ | } Á Á

Ù c ä - c •] | æ : Á Ì Á Á

Ì Ì H É F Á Þ [c c ~ | } Á

Á

Ó æ ! à ^ ä c ^ ! K Á

Ö æ ç i á Á Š [& \ @ [! ; } Á T É Á Û & É Á

Á

Á

Ö æ ~ { K Á

Á

G Í È € Ì È G € G H Á

Á

ZECH Ingenieurgesellschaft mbH Lingen € Hessenweg 38 € 49809 Lingen
Tel +49 (0)5 91 - 8 00 16-0 € Fax +49 (0)5 91 - 8 00 16-20 € E-Mail Lingen@zechgmbh.de



NigUa a YbZUggi b[´

Öä^ÁÖ^ { ^ä } ä^ÁB [cc~|}Á]|æ } cÁä^ÁÁCE~·c^||~ } *Áä^·ÁÖ^àæ~ } *·|æ } ^·ÁB:ÉÁFÍÍÁä } ÁI ÌHÉFÁB [cc~|}Á
: , ^&\·ÁCE~· , ^ä~ } *Áä^·^·Á!è! { ç [!à^|æ·c^c^}ÁCE||^ { ^ä } ^}Á Y [@ } *^àä^c^·ÉÁ

Q } Áä^!Áæ\c~^||^ } ÁÜäc~æcä [} Áä^·ä } Á·ä&@Áä^Á Y [@ } àæ~·|è&^ } Áä { ÁÖ^|c~ } *·à^!·ä&@Áä^·ÁÖ^àæ~ } *·É
] |æ } ^·ÁB:ÉÁFÍÁä } Áä^·^ { ÁTä·&@*^àä^c^ÇTQDEÁÖæÁ·ä&@Áä } Áä^!Áç [!|ä^*^} ä^ } ÁÜäc~æcä [} ÉÁ , ^|&@^>à^!Á!è } *^!^Á
Z^äc^*^ , æ&@·^ } Áä·cÉÁä^!ÁÖ@æ!æ\c^!Áä } ÁÜä&c~ } *Áä^ } ^·Á Y [@ } *^àä^c^·Áç^!è } ä^!cÁ@æcä~ } ä^!ä^ÁÜäc~æcä [} Á
ä } Áä^!Á!è! { ç [!à^|æ·c^c^}ÁØ [! { Áæ~·ÁÖ!~ } ä|æ*^!ä^·Áä^ } æ&@àæ!c^}ÁÖä } :^|@æ } ä^!·Á·&@ [] |è } *^!^ÁàÈ
·c^@cÉÁ· [||Áä { ÁÖ^àæ~ } *·|æ } ÁB:ÉFÍÍÁ } æ&@ÁCE } *æä^ } Áä^!ÁÖ^ { ^ä } ä^ÁB [cc~|}Áä } ÁCEä·cä { { ~ } *Á { äcÁ^ { Á
Šæ } ä^!·^·ÁÖ [^·^!ä^·^}Á!è! { ç [!à^|æ·c^c^}ÁCE||^ { ^ä } ^}Á Y [@ } *^àä^c^·^· , ä^·^ } Á , ^!ä^ } ÉÁä } Áä^ { Á
Ó^~!c^ä|~ } *·] ^*^!|ää·Á@ä } Á:~ { ÁQ { { ä··ä [} ·!ä&c , ^!cÁ->ÁTä·&@*^àä^c^Á [@ } ^ÁCE } , ^} ä~ } *Áä^·ÁÜ~@^È
: ^äc^ } : ~&@|æ*^·Á·^ { è!ÁÍÉÍÁä^!ÁVCEÁŠè! { Á:~^!|æ··^ } Á , ^!ä^ } Á· [||^}ÉÁ

Ø>!Áäæ·ÁÜ|æ } *^àä^c^·cÁä^ÁX^!\^@!·|è! { ·äc~æcä [} Áä~!&@ÁÜc!æ!^ } ç^!\^@!Á:~^! { äcc^ } Á~ } ä^!·^·ÁàÈ
|^}ÉÁPä^!à^!ä·cÁä^ÁX^!\^@!·|è! { ·äc~æcä [} Áä^!ä^!·^!ÁÜ&@æ||æ~·à^!äc~ } *Áç [@ } ^ÁÖ^àè~ä^!Áä { ÁÜ|æ } *^È
àä^c^DÁ:~^ } c^!·~&@^ } Á~ } ä^!·^·Áä [\ { ^ } cä^!^ } ÉÁÁ

Y^äc^!@ä } Áä·cÁä^ÁÖ^ , ^!à^!è! { ·äc~æcä [} Áä~·ÁÖ!~ } ä|æ*^!ä^!Áç [!|ä^*^} ä^ } Á·&@æ||c^&@ } ä·&@^ } ÁW } c^!·~È
&@~ } *Á:~ { ÁsX^!· [!~ } *·:~^ } c!~ { ÁÜ@ [ä^]æ!\^!Áä } :~&@èc:~ } Áä { ÁÜä } } ^Áä^!ÁVCEÁŠè! { ÁZFÁÁ:~ÁàÈ
~!c^ä|^ } ÉÁ

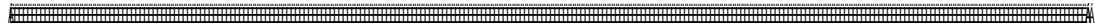
Q { ÁÖä } : ^| } ^ } Á·^à^ } Á·ä&@Áä^Á- [|^ } ä^ } ÁÖ!·^à } ä··^KÁ

X^!\^@!·|è! { ·äc~æcä [} Áä { ÁÜ|æ } *^àä^c^

Öä^Áç [!|ä^*^} ä^!·&@æ||c^&@ } ä·&@^ÁW } c^!·~&@~ } *Á@æc^!·^à^ } ÉÁäæ··Áà^!·^!ÁÜ&@æ||æ~·à^!äc~ } *ÁÁ
ä { Á·^·æ { c^ } ÁÜ|æ } *^àä^c^!Á·&@æ||c^&@ } ä·&@^ÁU!ä^ } cä^!~ } *· , ^!cÁç [} ÁÍ ÁäÓÇCEDÁ Í ÁäÓÇCEDÁæ*·DÁ
}æ&c·Á->!ÁCE||^ { ^ä } ^Á Y [@ } *^àä^c^Áç YCEDÁ>à^!·&@!äcc^ } Á , ä!äÉÁÖæ@^!Á·ä } ä^!Áä } Áä^·^ } ÁÖ^!·^·&@^ } Á } æ·È
·äç^ÁÜ&@æ||·&@~c: { æ! } æ@ { ^ } Áæ~·!~ } ä^!ÁÜ!ÁU!ä^ } cä^!~ } *· , ^!c>à^!·&@!äc~ } *^ } ÁÉÁ [@ } ^!ÁÖä } : ^|·æ||È
]!>~ } *ÁÉÁ } [c , ^ } ää*ÉÁ

ÖæÁ } æ&c·ÁÖ^~!c^ä|~ } *·] ^*^!Áç [} Á>à^!Á Í ÁäÓÇCEDÁç^!~!·æ&c^ , ^!ä^ } ÉÁ·ä } ä^ } ^à^ } Á } æ··äç^ } ÁÜ&@æ||È
·&@~c: { æ! } æ@ { ^ } Áæ~·!~ } ä^!ÁÜ!ÁU!ä^ } cä^!~ } *· , ^!c>à^!·&@!äc~ } *^ } Áæ~&@Ø^·c·^c:~ } *^ } Áä } ÁÖ^:~*Á
æ~·Á·&@æ||^·äè []~c^ÁŠ>c~ } *^ } Á->!Áç [! , ä^*^} ä^!~ { ÁÜ&@|æ^ } Á^*^ } ~c:c^ÁÜè~ { ^!^!- [!ä^!|ä&@ÉÁ

Q } ÁÖ^:~*Áæ~·ÁCE~!^ } , [@ } à^!·^·&@^ , ä!ä^!Á·&@æ||c^&@ } ä·&@^ÁU!ä^ } cä^!~ } *· , ^!cÁç [} ÁÍ ÁäÓÇCEDÁ:~!Á
Væ*^·:~^äc^ } !Áä { Á·^·æ { c^ } ÁÜ|æ } *^àä^c^>à^!·&@!äcc^ } ÉÁÁ



Á

Pá!Á!á}áÁ->!ÁCE~ i ^}, [@}à!^!è&@^!}æ&@!á!}ÁÓ!~!c^!~} *!~!á!c^!á!}Á!á!ÁÖQ!P!F!ì€€!É!F!Á *!~!É!Á! *!è! : ^}á!Á
 Û&@~c: { æ i }æ@ { ^}Á: ~!^! {] ^!@!^!}É!Ö!æ!á!}Á *! [i ^}ÁV!^!^!}Á!á!Á!Ú!æ} *!^!á!c^!Á!æ~&!Á!á!}ÁÓ!~!c^!~} *!~!]É
 *!^!Áç [}Ácæ *!Á!G!á!Ó!Ç!E!D!É!Á!á!}Á!á!Á!Ö!^! : ^!á!á!^!} *!^!c!4!c^!}Á!B~c: ~} *!Á!á!Á!CE~ i ^}, [@}à!^!è&@!^!Á!^!}É
 : ^!è&@}^!c!É!Á!>à!^!è&!á!c^!}Á , á!á!É!Á!á!}á!á!@!^!Á!CE~ i ^}, [@}à!^!è&@!^!Á! [@}^!Á: ~!è!c: |á!@!^!Á!Ú&@~c: { æ i }æ@ { ^}Á
 æ~! : ~!è&@!^!á!^!}É!Á!Ö!^!Á!B!æ&@ , ^!á!Á , é!^!Á!á!æ} }Á~É!ÁW!É!á { Á!b^ , ^!á!á!^!}Á!Ó!æ!æ}c!æ *!Ç!^!~!æ!@!^!}Á: ~!Á->@!^!}Á [á!^!Á
 á!á!Á!CE~ i ^}, [@}à!^!è&@!^!Á!æ}Á!á!^!Á!}Á!Ú!c!æ! i ^}Á!æ!á *!^ , æ}á!c^!}Á!Ø!æ!•!æ!á!}•!^!á!^!}Á: ~!Á! [!á!^!}c!á!^!}É!Á!Á

X [!è&@!è!~!Á!->!Á!c^!ø!c!|á!c!@!^!Á!Ø!^!c!•!c! : ~} *!^}Á!á { Á!Ó!^!á!æ~!~} *!~!]æ}Á!á!}á!á! { Á!S!æ!}á!c!^!Á!Á!æ~!~!^!->@!c!Á!~}á!á!}Á!á!^!Á
 ÇE} |æ *!^!Á!Á! *!~!è!~!è&@!Á!á!æ! *!^!c^!|c!É!Á

Ö!^ , ^!à!^!é! { •!á!c~!æ!c! [}Á!á { Á!Ú!æ} *!^!á!c!á

W}c!^!Á!á!^!Á!Ó!^!>è!~!è&@!c!á *!~} *!Á!^!á!c^!}•!Á!á!^!Á!Ö!^! { ^!á}á!Á!B! [cc!|!}Á!æ} *!^!c!^!á!c^!}Á!CE~ , ^!á!~} *!Á!á!^!Á!Ú!æ} *!^!É
 á!á!c^!Á!æ!•!|!é! { Ç [!á!^!æ!c!c^!Á!CE|| *!^! { ^!á}^!Á!Y [@} *!^!á!c^!É!Á!á!^! { Á!á}Á!Ó!^! : ~!Á!æ~!~!Á!Ö!^! , ^!à!^!é! { á { { á!•!á [É
 } ^}Á!á!}Á!^! : à!^!è&@!^!á!c^!} *!Á!á!^!Á!->!Á!CE|| *!^! { ^!á}^!Á!Y [@} *!^!á!c^!Á! : ~!|é!•!á!^!}Á!Q { { á!•!á [}•!á!è&@c , ^!c!^!Á!á!á!•!Á!@!á}Á
 : ~!Á!á!}Á!Q { { á!•!á [}•!á!è&@c , ^!c!^!}Á!->!Á!T!è!è&@ *!^!á!c^!Á! [@}^!Á!CE} , ^}á!~} *!Á!á!^!Á!Ü~!@!^! : ^!á!c^!} : ~!è&@!æ *!^!Á! *!^!É
 { é!i!Á!É!í!Á!á!^!Á!V!C!É!Á!Š!é! { Á: ~!^!|æ!•!^!}Á , ^!á!^!}Á!• [|!É!Á!á!}á!^!^!}Á!~} : ~!|é!•!á!^!}Á!Ö!^! , ^!à!^!é! { á { { á!•!á [} ^}Á
 á { Á!Ú!æ} *!^!á!c^!Á! : ~!Á!^! , æ!c!^!}É!Á

Ö!^!Á!}æ&@~ [! *!^}á!^!Á!Ó!^!è&@!c!á , ~!á!^!Á!}æ&@!Á!á!^!c^! { Á!Y!á!•!^!}Á!~}á!Á!Ö!^! , á!•!^!}Á { á!c!Á! *!4!i!c!^!Á!Ü [! *!~!æ!c!Á!^!c!^!|c!É!Á
 Ö!á!^!Á!Á!Ó!^!è&@!c!Á!á!^!c^!@!c!á!æ~!•!Á!G!í!Á!Ü!á!c^!}Á!~}á!Á!í!Á!CE} |æ *!^}Á { á!c!Á!F!í!Á!CE} |æ *!^}•!^!á!c^!}É!Á

Š!á} *!^}Á!Ç!Ò { •!D!É!Á!á!^!}Á!G!í!É!€!È!€!G!H!Á!Ö!Š!D!T!^!Á

Z!Ò!Ô!P!Á!Q} *!^}á!^!~! *!^!•!^!|!•!è&@!c!á { à!P!Á

Á

Á

*!^!|!>~!c!Á!á!~!è&@!K!Á Á [] |æ!É!Á!Ö!á!|É!É!Q} *!É!Á!Ö!@!í!á!c! [] @!Á!Ó!|æ!á!~!Á!Ç!Ø!æ&@!|á!è&@!Á!X!^!}æ}c , [!c!|á!è&@!^!D!Á

Á

Á

^!c!^!|c!Á!á!~!è&@!K!Á Á á!É!Á!C!É!Á!Ö!æ!ç!á!á!Š [&! \ [!] Á!T!É!Á!Ü!è&@!Ç!Ú! [! b! \!c!^!á!c^!^!D!Á



%' G]hi Uh]cb' i bX' 5 i Z[UVYbghY'' i b['

Öä^ÁÔ^ { ^ä } ä^Áß [cc^ | } Á]|æ } cÁää^ÁCE~ .c^ | } * Ä^ . ÁÓ^ àæ^ ~ } * .]|æ } ^ . Áß : ÉÁFÍ Î Ää } Á Î ÆFÁß [cc^ | } Á
: , ^ & \ . ÁCE^ . , ^ ä . ~ } * Ä^ ä } ^ . Á | ê ! { ç [! à | æ . c^ c^ ^ } ÁCE || ^ { ^ ä } ^ } Á Y [@] * ^ à ä ^ c^ . ÁZFGáÉÁ

Q } Áä^ ! Áæ \ c^ ^ | | ^ } ÁÜäc^ ~ æcá [] Áä^ - ä } ä^ } Á . ä & @ Áä^ Á Y [@] äæ^ - | ê & @ ^ } Áä { ÁÔ^ | c^ } * . à ^ ! ^ ä & @ Áä^ . ÁÓ^ àæ^ ~ } * . È
] | æ } ^ . Áß : ÉÁ Î Ää } Áä^ } ^ { Á T ä . & @ * ^ à ä ^ c^ ÁÇ T QDÄZFGáÉÁ Öä . ä & @ Áä } Áä^ ! Áç [! | ä^ * ^ } ä^ } ÁÜäc^ ~ æcá [] ÉÁ , ^ | & @ ^ Á > à ^ ! Á | ê } È
* ^ ! ^ ÁZ^ äc^ * ^ , æ & @ . ^ } Áä . cÉÁ ä^ ! ÁÔ^ æ ! æ \ c^ ! Áä } ÁÜä & @ c^ ~ } * Ä^ ä } ^ . Á Y [@] * ^ à ä ^ c^ . Áç^ ! ê } ä^ ! cÁ @ æcá ~ } ä Áä^ ÁÜä
c^ ~ æcá [] Áä } Áä^ ! Á | ê ! { ç [! à | æ . c^ c^ ^ } ÁØ [! { Áæ^ - ÁÔ^ i ~ } ä | æ * ^ Áä^ . Áä^ } æ & @ à æ ! c^ } ÁÔä } : ^ | @ æ } ä^ | . Á . & @ [] | Á | ê } È
* ^ ! Áä^ . c^ c^ . cÉÁ . [| | Áä { ÁÓ^ àæ^ ~ } * .] | æ } Áß : ÉÁ FÍ Î Á } æ & @ ÁCE } * æ ä^ } Áä^ ! ÁÔ^ { ^ ä } ä^ Áß [cc^ | } ÁZFGáÉÁ } ÁCE à . cá { É
{ ~ } * Ä { äc^ ä^ ! { ÁSä } ä ! | ^ ä . ÁÔ^ [^ . ^ | äZFHáÁ^ } Á | ê ! { ç [! à | æ . c^ c^ ^ . ÁCE || ^ { ^ ä } ^ . Á Y [@] * ^ à ä ^ c^ äæ^ . * ^ , ä^ È
. ^ } Á , ^ | ä^ } ÉÁä } Áä^ { ÁÓ^ ~ ! c^ ä | ~ } * .] ^ * ^ | ää . ä @ ä } Á : ~ { ÁQ { { ä . . ä [] . | ä & @ c , ^ ! cÁ - > ! Á T ä . & @ * ^ à ä ^ c^ Á [@] ^ ÁCE } È
, ^ } ä ~ } * Ä^ . ÁÜ^ @ ^ : ^ äc^ } : ~ & @ | æ * ^ . Á * ^ { é i Á Î É Î Áä^ ! ÁVCEÁŠé ! { ÁZFGáÉÁ : ~ * ^ | æ . . ^ } Á , ^ | ä^ } Á . [| | ^ } ÉÁ

Ø > ! Áäæ^ ÁÜ | æ } * ^ à ä ^ c^ ä . cÁä^ ÁX^ ! \ ^ @ ! | ê ! { . äc^ ~ æcá [] Áä ~ ! & @ ÁÜc^ ! ^ } ç^ ! \ ^ ! Á : ~ Á^ ! { äcc^ | } Á ~ } äÁ : ~ Áä^ ~ ! c^ ä È
| ^ } ÉÁ P ä ! à ^ ää . cÁä^ ÁX^ ! \ ^ @ ! | ê ! { . äc^ ~ æcá [] Áä^ ä - ! ^ ä^ ! ÁÜ & @ æ | æ ~ . à ! ^ äc^ } * Áç [@] ^ ÁÔ^ à è ~ ä^ Áä { ÁÜ | æ } * ^ È
ä ä ^ c^ Á : ~ Á ~ } c^ ! . ~ & @ ^ } Á : ~ Áä [\ ~ { ^ } cä^ ! ^ } ÉÁ Ö ä ÁSä * ^ Áä^ . ÁÜ | æ } * ^ à ä ^ c^ . Á { äc^ ä^ ! Á : ~ Áä^ c^ ! æ & @ c^ } ä^ } Á
X^ ! \ ^ @ ! , ^ * ^ } Áä . cÁä^ { ÁÖä * äcä | ä . ä^ i ~ } * .] | æ } Áä^ ! ÁCE } | æ * ^ ÁFÁ : ~ Á^ } c^ ^ @ { ^ } ÉÁ

X [] Áä^ ! Á4 . c | ä & @ Áç^ ! | æ ~ ^ } ä^ } ÁÖä : ~ ^ ! ÁÜc^ ! ^ ! ÉÁ ä^ { Á > ä | ä & @ Áç^ ! | æ ~ ^ } ä^ } ÁÜä ! . c [& \ ~ { ^ ! Á Y ^ * Áä : , ÉÁ
ä^ ! ÁP^ ! ää ~ ! * . c ! æ i ^ Á . [, ^ Áä^ ! Á } 4 ! ä | ä & @ Áç^ ! | æ ~ ^ } ä^ } ÁÓÁ Í G Í Áä : , ÉÁ Ó Á Í G Í } Á ~ } ä Áä { Á4 . c | ä & @ Á | ä^ * ^ } ä^ } Á
sÜä ! \ Áæ } ä ÁÜä^ ä^ ÁÜä ! \] | æc : Á . ä } ä Á ! ^ | ^ çä } c^ ÁX^ ! \ ^ @ ! | ê ! { ä { { ä . . ä [] ^ } Áä { ÁÜ | æ } * ^ à ä ^ c^ Á : ~ Á^ ! , æ ! c^ } ÉÁ
Y^ ! ä^ } Áä { ÁÜ | æ } * ^ à ä ^ c^ Á : ~ Á^ ! & @ ! ^ äc^ } * ^ } Áä^ ! Á . & @ æ | c^ & @ } ä . & @ ^ } ÁÜ ! ä^ } cä^ ! ~ } * . , ^ ! c^ Áä^ . ÁÓ^ à è | äæcc^ . Á
FÁ : ~ ÁÖQBF Í € É Í É F Á Z Î ä^ . ^ . c^ . ^ . c^ | cÉÁ . [Á . ä } ä - > ! Áä^ Á : ~ Á^ ! & @ ! ^ äc^ } * . à ^ ! ^ ä & @ ^ ÁŠé ! {] ^ * ^ | ä^ ! ^ ä & @ ^ - > ! Á
] æ . . ä ç^ ÁÜ & @ æ | . & @ ~ c : { æ i } æ @ { ^ } Áæ } : ~ * ^ à ^ } ÉÁCE ~ i ^ ! ä^ { Á . ä } ä ÁX [! . & @ | ê * ^ - > ! Ác^ ç c | ä & @ ^ ÁØ^ . c^ . ^ : ~ } È
* ^ } Áä { ÁPä } ä | ä & \ Áæ ~ Áß ~ c : ~ } * Áç [] ÁÜ & @ | æ : ! ê ~ { ^ } Á ~ } ä ÁCE ~ i ^ } , [@] ä^ ! ^ ä & @ ^ } Á : ~ Á^ ! æ ! à ^ äc^ } ÉÁ

Y^ äc^ ! @ ä } Áä . cÁä^ ÁÔ^ , ^ ! à | ê ! { . äc^ ~ æcá [] Áæ^ - ÁÔ^ i ~ } ä | æ * ^ Áä^ ! Áç [! | ä^ * ^ } ä^ } ÁÜ & @ æ | c^ & @ } ä . & @ ^ } ÁW } c^ ! È
. ~ & @ ~ } * Á : ~ { ÁsX^ ! . [! * ~ } * . : ^ } c^ ! ~ { ÁÜ @ [ä^] æ ! \ äZFI ä^ Áä } : ~ . & @ êc : ^ } Á ~ } ä Áä { ÁÜä } } ^ Áä^ ! ÁVCEÁŠé ! { ÁZFGáÉÁ
: ~ Áä^ ~ ! c^ ä | ^ } ÉÁ

Öä^ ÁÔ^ : * ^ à } ä . . ^ Áä^ ! Á . & @ æ | c^ & @ } ä . & @ ^ } ÁW } c^ ! . ~ & @ ~ } * Á . ä } ä Áä } ÁØ [! { Á^ ä } ^ . Á * ~ cæ & @ c^ | ä & @ ^ } ÁÓ^ ! ä & @ c^ . Á
ç [! : ~ | ^ * ^ } ÉÁ



& 6YifhY] ib[g[fi bX'U[Yb''

Q} }^!@æ|àá^•ÁÓ^àæ~ } *• |æ|^•ÁP!ÉÁFÍ!á^!ÁÖ^ { ^} á^ÁP [cc~ |} Á• [||Á^} Á|é! { ç [!à^|æ•c^c^•ÁCE|| *^É
{ ^} ^•Á Y [@] *^ à^c^•c^•c^: cÁ , ^!á^} ÁZFGáÉÁPá^!à^á•} á^} \ | ~ •iç^ÁÖæ&@ÉÁ: , ÉÁÜcæ~^|^•&@ [••Áàá•Á
: ~ÁHÁ} ~c: àæ!^ÁÖ^•&@ [••Á: ~Á^!>& \ •á&@cá^ } ÉÁ

Öä^Á->!ÁX^!\^@!•É } á^Ö^ , ^!à^|é! { ^} , á!~ } *^} Á^!æ: ~: á^@^} á^} ÁÓ^~!c^á|~ } *•!~ } á|æ*^} Á , ^!É
á^} Á { ÁØ [| *^ } á^ } áæ~ *^->@!cÉÁ

&"% 6YifhY] ib[g[fi bX'U[Yb.' JYf_Y\fg` } f a '

Q { ÁÓ^à|æccÁFÁ: ~ÁÖQPÁF!€€ÍÉFÁZ!á•} á^•&@æ||c^&@ } á^•&@^ÁU!á^} cá!~ } *• , ^!c^Á*^ } æ } cÉÁá^Á { ÁÜæ@É
{ ^} Á^!Á^!cêá^àæ~ |á&@^} ÁÜ|æ } *^æ: ~•c!^á^} Á^} á^ÉÁØ>!ÁCE|| *^ { ^} ^Á Y [@] *^ à^c^ÁÇ Y CEDÁ *^|c^} Á *^É
{ é! ÁÓ^à|æccÁFÁ: ~!ÁÖQPÁF!€€ÍÉFÁZ!á^ [| *^ } á^Á^•&@æ||c^&@ } á^•&@^ÁU!á^} cá!~ } *• , ^!c^Á

HUVY`Y%Á Ö^àá^c•æ~ • , ^á~ } *^ } á^•&@æ||c^&@ } á^•&@^ÁU!á^} cá!~ } *• , ^!c^Á->!ÁX^!\^@!•|é! { Á

; YV]YhgU igkY]gib`	gW\U`hYW\b]gW\Y`Cf]Ybh]Yf ib [gkYfhY` [Y a]£`6Y]V`Uhh`%` ni`8-B%, \$\$)!%`0*Q`]b`X6fl5k`VY]` JYf_Y\fg` } f a Y]bk]f_ i b [Yb`	
	hU[g`	bUW\hg`
CE *^ { ^} ^•Á Y [@] *^ à^c^ÁÇ Y CEDÁ	í í Á	í í Á

Ö^!ÁÓ^~!c^á|~ } *• : ^áctæ~ { Ácæ*•Áá^cáá^ÁZ^áç [} Á€ÍK€€ÁW@!Ááá^ÁGGK€€ÁW@!ÉÁá^!ÁÓ^~!c^á|~ } *• : ^áctæ~ { Á
}æ&@c^Á { -æ••cá^ } ÁZ^áç!æ~ { Áç [} ÁGGK€€ÁW@!Ááá^Á€ÍK€€ÁW@!ÉÁÁ

Öä^ÁÖQPÁF!€€ÍÉFÁZ!á^*á^cÁPá } , ^á^•ÉÁáæ••Á^•á&@Á } Áç [!à^|æ•c^c^} ÁÓ^!^á&@^} ÉÁ } •à^• [} á^!^Á^á^Áç [!É
@æ} á^} ^!ÁÓ^àæ~ } *^Éà^c^@^} á^} ÁX^!\^@!• , ^*^ } á^} á^} ÁÖ^ { ^} *^|æ*^} ÉÁá^ÁU!á^} cá!~ } *• , ^!c^Á
[-cá} á&@c^Á^} @æ|c^} Á|æ••^} ÉÁ Y [Á { ÁÜæ@ { ^} Á^!Á^!cÉà , é*~ } *^ { áç } |æ~ •á^!^!ÁÓ^*!> } á~ } *^ç [} Á^ } Á
U!á^} cá!~ } *• , ^!c^Á} Áæà*^ , á&@^} Á , ^!á^} Á • [|ÉÁ , ^á|æ } á^!^ÁÓ^|æ } *^Á>à^! , á^*^} ÉÁ • [|c^Á { 4*|á&@cá
^} Á^ } *^|Á&@Á^!&@Á } á^!Á^*^* } ^c^Á Tæ i } æ@ { ^} Áç : ÉÁÓÉÁ*^Á^* } ^c^ÁÖ^áé~ á^c^|~ } *^ } á^Ö!~ } áÉ
!á^*^•c^c^ } *^ÉÁáæ~ |á&@^ÁÜ&@æ||•&@~c: { æ i } æ@ { ^} ÁÉÁ } •à^• [} á^!^Á->!ÁÜ&@|æ~!é~ { ^DÁç [! *^•^@^ } Á
~ } á^ } |æ } ~ } *•!^&c|á&@Áæà*^•á&@^!cá , ^!á^ } ÉÁ



Á

Öâ^Á}æ&@-[|^]âÁæ~*^~>!c^}ÁQ { { â••â [] • * ! ^ } : , ^ ! c ^ Á â ^ ! Á X ^ ! \ ^ @ ! • | ê ! { • & @ ~ c : ç ^ ! [! â } ~ } * Á Á
çFîÉÁÓQ { Û&@XDÁZHÁÁ• [| | c ^ } Á b á â [& @ Á â { Á Ü æ @ { ^ } Á â ^ ! Á Ó æ ~ | ä c [| æ } ~ } * Á } ä & @ c Á [@] ^ Á , ^ ä c ^ ! ^ Á T æ i } æ @ { ^ } Á
> à ^ ! • & @ ! ä c c ^ } Á , ^ ! ä ^ } K Á

ä}ÁCE||^* { ^ ä } ^ } Á Y [@] * ^ ä ä ^ c ^ } Á Ç Y CEDKÁ Í J Ð I J Á ä Ó Ç CED Á cæ * • Ð } æ & @ c • Á

Öâ^Á^ÁQ { { â••â [] • * ! ^ } : , ^ ! c ^ Á • a } ä Á ä { Á Ü ä } ^ Á ä ^ ! Á F î É Á Ó Q { Û & @ X Á Z H Á Á { ä c ^ * ^ ~ } ä ^ } Á Y [@] ç ^ ! @ ê | c } ä • • ^ } Á
ä } Á [É Á * É Á Ö ^ ä ä ^ c ^ ^ ä } • c ~ ~ } * ^ } Á ç ^ ! ^ ä } ä æ ! É Á

Ö^ { é i Á æ \ c ^ \ | | ^ ! Á Ü ^ & @ c •] ! ^ & @ ~ } * Á Z F É ä Á ä • c Á ^ ä } ^ Á æ } * ^ { ^ • • ^ } ^ Á Þ ~ c : à æ ! \ ^ ä c Á ç [] Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä È
& @ ^ } Á æ ~ & @ Á ä æ } } Á * ^ , ê @ ! | ^ ä • c ^ c É Á , ^ } } Á ä ä ^ • ^ Á \ ^ ä } ^ { Á Ö æ ~ ^ ! • & @ æ | | ^ * ^ | Á æ ~ • * ^ • ^ c : c Á • ä } ä É Á ä ä ^ Á ^ ä } ^ } Á
Y ^ ! c Á ç [] Á Í G Á ä Ó Ç CED Á cæ * • Á > à ^ ! • & @ ! ^ ä c ^ c É Á Ö ä ^ • ^ ! Á Y ^ ! c Á { æ ! \ ä ^ ! c Á ä ^ } } æ & @ Á ä ä ^ Á Ü & @ , ^ | | ^ É Á ä ä • Á : ~ Á ä ^ ! Á ~ } É
: ~ { ~ c à æ ! ^ Á Ü c 4 ! ~ } * ^ } Á ä ^ ! Á S [{ { ~ } ä \ ä c ä [] Á ~ } ä ä ^ ! Á Ö ! @ [| ~ } * Á } ä & @ c Á : ~ Á ^ ! , æ ! c ^ } Á • ä } ä É Á

&"&' 6YifhY] ib[g[fi bXU[Yb.' ; YkYfVY}fa'

Ø>!Áäâ^ÁÓ^!c^ä|~} * Á ç [] Á Ü & @ æ | ä { { â••â [] ^ } Á ä { Á Ü æ @ { ^ } Á ä ^ ! Á • c ê ä c ^ à æ ~ | ä & @ ^ } Á Ü | æ } ~ } * Á ä • c Á ä ä ^ Á Þ [! { Á
Ö Q Þ Á F I € € Í È F Á Z Í á ä ä } Á X ^ ! ä ä } ä ~ } * Á { ä c á ä ^ ! Á V ^ & @ } ä • & @ ^ } Á C E } | ä c ~ } * Á : ~ { Á Ü & @ ~ c : Á * ^ ^ } Á Š È ! { Á Ç V C E Á Š È ! { Á
Z F Á D Á @ ^ ! æ } : ~ : ä ^ @ ^ } É Á Á

Öâ^ÁVCEÁŠÈ! { Á Z F á ä ä | ä ^ c á } æ & @ Á ä ^ { Á Ó ~ } ä ^ • È Q { { â••â [] • • & @ ~ c : * ^ • ^ c : Á ä ä ^ Á Ö i ~ } ä | æ * ^ Á : ~ ! Á Ö i { ä c c ~ } * Á
~ } ä Á : ~ ! Á Ó ^ ! c ^ ä | ~ } * Á ç [] Á Ö ^ ! ê ~ • & @ ä { { â••â [] ^ } Á ä { Á Ü æ @ { ^ } Á ç [] Á Ö ^ } ^ @ { ä * ~ } * • ç ^ ! - æ @ ! ^ } Á - > ! Á * ^ È
, ^ ! ä | ä & @ ^ Á ~ } ä Á ä } ä ~ • c ! ä ^ | | ^ Á C E } | æ * ^ } É Á Á

Þ^à^}Áâ^ { Á X ^ ! - æ @ ! ^ } Á : ~ ! Á Ö i { ä c c ~ } * Á ä ^ ! Á Ö ^ ! ê ~ • & @ à ^ | æ • c ~ } * ^ } Á ^ } } c á ä ä ^ Á V C E Á Š È ! { Á Z F á Á Q { { â••â [] • È
! ä & @ c , ^ ! c ^ É Á à ^ ä ä ^ ! ^ } Á Ö ä } @ æ | c ~ } * Á ä { Á Ü ^ * ^ | - æ | | Á æ ~ • * ^ • & @ [| • • ^ } Á , ^ ! ä ^ } Á \ æ } } É Á ä æ • • Á • & @ ê ä | ä & @ ^ Á W { È
, ^ | c ^ ä } , ä i \ ~ } * ^ } Á ä { Á Ö ä } , ä i \ ~ } * • à ^ ! ^ ä & @ Á * ^ , ^ ! ä | ä & @ ^ ! Á [ä ^ ! Á ä } ä ~ • c ! ä ^ | | ^ Á C E } | æ * ^ } Á ç [] | ä ^ * ^ } É Á Ö ä ^ Á Q { È
{ â••â [] • ! ä & @ c , ^ ! c ^ Á • ä } ä Á æ à @ ê } * ä * Á ç [] Á ä ^ ! Á Ö ^ à ä ^ c • } ~ c : ~ } * Á ~ } ä Á ç [] Á ä ^ ! Á ^ } ^ ! * ^ c ä • & @ ^ } Á Ü ~ { { ^ Á ä ^ ! Á
Q { { â••â [] • à ^ ä c ! ê ~ ^ Á æ | | ^ ! Á ! ^ | ^ ç æ } c Á ^ ä } , ä i \ ^ } ä ^ } Á C E } | æ * ^ } É Á ä ä ^ Á ä ^ ! Á V C E Á Š È ! { Á Z F á Á ~ } c ^ ! | ä ^ * ^ } É Á ä ä } : ~ @ æ | È
c ^ } É Á Á

Öâ^Áä}Áâ^!ÁVCEÁŠÈ! { Á Z F á ä æ } * ^ ^ à ^ } ^ } Á Q { { â••â [] • ! ä & @ c , ^ ! c ^ Á ^ } c •] ! ^ & @ ^ } Á É Á { ä c Á C E ~ • } æ @ { ^ Á ä ^ ! Á Y ^ ! c ^ Á
> ! Á W ! : à æ } ^ Á Ö ^ à ä ^ c ^ Á ç T W D É Á , ^ | & @ ^ Á ä } Á ä ^ ! Á Ö Q Þ Á F I € € Í È F Á Z Í á ä • | ^ ä & @ * ^ • c ^ | | c Á • ä } ä { ä c Á T ä • & @ * ^ à ä ^ c ^ } Á É Á
ä ^ } Á • & @ æ | | c ^ & @ } ä • & @ ^ } Á Ü ! ä ^ } c ä ^ ! ~ } * • , ^ ! c ^ } Á - > ! Á Q } ä ~ • c ! ä ^ É Á ~ } ä Á Ö ^ , ^ ! ä ^ | ê ! { Á ä ^ ! Á Ö Q Þ Á F I € € Í È F Á Z Í á É Á Á

Á

Á



Á

Q}Áâ^!Áæ\c~^||^}ÁÜäc~æcá[}Áà^~â}â^}Á•â&@Áâ^ÁY [@] àæ~-|ê&@^}Áâ { ÁÕ^|c~ } *•à^!^â&@Áâ^•ÁÓ^àæ~ } *•È
]|æ}^•ÁP!ÉÁÎÁâ}Á^â}^ { ÁTâ•&@*^àâ^cÁÇTQDÁZFGáÉÁÖæÁ•â&@Áâ}Áâ^!ÁÇ[|!|â^*^ } â^}ÁÜäc~æcá[}ÉÁ , ^|&@^Á>à^!Á|ê}É
 ^!^ÁZ^âc^^ , æ&@•^}Áâ•cÉÁâ^!ÁÓ@æ!æ!c^!Áâ}ÁÜâ&@c~ } *^Áâ}^•ÁY [@] *^àâ^c^•ÁÇ^!ê}â^!cÁ@æc^ } âÁâ^ÁÜâÉ
 c~æcá[}Áâ}Áâ^!Á|ê! { Ç[|à^|æ•c^c^}ÁØ[| { Áæ~-ÁÕ!~ } â|æ*^Áâ^•Áâ^}æ&@àæ!c^}ÁÓâ} : ^|@æ}â^!•Á•&@ [] Á|ê}É
 *^!Áâ^•c^c^•ÁÇÉ• [||Áâ { ÁÓ^àæ~ } *•] |æ}ÁP!ÉFÎÁ}æ&@ÁÇE } *æà^}Áâ^!ÁÕ^ { ^â } â^ÁP [cc~|] ÁZFGáÁâ}Á|ê! { Ç[|É
 à^|æ•c^c^•ÁÇE|*^ { ^â } ^•ÁY [@] *^àâ^c^æ~*^ , â^•^}Á , ^!â^}ÉÁâ}Áâ^ { ÁÓ^!c^â|~ } *•] ^*^!Áââ•Á@â}Á : ~ { Á
 Q { { â••â [] •!â&@c , ^!c^Á>!ÁTâ•&@*^àâ^c^Á [@] ^ÁÇE } , ^}â~ } *^Áâ^•ÁÜ~@^ : ^âc^ } : ~•&@|æ*^•Á^ { é!ÁÎÉÍÁâ^!Á
 VCEÁŠé! { ÁZFáÁ : ~*^|æ••^}Á , ^!â^}Á• [||^ } ÉÁ

Ö^ { : ~- [|*^Á , ^!â^}Á->!Áââ^Á*^] |æ}c^ÁÇE~• , ^â•~ } *^Áâ}^•Á|ê! { Ç[|à^|æ•c^c^}ÁÇE|*^ { ^â } ^}ÁY [@] *^É
 àâ^c^•Áâ^ÁQ { { â••â [] •!â&@c , ^!c^Áâ^!ÁVCEÁŠé! { ÁZFáÁ->!ÁTâ•&@*^àâ^c^ÁÇTQDÁ@^!æ} *^ : [*^] KÁ

HUVY`Y'&Á Ö^àâ^c^æ~• , ^â•~ } *^ } áÁQ { { â••â [] •!â&@c , ^!c^Áâ^ÁÕ^ , ^!à^|ê! { ^â } , â!~ } *^ } Á

; YV]YhgU igkY]gi b [`	= a a]gg]cbgf]W\hkYfhY' [Y a } £'H5'@ } f a '0%Q']b'X6fl5L'VY]' ; YkYfVY' } f a Y]bk]f_ i b [Yb'	
	hU [g'	bUW \hg'
CE *^ { ^â } ^•ÁY [@] *^àâ^c^ÇY CEDÁ	í í Á	l € Á
Tâ•&@*^àâ^c^ÇTQDÁ	î € Á	l í Á

Öâ^•ÁQ { { â••â [] •!â&@c , ^!c^Áâ>!~ } Áâ~!&@Á~! : : ^âc^*^ÁÕ^!ê~•&@•] äc : ^}ÁÇ[}ÁÓâ} : ^!^!^â* } â••^}Á , ê@È
 !^}â!â^!ÁVæ*^• : ^âc^~ { Á } â&@cÁ { ^@!Áæ|•ÁHÉÁâÓÁ } áÁ , ê@!^}á!â^!ÁP&@c : ^âc^~ { Á } â&@cÁ { ^@!Áæ|•ÁGÉÁâÓÁ
 >à^!•&@!äcc^}Á , ^!â^}ÁZFáÉÁ

Öâ^ÁÓ^!c^â|~ } *• : ^âc^æ~*•Áâ•cÁâ^ÁZ^âc^ : , â•&@^}ÁÉÎK€€ÁW@!Á~ } áÁGGK€€ÁW@!ÉÁÇE|•ÁÓ^!c^â|~ } *• : ^âc^æ~ { Á
 }æ&@c•Áâ•c^Á { é!ÁVCEÁŠé! { ÁZFáÁââ^!æ~c^•c^ÁÜc~ } á^Áâ}Áâ^!ÁZ^âc^ : , â•&@^}ÁGGK€€ÁW@!Á~ } áÁÉÎK€€ÁW@!Á : ~ Á
 à^c!æ&@c^}ÉÁ

Á

Á



Ø>!Á- [|*^}á^ÁZ^äc^}Á , á!á!}ÁS^!*^à^c^}É!à^áS!æ}\^} @ê~•!}Á~} }áÁÚ-|^*^æ}•cæ|c^}É!á}ÁÜ^}^}Á~}áÁ
 ŒE||*^ { ^á}^}ÁY [@} *^à^c^}Á• [, á^Á!}ÁS|^á}•á^á|~} *•^à^c^}Á^á^á^!ÁÒ! { äcc|~} *Áá^•ÁÓ^~!c^á|~} *•É
]^*^!•Áá^Á^!@4@c^ÁÜc4! , á!~} *Áç [}ÁÖ^!ê~•&@^}Áá~!&@!á^}^}ÁZ~•&@|æ*Áç [}ÁÎ!áÓ!á^!>&\•á&@cá*ckÁ

FÉ!æ}ÁY^!\cæ*^}KÁÁ

€ÎK€€ÁW@!Á!á•Á€ÏK€€ÁW@!Á

G€K€€ÁW@!Á!á•ÁGGK€€ÁW@!Á

GÉ!æ}ÁÜ [] }É!~} }á!Ø^!cæ*^}KÁÁ

€ÎK€€ÁW@!Á!á•Á€JK€€ÁW@!Á

FHK€€ÁW@!Á!á•ÁFÍK€€ÁW@!Á

G€K€€ÁW@!Á!á•ÁGGK€€ÁW@!Á

Ø>!ÁW!àæ}^ÁÖ^à^c^Á• [, á^ÁTá•&@ÉÉ!S^!}ÉÉ!Ö^ , ^!à^É!~}á!Q}á~•c!á^*^à^c^Á•á}áÁ\^}^ÁZ~•&@|ê*^Á->!Á
 áá^Á^!@4@c^ÁÜc4! , á!~} *Áç [}ÁÖ^!ê~•&@^}Áá} }^!@æ|á!á^!ÁVæ*^•: ^áç { äc!á^• [}á^!^!ÁÒ {]-á}á!á&@\^áç
 :~Áá^!>&\•á&@cá*^}ÁZ!FáÉ!Á



Á

Q}Áâ^ÁÓ^!^&@}~}*Áâ^•ÁÛ&@æ||^â•c~}*•] ^*^|•Á->!ÁØæ@!:^~*^!Á!ÁØæ@!:^~*^!~]]^ÁØ:ÖÁÇÚSYÉÁ
ŠSYFÉÁŠSYGDÁ-|â^i^}Á-^i^}^!Áâ^!ÁÖ!~}â^, ^!cÁ->!Áâ^}ÁÛ&@æ||^â•c~}*•] ^*^|Áâ^}^•ÁØæ@!:^~*^!•Áâ^!Á
Øæ@!:^~*^!~]]^ÁØ:ÖÉâ^!ÁV^]Áâ^!ÁÛc!æi^}â^&^•&@i&cÁ~}â^*^*^!^}^}•æ||•ÁZ~•&@|è*^Á->!Áâ^!Á
Šè}*•}^â*~}*Áâ^!ÁÛc!æi^!ÉÁ->!ÁT^@!-æ&@!^!^!^!^}^}Á•[, â^!Áâ^!ÁÛc4! , â!~}*ÁÇ[]Á|â&c•â*}æ|^*^•c^~^!É
c^}ÁS[c^]]~}^c^}Á[â^!ÁS!^â•ç^!^!^@!•]]èc: ^}Áâ^}ÉÁ

Öâ^!Öê {]~}*Áâ^!Áâ^!ÁÛ&@æ||æ~•â!^âc~}*Á: , â•&@^}ÁÛ~^||^!~}âÁQ { { â••â []•[!cÁ@è } *cÁ}æ&@ÁÛŠÛÉFJÁ
ŽGáÁÇ [{ ÁCEà•cæ}áÁ: , â•&@^}ÁÛ&@æ||~^||^!~}âÁQ { { â••â []•[!cÁ>â^!Áâ^ { ÁÓ[â^}ÁæàÉÁÁ

Á

©š' ÁÁÁ}ÁáÓÁ

{ ácÁ

Á	MÁ	Ú^*^ { â}â^!~}*Áâ~!&@Á*^ [{ ^c!â•&@^!ÁÖç^!^*^} : Áâ}ÁáÓÁ
Á	MÁ	Ú^*^ { â}â^!~}*Áâ~!&@ÁŠ~câê {]~}*Áâ}ÁáÓÁ
Á	MÁ	Ú^*^ { â}â^!~}*Áâ~!&@ÁÓ[â^}âê {]~}*Áâ}ÁáÓÁ
Á	MÁ	Ú^*^ { â}â^!~}*Áâ~!&@ÁCEà•&@â! { ~}*Áâ}ÁáÓÁ

Ö~!&@ÁÛ^!^!^!^}^}ÁÇ:ÉÁÓÉÁæ}ÁPæ~•-! []c^}ÉÁÛc>c: { æ~^!}Á[â^!ÁŠè! { •&@~c: , è}â^}DÁ\4 }^}Á:~èc:|âÉ
&@^!ÁÛ}â^*^|•&@æ||~^||^}Á^}c•c^@^}ÉÁâ^!Áâ^}ÁÛ&@æ||^*^|Áæ { ÁQ { { â••â []•[!cÁ^!@4^}ÉÁ

"& 5 i g [U b [g X U h Y b ' n i a ' G h f U £ Y b j Y f _ Y \ f "

Ö!~}â|æ*^Áâ^!Á•&@æ||c^&@}â•&@^}ÁW}c^!•~&@~}*Á:~ { ÁÛc!æi^}ç^!^!^@!|è! { Áâ|â^}Áâ^}^!Á•^âc^}•Áâ^!Á
Ö^ { ^}â^!ÁZFGáÁ:~!ÁX^!->*~}*Á^•c^||c^!ÁX^!^!^@!•c^&@}â•&@^!ÁW}c^!•~&@~}*ÉÁ , ^|&@^!Á { ÁÛæ@ { ^}Áâ^!Á
CE~•c^||~}*Áâ^•ÁÓ^!âæ~}*•] |æ}^•Á!ÉÁFÍFÁâ~!&@^!->!cÁ , ~!â^!ÁZFIáÉÁ• [, â^!Áâæ•Áæ\c^||^!ÁX^!^!^@!•É
{ [â^||Áâ}ÁÓ^!~*Áæ~Áââ^!ÁG€FÍÁ}ÁÓ^!c!â^!Á^} [[{ ^}^!ÁU!c~ { *^@~ } *ÁZFIáÉÁ

Q}Áâ^!ÁX^!^!^@!•~}c^!•~&@~}*Á:~ { ÁÓ^!âæ~}*•] |æ}Á•â}â^!ÁX^!^!^@!•]! [*] [•^!âæc^}ÁG€HÍÁ->!Áâ^!Á { É
|â^*^}â^}ÁÛc!æi^}Áæ}^*^!^!^}ÉÁÖâ}^!ÁW { !^&@ } ~}*Áâ^!ÁŠSYÉCE}c^!^!Á , ~!â^!Áæ~ÁÖ!~}â|æ*^Áâ^!ÁVæÉ
â^||^!ÁGáâ^!ÁÛŠÛÉFJÁâ~!&@^!->!cÉÁQ}ÁÓ^!~*Áæ~Áââ^!ÁU!c~ { *^@~ } *ÁÓÁÍGÍ}Á• [, â^!Áâ^!ÁÓÁÍGÍÁ , â!âÁæ~Á
ââ^!ÁX^!^!^@!•}æ||^•Áâæ~•ÁZFIáÁÇ []ÁG€FJÁ:~!>^!^*^!â~!^}ÉÁQ { ÁÛâ} }^!Á^}^!ÁÛ! [*] [•^! , â!âÁæ~&@^!Á
ç []^!Á^}^!ÁX^!^!^@!•:~}æ@ { ^!ÁÇ []Áâ}•^•c^ { cÁÍÁÁ , â^!Áâ}ÁZFIáâ^!Á&@!â^!Á}æ~•^*^æ}*^}ÉÁØ->!Áâ^!Á
Ó~}â^•c^!æi^}Á , ~!â^}Áââ^!ÁÓ^!câ { { ~}*Áâ^!ÁCE~c^!~}*^}Áæc*•D}æ&c•Á}âââ^!ÁW { !^&@ } ~}*Áâ^!Á
ŠSYÉCE}c^!^!Áæ~&@æ~ÁÖ!~}â|æ*^Áâ^!ÁVæâ^||^!ÁGáâ^!ÁÛŠÛÉFJÁâ~!&@^!->!cÉÁ

Á

Á



Á

Öä^Áb^, ^ä|•Á: ~|ê••ä*^ÁP4&@•c*^•&@, ä}ä*^ÁcÁ, ~|ä^Áæ} @æ} äÁ^Á•ÁU!c•c^! { ä }•ÁZFfÁæ~*^ } [{ { ^ } Á
 ~ } äÁ^!>&\ •ä&@cä* cÉÁCE~ -Áá^ { ÁUà^!•c[&\ { ^!ÁY^*Áä•cÁä { ÁÖä }, ä! \ } *•à^!^ä&@Á^ä } ^Á: ~|ê••ä*^ÁP4&@•cÉ
 ^•&@, ä } ää^ÁcÁç [} ÁHÉÁ \ { @@Á->!ÁÚSYÁ~ } äÁŠSYÁæ } : ~•^c: ^ } ÉÁQ { ÁÓ^!^ä&@Áä^!ÁÓÁÍGÍÁ• [, ä^ÁÓÁÍGÍ } Á
 ä•cÁä^Á: ~|ê••ä*^ÁP4&@•c*^•&@, ä } ää*^ÁcÁä^Áä^!ÁZ~ -æ@!cÁæ~ -Áä^ } ÁS!^ä•ç^! \ ^@!Á: ~ } ê&@•cÁæ~ -ÁÍÉÁ \ { @@Á
 ~ } äÁáæ } } Áæ~ -ÁÍÉÁ \ { @@Á*^Áä! [••^|cÉÁCE~ -Áá^ } Á>à!ä*^ } ÁCEà•&@ } äcc^ } Áä^!ÁÓÁÍGÍÁ• [, ä^Áä^!ÁÓÁÍGÍ } Áä•cÁä^Á
 : ~|ê••ä*^ÁP4&@•c*^•&@, ä } ää*^ÁcÁ->!ÁFÉÁ \ { @@Á->!ÁÚSYÁ~ } äÁÍÉÁ \ { @@Á->!ÁŠSYÉÁCE~ -Áæ||^ } Á>à!ä*^ } Á
 !^|Áçæ } c^ } ÁÚc!æ i ^ } æä•&@ } äcc^ } Áà^c!ê* cÁä^Á: ~|ê••ä*^ÁP4&@•c*^•&@, ä } ää*^ÁcÁÍÉÁ \ { @@Á->!ÁÚSYÁ~ } äÁ
 ŠSYÉÁQ } ÁÓ! { æ } *^ | ~ } *Áä^cæ||ä^!c^!ÁCE } *æà^ } Á, ~|ä^Áä { Áç [!|ä*^ } ä^ } ÁØæ||Áä { ÁÚä } } ^Áä^ } ^ÁTæä { æ|æ } É
 •æc: ^•Á } ä&@cÁ^!ä~ -^|c^!ÁÖ~ ••æ•] @æ|cÁæ|•ÁÚc!æ i ^ } ä^&\ •&@ä&@cÁ^!>&\ •ä&@cä* cÉÁ

''' ' 5 ig[Ub[gXUhYb'ni a 'DŽF!Duf_d'Uhn'ibX'ni a '6 igVU\blcz'

Z~•éc: |ä&@Á, ^!ä^ } Áä^!ÁÓ~ •àæ@ } @ [-Á• [, ä^Áä^!ÁÚÉÜÉÚæ! \] |æc: Áà^!>&\ •ä&@cä* cÉÁPæ&@ÁCE } *æà^ } Áä^!Á
 ç^! \ ^@!•c^&@ } ä&@^ } ÁW } c^!•~&@~ } *ÁZFÍáä•cÁç [} Á- [| *^ } ä^ } ÁX^! \ ^@!•à^, ^*~ } *^ } Á->!Áä^ÁÓ~ ••^ÁÁ
 ÉÁ*^, ä&@c^cÁ>à^!Áæ||^ÁVæ*^Áä^!ÁY [&@^ÁÉÁæ~ •: ~*^@^ } KÁ

Á Ó~•à^, ^*~ } *^ } Ácæ*•ÁçÉÍKÉÁW@!Áää•ÁGGKÉÁW@!DKÁÁ ÌHÁÓ~ ••^Á { äcÁb^Á^ä } ^!ÁCE } ÉÁ~ } äÁCEà-æ@!cÁ

Á Ó~•à^, ^*~ } *^ } Á } æ&@c•ÁçGGKÉÁW@!Áää•ÁÉÍKÉÁW@!DKÁÁHÁÓ~ ••^Á { äcÁb^Á^ä } ^!ÁCE } ÉÁ~ } äÁCEà-æ@!cÁ

Ø>!Áä^ÁÓ~ ••c^||] |êc: ^Á, ä!äÁä^!ÁZ~ •&@|æ*^*^ { ê i ÁÚæ! \] |æc: |ê! { •c~ ää^ÁZFÉÁ->!Áä^ÁÚæ! \] |æc: æ!cÁç [} ÁÁ
 SÚCEÁMÁFÉÁÓÁ~ } äÁSÚMÁ! ÁäÓÁæ } *^•^c: cÉÁÖä^ÁØæ@! *æ••^ } Á•ä } äÁæ•] @æ|cÁ^!cÁçSÚc!UÁMÁÉÁÓDEÁ

Ø>!Áä^ÁÍHÁÚSYÉÜc^||] |êc: ^Áä^•ÁÚÉÜÉÚæ! \ |æc: ^•Á, ä!äÁä^ÁÓ^, ^*~ } *•@ê~ -ä*^ÁcÁæ~ -Áä^!ÁÖ!~ } ä|æ*^Á
 ä^!ÁX^! \ ^@!•] : [*] [•^ÁZFÍáä { äcÁGÍ!ÁÚSYÉÓ^, ^*~ } *^ } Á! : [ÁGÍÁÚc~ } ä^ } ÁçGÍ!ÁÓ^, ^*~ } *^ } Ácæ*•LÁ
 GÉÁÓ^, ^*~ } *^ } Á } æ&@c•DÁä^!>&\ •ä&@cä* cÉÁ

Á

Á



(' 6YfYW\b i b [gYf [YVb]ggY' i bX' 6Y i fhY] i b ['XYf' JYf_Y\fg` } f a g]h i Uh]cb`

Öä^ÁÓ^!^&@} ~ } * ^ } Á ^ ! - [| * ^ } Á à ^ Á - ! ^ ä ^ ! Á Ú & @ æ | æ ~ • à ! ^ ä c ~ } * Á ä { Á Ú | æ } * ^ à ^ ä ^ Á Ç [@] ^ Á Ó ^ à æ ~ ~ } * D Á - > ! Á ^ à ^ } È
^ ! ä ä * ^ Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á • [, ä ^ Á - > ! Á ä æ • Á F È Á • [, ä ^ Á G È Á Ú à ^ ! * ^ • & @ [• • È Á Ö ä ^ Á Ç [! @ æ] ä ^ } ^ Á Ó ^ à æ ~ ~ } * Á
æ ~ i ^ ! @ æ | ä ä ^ Á • Á Ú | æ } * ^ à ^ ä ^ c ^ Á , ~ ! ä ^ Á à ^ ! > & \ • ä & @ c ä * c È Á Á

("% ' 6Y i fhY] i b ['XYf' JYf_Y\fg` } f a g]h i Uh]cb`

Öä^ÁÓ^!^&@} ~ } * • ! * ^ à } ä • • ^ Á • ä } ä Á - > ! Á ^ à ^ } ^ ! ä ä * ^ Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á cæ * • Á ä } Á ä ^ ! Á C E } | æ * ^ Á H È F Á • [, ä ^ Á
- > ! Á ä æ • Á F È Á ~ } ä Á G È Á Ú à ^ ! * ^ • & @ [• • Á cæ * • D } æ & @ c • Á ä } Á ä ^ ! Á C E } | æ * ^ } Á H È G Á ~ } ä Á H È H Á à ^ ä * ^ - > * c È Á

Ò à ^ } ^ ! ä ä * ^ Á ~ } ä Á * ^ à è ~ ä ^ * ^ à ~ } ä ^ } ^ Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á Ç : È Á Ó È Á V ^ ! ! æ • • • } È Á Ó æ | \ [] ^ Á ^ c & È D Á Á

Ö^ { è i Á ä ^ ! Á F Î È Á Ó { Û & @ X Á Z H á | ä ^ * c á ä ^ ! Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ Á Ç { { ä • • ä [] • [! c Á G Á { Á > à ^ ! Á ä ^ ! Á T ä c c ^ Á ä ^ ! Á æ | • Á ^ à ^ } È
^ ! ä ä * ^ ! Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á Ç : È Á Ó È Á V ^ ! ! æ • • • } D Á * ^ } ~ c : c ^ } Á Ø | è & @ ^ È Á T æ i * ^ à | ä & @ - > ! Á ä ä ^ Á Ó ^ ! ^ c ^ ä | ~ } * Á ^ à ^ ! Á
Ö^ ! è ~ • & @ • ä c ~ æ c ä [] Á ä } Á ä ^ ! Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á • Á ä • c á ä } Á C E } | ^ @ } ~ } * Á æ } Á ä ä ^ Á X ^ ! ^ \ ^ @ ! • | è ! { • & @ ~ c : ! ä & @ c | ä È
} ä ^ } Á Z | á ä æ ~ • • & @ | ä ^ ! | ä & @ Á ä ä ^ Á X ^ ! ^ \ ^ @ ! • | è ! { à ^ | æ • c ~ } * Á ä { Á V æ * ^ • : ^ ä c ! æ ~ { È Á

Öä^ÁÓ^!^&@} ~ } * • ! * ^ à } ä • • ^ Á - > ! Á ^ à ^ } ^ ! ä ä * ^ Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á • ä } ä Á ä } Á ä ^ ! Á C E } | æ * ^ Á H È F Á æ | • Á Á
Ü æ • c ^ ! | è ! { \ æ ! c ^ Á ä æ ! * ^ • c ^ | c È Á Ö ä ^ Á C E } | æ * ^ } Á H È G Á ~ } ä Á H È H Á : ^ ä * ^ } Á ä ä ^ Á Ó ^ ! ^ & @ } ~ } * • ! * ^ à } ä • • ^ Á - > ! Á ä æ • Á Á
F È Á ~ } ä Á G È Á Ú à ^ ! * ^ • & @ [• • È Á Y ä ^ Á ä ä ^ Á Ó ^ ! ^ & @ } ~ } * • ! * ^ à } ä • • ^ Á : ^ ä * ^ } È Á , ä ! ä Á • [, [@ | Á ä { Á Ó ^ ! ^ ä & @ ^ Á ^ à ^ } ^ ! È
ä ä * ^ ! Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á æ | • Á æ ~ & @ Á ä { Á Ó ^ ! ^ ä & @ Á * ^ à è ~ ä ^ * ^ à ~ } ä ^ } ^ ! Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á ä } Á
Ú à ^ ! * ^ • & @ [• • • } Á ä ^ ! Á • & @ æ | c ^ & @ } ä • & @ ^ Á Ú | ä ^ } c ä ! ^ ~ } * • , ^ ! c Á - > ! Á C E | | * ^ { ^ ä } ^ Á Y [@] * ^ à ^ ä ^ Á Ç [] Á Á
Í ! á ä Ó Ç È D Á cæ * • Á ä { Á * ^ • æ { c ^ } Á Ú | æ } * ^ à ^ ä c á > à ^ ! • & @ ! ä c c ^ } È Á Ü [{ ä c á , è ! ^ } Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á } æ & @ Á ä ^ } Á
Ó ^ ! c ^ ä | ~ } * • ! ä c ^ ! ä ^ } Á ä ^ ! Á Ö Q B Á F Î € € Í Á Z | á È Á * * È Á ^ ! * è } : ^ } ä ^ Á Ú & @ ~ c : { æ i } æ @ { ^ } Á : ~ Á ^ {] - ^ @ | ^ } È Á Ö æ ä } Á
* ! [i ^ } Á V ^ ä | ^ } Á ä ^ Á Ú | æ } * ^ à ^ ä c ^ • Á æ ~ & @ Á ä } Á Ó ^ ! ^ c ^ ä | ~ } * •] ^ * ^ | Á Ç [] Á cæ * • Á Í G Á ä Ó Ç È D Á È Á ä ^ ! Á ä ä ^ Á Ö ! ^ } : ^ Á
ä ^ ! Á ~ } * ^ • c 4 ! c ^ } Á B ~ c : ~ } * Á ^ Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á ^ } : ^ ä & @ } ^ c Á Z F € ä È Á > à ^ ! • & @ ! ä c c ^ } Á , ä ! ä È Á • ä } ä Á
@ ä ^ ! Á C E ~ i ^ } , [@] à ^ ! ^ ä & @ ^ Á [@] Á : ~ • è c : | ä & @ ^ Á Ú & @ ~ c : { æ i } æ @ { ^ } Á æ ~ • : ~ • & @ | ä ^ i ^ } È Á

Y [@] È Á ~ } ä Á C E ~ - ^ } c @ æ | c • ! è ~ { ^ Á

Ø > ! Á ä ä ^ Á Ó ^ ! ^ c ^ ä | ~ } * Á * ^ • ~ } ä ^ ! Á Y [@] È Á ~ } ä Á C E ~ - ^ } c @ æ | c • ç ^ ! | è | c } ä • • ^ Á ä • c á ä ä ^ Á X ^ ! ^ \ ^ @ ! • | è ! { • ä c ~ æ c ä [] - > ! Á
ä ä ^ Á V æ * ^ • È Á ~ } ä Á B æ & @ c : ^ ä c á ^ ! æ } : ~ : ä ^ @ ^ } Á Ç • È Á C E } | æ * ^ } Á H È G Á ~ } ä Á H È H Á - > ! Á ä æ • Á F È Á ~ } ä Á G È Á Ú à ^ ! * ^ • & @ [• • D È Á

Ó ^ : > * | ä & @ Á ä ^ ! Á C E } - [! ä ^ ! ~ } * ^ } Á æ } Á ä ^ } Á } æ • • ä ç ^ } Á Ú & @ æ | • & @ ~ c : Á Ç [] Á ä { Á Ú | æ } * ^ à ^ ä c á : ~ Á ^ ! ! ä & @ c ^ } ä ^ } Á
Y [@] @ è ~ • ! } Á ä • c á @ ä ^ ! Á ä ^ ! Á B æ & @ c : ^ ä c ! æ ~ { Á ! ^ | ^ ç æ } c È Á Á



A

Ö^!Á•&@|c^&@}ã•&@^ÁU!ã^}cã!~} *•, ^!cãã^!ÁÖQpÁFì€€íÉFÁÇÓ^ãà|æccÁFDÁZîãÁ->!ÁX^!\^@!•!ë! { ÁÇ [} Á
}æ&@c•Á! ÍÁáÓÇCEDÁ->!ÁCE|| *^ { ^ã } ^ÁY [@] *^ àã^c^ÁÇYCEDÁ, á!ãÁã { Á *^•æ { c^ } ÁÚ|æ } *^ àã^c^ã>à^!•&@!acc^}ÉÁ
Ù [{ áç!ã } áÁc^çc|ã&@^ÁØ^•c•^c: ~ } *^ ^!Á: ~ ^!Á]æ••ãç^!ÁÚ&@æ||•&@~c: { æ i } æ@ { ^ } Á^!~ [!ã^!|ã&@ÉÁ

Ö^ { e i ÁÖQpÁFì€€íÉFÁÇÓ^ãà|æccÁFDÁZîãÁã•cã^ãÁÓ^~!c^ã!~ } *•] ^ *^ | } Á>à^!Á! ÍÁáÓÇCEDÁ }æ&@c•Á•^|ã•cã^ãã } ~ !Á
c^ã! , ^ã•^Á *^4~ } ^c^ { ÁØ^ } •c^!Á~ } *^•c4!c^!ÁÚ&@|æ-Á@ê ~ -ã *^ Á }ã&@cá { ^@!Á { 4 *|ã&@ÉÁÖæ@^!Á•ã } áã }æ&@Áã^ { Á
æ\c~^||^}ÁÚcæ } áã^!Áp [! { ~ } *^ Á: ~ { ÁÚ&@æ||•&@~c: Áã } ÁÚcêãc^ãæ~Áã } Áã^ } ÁÓ^!^ã&@^ } Áã^!ÁÚ|æ } *^ àã^c^ÉÁã } Á
ã^ } ^ } Áã } ÁÓ^~!c^ã!~ } *•] ^ *^ | } Á }æ&@c•ÁÇ [} Á! ÍÁáÓÇCEDÁ>à^!•&@!acc^} Á, á!ãÁÇ@ã^!Áãæ•Á *^•æ { c^ÁÚ|æ } *^ É
àã^c^ÉÁ: ~ •êc: |ã&@^ÁØ^•c•^c: ~ } *^ ^!Á->!Á•&@æ|| *^ áê {]-c^ÁŠ>-c~ } *•^ã } !ã&@c~ } *^ ^!Á->!ÁÇ [! , ^ã *^ ^ } áÁ: ~ { Á
Ú&@|æ-^}Á *^ ^ } ~c: c^ÁÚê { ^Á^!~ [!ã^!|ã&@ÉÁ

X [!•&@|ê *^Á->!Ác^çc|ã&@^ÁØ^•c•^c: ~ } *^ ^!Áã { ÁÓ^ãæ~ } *•] |æ } Á, ^!á^ } Áã { ÁSæ } áç^!Á!Áæ } *^ *^ à^ } ÉÁ

("& @}fa dY[Y'VYfY]W\Y' i bX' a U£[YV]W\Y'5 i £Yb`)fa dY[Y'

Öã^!Á•&@|c^&@}ã•&@^}ÁCE}- [!ã^!~ } *^ ^!Áæ } Áãã^ÁÓæ~æ~•->@!~ } *^ Áãã^Áp^~ àæ~c^ } Áã: , ÉÁãæ~ *^ ^!^@ { áÉ
*~ } *•] -|ã&@cã *^ ^!Á+ } áã!~ } *^ ^!ÁÇ [} ÁY [@] ÉÁ~ } áÁCE~ ^ } c@æ|c•!ê~ { ^ } Á^! *^ à^ } Á•ã&@Áæ~ -Áã^!ÁÖ!~ } á!æ *^ Á
ã^!ÁÖQpÁ!F€JÉFÁZîáÉÁpã^! }æ&@Á^! *^ à^ } Áã&@Áãã^Á *^•æ { c^ } Áã^, ^!c^c^ } ÁÓæ~ Ú&@æ||áê { { Tæ i ^Á
Üc, É-^Áã^!ÁCE~ i ^ } àæ~c^ã|Á->!Áãã^Á~ } c^!•&@ã^ã|ã&@^ } ÁÚæ~ { æ!c^ } ÁÇ [} Á•&@~c: à^ã>!-cã *^ ^ } ÁÚê~ { ^ } Áæ~ -Á
ã^!ÁÖ!~ } á!æ *^ Áã^!ÁÇ [!|ã *^ ^ } á^ } Á { æ i *^ à^ |ã&@^ } ÁCE~ i ^ } |ê! {] ^ *^ | ÁŠ_Áã } ÁãÓÇCEDÉÁ

Öã^!ÁÓ^•cã { { ~ } *^ Áã^•Á { æ i *^ à^ |ã&@^ } ÁCE~ i ^ } |ê! {] ^ *^ | ÁŠ_Á^!~ [!cã *^ ^ { e i ÁÖQpÁ!F€JÉGÁZîááæ~ •Áã^ { Á
: ~ *^ @4!ã *^ ^ } ÁÓ^~!c^ã!~ } *•] ^ *^ | Á->!Áãã^Á~ } c^!•&@ã^ã|ã&@^ } ÁŠê! { ~ ^||^ } ÁÇÚc!æ i ^ } ÉÉÁÚ&@ã^ } ÉÉÁŠ~ -cÉÉÁ
Yæ••^!ç^!\^@!ÉÁQ}á~•c!ã^ØÖ^, ^!á^DÁÁ

ÉÁ ->!Áã^}ÁVæ *^•: ^ã!æ~ { ÁÇ€îK€€ÁW@!Áãã•ÁGGK€€ÁW@!DÁã~!&@ÁCEãããcã [} ÁÇ [} ÁHÁãÓLÁ

ÉÁ ->!Áã^}Ápæ&@: ^ã!æ~ { ÁÇGGK€€ÁW@!Áãã•Á€îK€€ÁW@!DÁã~!&@ÁCEãããcã [} ÁÇ [} ÁHÁãÓÁ: ~ :> *|ã&@Áã } ^•Á
Z~•&@|æ *^•Á: ~ !ÁÓ^!>&\•ã&@cã *~ } *^ Áã^!Á^!@4c^ } Á } ê&@c|ã&@^ } ÁÚc4! , á!~ } *^ Ç *^!4 i ^!^•ÁÚ&@~c: É
à^ã>!-}ã•Áã } Áã^!Ápæ&@cDÁÇ [} ÁF€!ÁÓLÁãã^•Áã|c^!ÁÚê~ { ^ÉÁãã^Á>à^! , ^ã *^ ^ } áÁ: ~ { ÁÚ&@|æ-^ } ÁÁ
*^ ^ } ~c: c^Á, ^!á^ } Á\4 } ^ } ÉÁ

Tæ i *^ à^ |ã&@Áã•cããã^ÁŠê! { à^!æ~c~ } *^ Áã^!b^ } á *^ ^ } ÁVæ *^•: ^ãÉÁãã^Áãã^Á@4^!^ÁCE}- [!ã^!~ } *^ Á^! *^ à^ ç@ã^!KÁ
pæ&@c: ^ã!æ~ { DEÁ

Pã }ã&@c|ã&@Áã^!ÁÖ^!ê~•&@^ã } , á!~ } *^ ^!Áæ~ •ÁÖ^, ^!à^ÉÁ } áÁQ}á~•c!ã^æ } |æ *^ ^ } Á\æ } } Áã { ÁÚ^ *^ |~æ||æ|Á
Ó^~!c^ã!~ } *•] ^ *^ | Áã^!Á }æ&@ÁVCEÁŠê! { ÁZFáá { ÁÓ^ãæ~ } *•] |æ } Á->!Áãã^Áb^, ^ã|ã *^ ÁÖ^ãã^c^ \æc^ *^ [!ã^ *^ |É
c^ } á^ÁQ { { á•ã [} •!ã&@c, ^!cã->!Áã^ } ÁVæ *^•: ^ã!æ~ { Áã } *^•^c: c^Á, ^!á^ } ÉÁ

A



A

Q { ÁÇ [! | ä ^ * ^ } á ^ } Á Ø æ | Á , ä ! ä Á á ^ ! Á Ü ä & @ c , ^ ! c á Ç [} Á Î € á Ó Ç C E D Á c æ * • Á - > ! Á T ä • & @ * ^ à ä ^ c ^ Á Ç T Q D Á à ^ ! > & \ • ä & @ c ä * c É Á ä æ Á
 ^ • Á • ä & @ Á ~ { Á ^ ä } Á | é ! { Ç [! à ^ | æ • c ^ c ^ • Á C E | | * ^ { ^ ä } ^ • Á Y [@] * ^ à ä ^ c ^ Á @ æ } á ^ | c É Á à ^ ä á á • { Á ' à ^ ! • & @ ! ^ ä c ~ } * ^ } Á á ^ ! Á
 Q { { ä • • ä [] • ! ä & @ c , ^ ! c Á - > ! Á C E | | * ^ { ^ ä } ^ Á Y [@] * ^ à ä ^ c ^ Á * ^ { é i Á V C E Á Š è ! { Á Ž F á ä ä • Á : ~ Á á ^ } Á Q { { ä • • ä [] • ! ä & @ c É
 , ^ ! c ^ } Á - > ! Á T ä • & @ * ^ à ä ^ c ^ Á Ç T Q D Á : ~ * ^ | æ • • ^ } Á , ^ ! á ^ } Á • [| | ^ } É Á Á

Ó ^ ä á á ^ ! Á ' à ^ ! | æ * ^ ! ~ } * Á Ç [] Á { ^ @ ! ^ ! ^ } Á Ç * | ^ ä & @ É Á [á ^ ! Á Ç ^ ! • & @ ä ^ á ^ } æ i c ä * ^ } D Á Ü ~ ^ | | ^ } Á ä • c Á ä ä ^ Á ^ } ^ ! * ^ c ä • & @ Á Á
 Ü ~ { { Á á ^ ! Á ^ ä } : ^ | } ^ } Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ } Á C E ~ i ^ } | é ! {] ^ * ^ | Á æ | | ^ ! Á ! ^ | ^ Ç æ } c ^ } Á Š è ! { ~ ~ ^ | | ^ } Á Ç @ ä ^ ! K Á Ü c ! æ i ^ } É
 Ç ^ ! ^ ! ^ ! É Á Ö ^ , ^ ! à ^ | é ! { D Á : ~ Á ^ ! { ä c c ^ | } É Á Ö ^ ! Á ^ ! { ä c c ^ | c ^ } Á ! Á • ~ | c ä ^ ! ^ } á ^ } Á Ü ^ * ^ | • ~ { { Á ä • c á à ^ ä á á ^ ! Á Ó ä | ä ~ } * Á
 á ^ • Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ } Á C E ~ i ^ } | é ! {] ^ * ^ | • Á * ^ { é i Á Ž ä ~ ^ ! Á ! É ! É ! É ! Á á ^ ! Á Ö Q P Á ! F € J É G Á Ž ! á } ~ ! Á ^ ä } { æ | ä * Á H á á Ó Á
 æ ~ - : ~ æ ä ä ä ^ ! ^ } É Á

Ö ä ^ Á æ ~ • Á á ^ { Á [à ^ } Á ^ ! | é ~ c ^ ! c ^ } Á X [! * ^ @ ^ } Á ä } } ^ ! @ æ | à á á ^ • Á Ü | æ } * ^ à ä ^ c ^ Á • Á ! ^ ~ | c ä ^ ! ^ } á ^ } Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ } Á
 C E ~ i ^ } | é ! {] ^ * ^ | Á Š æ Á • ä } á á } Á á ^ ! Á C E } | æ * ^ Á ! Á * ! æ - ä • & @ Á æ | • Á Š è ! {] ^ * ^ | à ^ ! ä & @ ^ Á * ^ { é i Á Ö Q P Á ! F € J É F Á Ž ! á
 ä æ ! * ^ c ^ | | c É Á Ö ä Á Š è ! {] ^ * ^ | à ^ ! ä & @ ^ Á • ä } á Á , á Á - [| * c á á ^ - ä } á ^ ! c K

HUVY`Y` (Á Z` [! ä } ~ } * Á : , ä • & @ ^ } Á Š è ! {] ^ * ^ | à ^ ! ä & @ ^ } Á ~ } á Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ } Á C E ~ i ^ } | é ! {] ^ * ^ | Á

GdU`hY`	%`	&`
NY`Y`	@}fa dY[Y`VYfy]W\`	AU£[YV`]W\Yf`5 i £Yb`}fa dY[Y`@_]b`X6`
FÁ	QÁ	í í Á
GÁ	QQÁ	î € Á
HÁ	QQQÁ	ï í Á
IÁ	QXÁ	ï € Á
ÍÁ	XÁ	ï í Á
ÎÁ	XQÁ	ì € Á
ÏÁ	XQQÁ	ñ ì € Á

É Á Ø > ! Á { æ i * ^ à | ä & @ ^ } Á C E ~ i ^ } | é ! {] ^ * ^ | Á Š æ Á N Á ! € á Ó Á • ä } á á á ^ Á C E } - [! á ^ ! ~ } * ^ } Á à ^ @ 4 ! ä | ä & @ ^ ! • ^ ä c • Á æ ~ * ^ ! ~ } á á á ^ ! Á 4 ! c | ä & @ ^ } Á Ö ^ Á É
 à ^ } @ ^ ä c ^ } Á - ^ • c : ~ | ^ * ^ } É Á

A

A



("' 9fa)hh`ib[`XYf[YgUahYb`VYkYfhYhYb`6Ui!GW\U`X]a a!AUÉY`Fikž[Vg`Z`f`5iÉYbVUi!
hY]Y`

Öä^Á*^•æ { c^}Áà^, ^!c^c^}ÁÓæ`ÈÛ&@æ||âê { { ÈTæi^ÁÛc, È*^..i.â^!ÁÇ~ i^}àæ`c^|ÁÇ[]Á•&@~c: à^â>!-cä*^}Á
Ûê~ { ^}Á^! *^à^}Á•â&@Á}æ&@ÁÖQpÁIF€JÈFÁZÌáá~ }c^!ÁÓ^!>&\•â&@cä*~ } *Á^!Á~ }c^!•&@â^!â&@^}ÁÛæ~ { È
æ!c^}Á}æ&@KÁ

Ûc, È*^..ÁMÁŠæÁÉÁSÛæ~ { æ!oÁ

{ äcÁ

ŠæÁ ä^!Á { æi *^à|â&@^ÁÇ~ i^}|ê! {]^*^!Á}æ&@ÁÖQpÁIF€JÈGÁZÌáLÁ

SÛæ~ { æ!cÁMÁGÍÁáÓÁ ->!ÁÓ^cc^}|ê~ { ^Áä}ÁSiæ}\^}æ}•cæ!c^}Á~ }áÁÛæ}æc[!â^}LÁ

SÛæ~ { æ!cÁMÁHÉÁáÓÁ ->!ÁÇ~ ^}c@æ|c•!ê~ { ^Áä}ÁY[@]~ } *^}ÉÁ`à^!}æ&@c~ } *•!ê~ { ^Áä}ÁÓ^@^!à^! *~ } *•È
•cêcc^}ÉÁW}c^!iâ&@c•!ê~ { ^Á~ }áÁ†@}|â&@^•LÁ

SÛæ~ { æ!cÁMÁHÍÁáÓÁ ->!ÁÓ>|!|ê~ { ^Á~ }áÁ†@}|â&@^•ÉÁ

Tâ}á^•c^}•Á^ä}:~@æ!c^}Á•ä}áKÁ

Ûc, È*^..ÁMÁHÍÁáÓÁ ->!ÁÓ^cc^}|ê~ { ^Áä}ÁSiæ}\^}æ}•cæ!c^}Á~ }áÁÛæ}æc[!â^}Á~ }áÁ

Ûc, È*^..ÁMÁHÉÁáÓÁ ->!ÁÇ~ ^}c@æ|c•!ê~ { ^Áä}ÁY[@]~ } *^}ÉÁ`à^!}æ&@c~ } *•!ê~ { ^Áä}ÁÓ^@^!à^! *~ } *•È
•cêcc^}ÉÁW}c^!iâ&@c•!ê~ { ^ÉÁÓ>|!|ê~ { ^Á~ }áÁ†@}|â&@^•ÉÁ

Ø>!Á*^•æ { c^Áà^, ^!c^c^}ÁÓæ`ÈÛ&@æ||âê { { ÈTæi^ÁÇ[]ÁÛc, È*^..i.NÁÍ€ÁáÓÁ•ä}áÁäâ^ÁÇ~-[!â^!~ } *^}ÁÇ[]Á^!Á
Ö^}^@ { ä*~ } *•à^@4!á^Áæ~-*!~ }áÁ^!Á4!c|â&@^}ÁÖ^*^à^}^@âc^}Á-^•c:~|^*^}ÉÁ

Q { ÁÛä} }^Áá^•ÁÇ[!à^*^}á^}ÁQ { { ä••ä[]••&@~c: ^•Áä}Á^!ÁÓæ~|^âc]|æ}~ } *^} }ÁÉÁ:~!ÁÒ! { äcc|~ } *^Á^!Á
^•æ { c^}Áà^, ^!c^c^}ÁÓæ`ÈÛ&@æ||âê { { ÈTæi^ÁÛc, È^..i.â^!ÁÇ~ i^}àæ`c^|ÁÉÁá^!Á { æi *^à|â&@^ÁÇ~ i^ }
|ê! {]^*^!ÁŠæÁ^}c•}|!&@^}áÁ^}Áä { ÁÓ^àæ~ } *•}|æ} *^à^c^b^, ^!|•ÁÇ[!|â^*^}á^}ÁŠê! {]^*^!à^!^äÈ
&@^}Á}æ&@ÁVæà^|^!ÁÍÁÇ^! , ^}á^c^, ^!á^}ÉÁ



Á

Q { ÁÒâ } : ^|-æ||Á\4 } ^} Áâ { ÁÜæ@ { ^} Áâ^!Á^â } : ^|} ^} ÁÓæ~ * ^} ^@ { ä*~ } *•ç^!-æ@!^} Á: ~!ÁX^! { ^!â~ } *Á~ } 4È
cä*Á@ [@^!ÁÇE } - [!ä^!~ } * ^} ÁËÁ: ÉÁÓÉÁ, ^ } } Á^â} ÁÓæ~ ç [!@æà^} Áâ { Á~ } c^!^} ÁÓ^!^â&@Á^â} ^•ÁŠê! {] ^* ^!à^È
!^â&@•Á|â^*cÁ [ä^!Á•â&@Áâ~!&@ÁÇEà•&@â! { ~ } * ^} Áâ^!ÁX^!\^@!•*^!ê~•&@^!â~!&@ÁÇEà•&@â! { ^â} !â&@c~ } * ^} Á
à: , ÈÁ-!^ { ä^!Á [ä^!Áâæ•Á^â*^} ^!Ö^!æ~ ä^!Á*^!â} * ^!ÁÇE~ i ^} |ê! {] ^* ^!Á^! * ^!à^} ÁËÁâ^!Á [] \!^cÁç [!:Áâ^} Á
^â} : ^|} ^} ÁØæ••æâ^} Á [ä^!ÁØæ••æâ^} æà•&@} äcc^} Áç [!:|â^*^} ä^} Á { æ i * ^!à|â&@^} ÁÇE~ i ^} |ê! {] ^* ^!Á} æ&@Á
ÖQpÁ | F€JÈGÁŽ | áÁ: ~!ÁÒ! { äcc~ } * Áâ^!Á•&@æ||c^&@} ä•&@^} ÁÇE } - [!ä^!~ } * ^} Áæ} Áââ^!ÁÇE~ i ^} àæ~ c^!^!Á@^!æ} È
* ^: [* ^} Á, ^!ä^} ÈÁW} c^!ÁÓ^!>&\•â&@cä*~ } * Áâ^!Á [] \!^c^} ÁÓæ~ ç [!:@æà^} •ÁÇZ~ [!:ä~ } * Á\ [] \!^c^!Á
Üæ~ { } ~c: ~ } * ^} Áâ { ÁÓæ~æ} c!æ*DÁ\æ } } Áâæ } } Áâ { ÁÒâ } : ^|-æ||Áæ~&@Á^â} ^!Áâ~!^!^} : ä^!c^!ÁØ^•c|^*~ } * Áâ^!Á
ÇE } - [!ä^!~ } * ^} Áæ } @æ} áÁâ^!Áp~c: ~ } *•æ:cÁç: ÉÁÓÉÁÜê~ { ^! { äcÁç [!, ä^*^} ä^!ÁVæ*^•} ~c: ~ } *LÁÜê~ { ^ÈÁ
ââ^!Á>à^! , ä^*^} áÁ: ~ { ÁÜ&@|æ-^} Á*^} ~c:cÁ, ^!ä^} Á\4 } ^} DÁ^!- [|*^} ÈÁ

Á

Á

Die Zuordnung zwischen Lärmpegelbereichen und maßgeblichem Außenlärmpegel ist wie folgt definiert:

Spalte	1	2
Zeile	Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel L_a in dB
1	I	55
2	II	60
3	III	65
4	IV	70
5	V	75
6	VI	80
7	VII	>80*

* Für maßgebliche Außenlärmpegel $L_a > 80$ dB sind die Anforderungen behördlicherseits aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Abweichungen von den o. g. Festsetzungen zur Lärmvorsorge sind im Einzelfall im Rahmen des jeweiligen Baugenehmigungsverfahrens mit entsprechendem Nachweis zulässig, wenn aus dem konkret vor den einzelnen Fassaden oder Fassadenabschnitten bestimmten maßgeblichen Außenlärmpegel nach DIN 4109-2:2018-01 die schalltechnischen Anforderungen an die Außenbauteile unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Raumarten nach DIN 4109-1:2018-01, Kapitel 7.1, Gleichung (6), ermittelt und umgesetzt werden.

Schallschutz von Schlafräumen

Im Plangebiet sind beim Neubau bzw. bei baugenehmigungspflichtigen Änderungen im Zusammenhang mit Fenstern vom Räumen, die vorwiegend zum Schlafen genutzt werden, schalldämpfte, ggf. fensterunabhängige Lüftungssysteme vorzusehen, die die Gesamtschalldämmung der Außenfassaden nicht verschlechtern.

Alternativ hierzu ist die Belüftung über ausreichend abgeschirmte Fassadenseiten mit entsprechendem Einzelnachweis über gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten.



Schutz von typischen Aufenthaltsbereichen im Freien (Außenwohnbereiche)

Im Plangebiet sind beim Neubau bzw. bei baugenehmigungspflichtigen Änderungen für Außenwohnbereiche zusätzliche schallabschirmende Maßnahmen zu empfehlen. Ab einem Beurteilungspegel von tags 62 dB(A) sind solche Maßnahmen zwingend vorzuschreiben, bzw. Außenwohnbereiche auf der der Daruper Straße bzw. dem Oberstockkumer Weg vollständig abgewandten Fassadenseite der Gebäude anzuordnen. Als schallabschirmende Maßnahme kann die Anordnung von z. B. Lärmschutzwänden oder Nebengebäuden sowie geschlossene Loggien im Nahbereich verstanden werden. Hierbei ist anzustreben, dass solche schallabschirmenden Maßnahmen so dimensioniert werden, dass sie eine Minderung des Verkehrslärm-Beurteilungspegels um das Maß der Überschreitung des schalltechnischen Orientierungswertes gemäß Beiblatt 1 der DIN 18005-1 tags bewirken.

Abweichungen von den o. g. Festsetzungen zur Lärmvorsorge sind mit entsprechendem schalltechnischem Einzelnachweis über gesunde Wohn- und Aufenthaltsbereiche zulässig."

Y á!Á, ^ä•^}Ááæ!æ~Á@ã}ÉÁää••Á&@^!:~•c^|^}Áä•céÁää••ÁÓ^c! [~^}^Áç^!|ê••|ä&@Á~}áÁä}Á:~{~càæ!^!Á
Y ^ä•^ÁS^}c}ä•Áç [}Áä^}ÁQ} @æ|c^}Áç [}ÁÖQBEX [!•&@!ä-c^}Á~}áÁÜä&c|ä}ä^}Á^!|æ} *^}Á\4} }^}ÉÁ• [, ^ácÁ
ää^•^ÁX [!•&@!ä-c^}Á^ä} ^Ác^øc|ä&^ÁØ^•c•^c:~} *Á^!•cÁä^•cä { { ^}ÉÁÖ^ { :~ [|^Áä•cÁ^•Á^!- [!ä^!|ä&@ÉÁää••Á
ää^ÁÖ^ { ^ä} ä^ÁP [cc~|}Áää^ÁÖQBEB [! { ^}Á~}áÁÜä&c|ä}ä^}ÉÁæ~Áää^Áä}Ác^øc|ä&@^}ÁØ^•c•^c:~} *^}ÁÓ^É
:~ *Á^} [{ ^}Á, ä!äÉÁ:~!ÁX^!->*~} *Á~}áÁ:~!ÁÖä}•ä&@cÁä^!^ác@ê|céÁ• [, ^ácÁää^•^Á}ä&@cÁ|ä•cÁ!^&@c•É
, ä!\•æ { Á} ~à|ä:ä^!cÁ•ä}áÉÁÖä^Á^}c•]!^&@^}ä^ÁÖä}•ä&@c { 4*|ä&@^ácÁä•cÁæ~Áä^!ÁÜ|æ}~!\~}ä^Áæ~ -:~à!ä}É
*^}ÉÁPä^!:~Áä•cÁ^ä}Á^• [}ä^!c^!ÁPä} , ^ä•Áä { ÁÓ^àæ~ } *•] |æ}Á: , ä} *^}áÁ^!- [!ä^!|ä&@ÉÁ



*' 9]bgW\}hn i b [' i bX'6Y i fhY] i b ['XYf' ; YkYfVY' }f a g]hi Uh]cb'

Ö^ { ê i Áâ^!Áç [|!â^*^ } â^ } Á•&@æ|c^&@ } â•&@^ } ÁW } c^!•~&@~ } *Á:~ { ÁÓ^àæ~ } *•] |æ } ÁB |ÉÁF Í FÁâ^!ÁÖ^É
{ ^â } â^ÁB [cc~ |} ÁZFI áÁ•â } âÁâ { ÁÓ^!^â&@Áâ^!Áâ^•c^@^ } â^ } ÁY [@] à^àæ~ } *Á^ } c|æ } *Áâ^!ÁÖæi~] ^!ÁÜc!æ i ^ÉÁ
, ^|&@^!â&@Áâ { ÁÖ^|c~ } *•à^!^â&@Áâ^!ÁÓ^àæ~ } *•] |æ } ^!B |ÉÁF Í FÁâ^!â } â^ } ÁÓ^!c^|~ } *•] ^*^!Áç [} Áâ•Á
:~ Á | JÁÁÓÇCEDÁâ { ÁVæ*^•: ^âc!æ~ { Á:~ Á^! , æ!c^ } ÉÁÜ [{ áçÁ , â!â^!â^!Áâ^!ÁQ { { â••â [} •!â&@c , ^!c^!>!ÁCE|| *^ { ^â } ^Á
Y [@] *^â^c^!>à^!•&@!âcc^ } Á~ } âÁâ^!ÁQ { { â••â [} •!â&@c , ^!c^!>!Á Tâ•&@ *^â^c^!Áâ } *^@æ|c^ } ÉÁÖâ^!ÁÓ^!^&@É
}~ } *•^! *^à } â••^!à^: â^@^ } Á•â&@Áâ^!à^âæ~ -Áââ^!ÁÓ^!c^|~ } *Á { áçÁâ^ { ÁÜ&~c:æ } •] |~&@Áâ } ^!Á Tâ•&@É
*^â^c^!ÉÁ , â^!^!Áâ { Áââ•|æ } *Á!^&@c•\!ê-câ*^ } ÁÓ^àæ~ } *•] |æ } ÁB |ÉÁ FÁâ { Á^ } c•] |!^&@^ } â^ } ÁÓ^!^â&@Á-^•cÉ
*^•^c: cÁâ•cÉÁÖ^ { } æ&@Á•â } áÁâ { ÁÜæ@ { ^ } Áâ^!Á•&@æ|c^&@ } â•&@^ } ÁW } c^!•~&@~ } *Á->!Áââ^!Á^ } c•] |!^&@^ } â^ } Á
•&@>c: ^ } • , ^!c^ } ÁB~c:~ } *^ } Áæ } Áâ^!ÁÖæi~] ^!ÁÜc!æ i ^Á\^â } ^ÁÜ~@^: ^âc^ } :~ •&@|ê *^Áà^!> & \ â&@câ*^ cÁ
, [!â^ } ÉÁ

• à^!•&@|ê *^ÁÉÁ@â^!Á } â&@cÁ } ê@^!Áâ [\ { ^ } câ^!c^ÉÁÓ^!^&@ } ~ } *^ } Á@æà^ } Á^: ^â *cÉÁâæ••Áâ^!Áâ } ^!ÁÓ^É
!>&\ â&@câ*~ } *Áâ^!ÁÜ~@^: ^âc^ } :~ •&@|ê *^Á*^ { ê i ÁTÉ Í Áâ^!ÁVCEÁŠé! { ÁZFááæ~ &@Áâ } ^Á • à^!•&@!^âc~ } *Áâ^!Á
Q { { â••â [} •!â&@c , ^!c^!>!Á Tâ•&@ *^â^c^!ÁÉÁÓÇCEDÁ:~ Á^! , æ!c^ } Á , ê!^ÉÁ

W } c^!Áâ^!ÁÓ^!>&\ â&@câ*~ } *Á•^âc^ } •Áâ^!ÁÖ^ { ^â } â^ÁB [cc~ |} ÁZFGááæ } *^•c!^âc^ } ÁCE~• , ^â•~ } *Áâ^!ÁÜ|æ } É
*^â^c^!Áæ|Á|ê! { ç [|à^|æ•c^c^!ÁCE|| *^ { ^â } ^•ÁY [@] *^â^c^!ÉÁâ } Áâ^ { Áâ } ÁÓ^:~ *Áæ~ -ÁÖ^ , ^!à^|ê! { â { { â•É
•â [^ } Á^â } ^Á • à^!•&@!^âc~ } *Áâ^!Á->!ÁCE|| *^ { ^â } ^ÁY [@] *^â^c^!Á:~ |ê•â*^ } ÁQ { { â••â [} •!â&@c , ^!c^!Áââ•Á
@â } Á:~ Áâ^ } ÁQ { { â••â [} •!â&@c , ^!c^ } Á->!Á Tâ•&@ *^â^c^!Á [@] ^ÁCE } , ^ } â~ } *Áâ^!ÁÜ~@^: ^âc^ } :~ •&@|æ *^•Á
*^ { ê i ÁTÉ Í Áâ^!ÁVCEÁŠé! { ÁZFáÁ:~ *^|æ••^ } Á , ^!â^ } Á• [|ÉÁ•â } áÁæ~ -Áâ^!ÁÖ!~ } á|æ *^Áâ^!Áç [|!â^*^ } â^ } Á
•&@æ|c^&@ } â•&@^ } ÁW } c^!•~&@~ } *ÁZFI áÁ\^â } ^Á~ } :~ |ê•â*^ } ÁÖ^ , ^!à^|ê! { â { { â••â [^ } Áâ { ÁÜ|æ } *^â^c^!
:~ Á^! , æ!c^ } ÉÁ



+ 6YfYW\b i b [g! i bX`6Y i fhY] i b [g [f i bX`U [Ybz`@]hYfUhi f`

Ø>!Áâ^ÁÒ! { äcc| } *Á~ } áÁÓ^~!c^ä|~ } *Áâ^!ÁÕ^!ê~ •&@~äc~æcä [] Á , ^!á^}Á- [|*^} á^ÁB [! { ^} ÉÁÜ&@c|ä} ä^} ÉÁ X^! [!á} } *^} Á~ } áÁW} c^!|æ*^} Á@^!æ} *^: [*^} KÁ

@]hYfUhi f`	6YgW\fy]V i b [`	8Uhi a`
ŽFáÁ VCEÁŠe! { Á	Û^&@~c^ÁCE *^ { ^ä } ^ÁX^! , æ c~ } *•Eç [!É •&@!ä-cÁ: ~ { ÁÓ~ } á^•EQ { { ä••ä [] ••&@~c: É *^•^c: Á ÇV^&@} ä•&@^ÁCE} ^äc~ } *Á: ~ { ÁÜ&@~c: ÁÁ *^*^} ÁŠe! { ÁÉÁVCEÁŠe! { DÁ	GÎÉÁCE~*~•cÁFJJ!Á ÉÁ*^ê} á^!c^ÁØæ•É •~ } *ÁÇ [{ ÁÁ €FÉÁR~ } áÁG€F!Á { äcÁS [! !^c~!ÁÇ [{ Á €TÉÁR~ äÁG€F!ÁÉÁ
ŽGáÁ ÜŠÜÈFJÁ	Üä&@c ä} ä^} Á->!Áâ^} ÁŠe! { •&@~c: Áæ} ÁÁ Ûc!æ i ^} Á ÇÖ^!ÁÓ~ } á^• { ä} ä•c^!Á->!ÁX^!\^@!DÁ	G€FJÁ
ŽHáÁ FÎÉÁÓQ { Ü&@XÁ	Û^&@: ^@} c^ÁX^! [!á} } *Á: ~!ÁÖ~!i&@->@É !~ } *Áâ^•ÁÓ~ } á^•EQ { { ä••ä [] ••&@~c: *^É •^c: ^•ÁÇX^!\^@!• ê! { •&@~c: Ç^! [!áÉÁ }~ } *ÁÉÁFÎÉÁÓQ { Ü&@XDÁ ÉÁ*^ê} á^!cÁá~!&@ÁCE!cÉÁFÁXÁÇ [{ Á €IÈFFÈG€G€ÁQÁGHHI ÁÇÜŠÜÈFJDÁÉÁ	FGÉÁR~ } áÁFJJ€Á ÉÁ*^ê} á^!c^ÁØæ•É •~ } *ÁÇ [{ Á €IÈFFÈG€G€ÁÉÁ
ŽIáÁ XŠe! { Ü&@ÜÁJ!Á	Üä&@c ä} ä^} Á->!Áâ^} ÁX^!\^@!• ê! { •&@~c: Á æ} ÁÓ~ } á^•-^!} •c!æ i ^} Áä} Áâ^!ÁÓæ~ æ•cÁ á^•ÁÓ~ } á^•Á	CE~*•æ^ÁFJJ!Á



ŽÍáÁ	ÖQpÁFì€ÉíĚFÁ	Ù&@æ •&@~c:Áã { ÁÙcêâc^àæ~Á V^ã ÁFKÁÖ!~ }ã æ*^}Á~ }ãÁPã} , ^ã•^Á->!Á ãã^ÁÚ æ}~ }*Á	R~ ãÁG€GHÁ
------	--------------	---	------------

ŽÍáÁ	Ó^ãà æccÁFÁ:~ÁÖQpÁFì€ÉíĚFÁ	Ù&@æ •&@~c:Áã { ÁÙcêâc^àæ~ÁĚÁÁ Ó^ãà æccÁFKÁÙ&@æ c^&@}ã•&@^ÁU!ã^}Ě cã^!~ }*• , ^!c^Á->!Áãã^Á•cêâc^àæ~ ã&@^Á Ú æ}~ }*Á	R~ ãÁG€GHÁ
------	----------------------------	---	------------

ŽÍáÁ	ÖQpÁIFĚJĚFÁ	Ù&@æ •&@~c:Áã { ÁP[&@àæ~ÁĚÁÁ V^ã ÁFKÁTã}ã^•cæ}~[!ã^!~ }*Á	Ræ}~æ!ÁG€FÌÁ
------	-------------	---	--------------

ŽÌáÁ	ÖQpÁIFĚJĚGÁ	Ù&@æ •&@~c:Áã { ÁP[&@àæ~ÁĚÁÁ V^ã ÁGKÁ!^&@}^!ã•&@^ÁPæ&@ , ^ã•^Áã^!Á Ò!-> ~ }*Áã^!ÁcĚ}~[!ã^!~ }*^}Á	Ræ}~æ!ÁG€FÌÁ
------	-------------	---	--------------

ŽJáÁ	Ù[~ }ãÚŠĚPÁŌ { àPĚÁÁ ĪFÍGGÁÓæ&\}æ} *Á	Q { {ã••ã[]•}![*] [•^• [-c, æ!^ÁÁ Ù[~ }ãÚŠĚPĚÁX^!•ã []ÁĪĚGÁ	HFĚ€ĤĚG€GHÁ
------	--	--	-------------

ŽF€áÁ	UXŌÁP[!ã!@^ã}ĚY^•c-æ ^}Á	W!c^ã Á. ÁF€ÁŌÁHFDFĪĚPŌÁ	€ĪĚ€ĪĚG€G€Á
-------	--------------------------	--------------------------	-------------



	Nig}hn`jW\Y`6Yi fhY] i b[g! [fi bX`U[Yb`	6YgW\fy]V i b[`	8Uhi a`
ŽFFáá	Uic•c^! { ā}Á	Œ~}æ@ { ^Áâ!Á4!c!â&@^}ÁŒ^*^à^}Ë @^âc^}ÁÁ	FHÈFÈÈGEGFÁÁ
ŽFGáá	Œ^ { ^â}â^ÁB [cc~ }ÉÁ ŒËTæâ!•Á~}âÁV^ ^- [}æc^ÁÁ	ŒE} *æâ^}Á: ~!ÁÚ!æ} ~} *ÉÁŒ^ c~} *•à^Ë !^â&@ÉÁ• [}•câ^ÁŒEà•câ { { ~} *^}ÉÁ~ { Ë â^*^}â^Áà: , ÉÁà^•c^@^}â^ÁŒ^àæ~Ë ~} *•] ê} ^ÉÁ: à^! { âcc ~} *Áç [}ÁX^!Ë \^@!•~}c^!•~&@~} *^}Á~}âÁŒ~cæ&@Ë c^}Á: ~ { ÁŒ^àæ~} *•] æ}ÁB!ÉÁF ÍFÁ	ŒE~*~•cÁGEGFÁÉÁ R~ âÁGEGHÁ
ŽFHáá	Šæ}â\!^â•ÁŒ [^•~^ âÁ	Ūc^ ~} *}æ@ { ^Á: ~!ÁŒ^•c^•c: ~} *Á^âË }^•ÁŒE *^ { ^â} ^}ÁY [@} *^ââ^c^Á { âcÁ Šê! { ç [!â^ æ•c~} *Á	FHÈFÈÈGEGGÁ
ŽFI áá	Z^&@ÁQ} *^}â^~! *^•^ •&@æ-cÁ { àPÁ	Ū&@æ c^&@}â•&@^!ÁŒ^!â&@cÁB!ÉÁ ŠŠFHH ÍHÈFÈÈGÁ: ~ { ÁŒ^àæ~} *•] æ}Á B!ÉÁF ÍFÁÁŒâ} \æ~••à^!^â&@ÁŪ@ [â^Ë] æc: ÁÁâ}ÁI ÌHÈFÁB [cc~ }ÁÁ	HÈÈÈÌÈGEGÉÁ
ŽFÍ áá	}c^ÁQ} *^}â^~! *^•^ •&@æ-cÁ { àPÁ	X^!\^@!•c^&@}â•&@^ÁW}c^!•~&@~} *Á W { àæ~Á~}âÁŒ! , ^âc^!~} *Áâ^•ÁŒâ} : ^ Ë @æ}â^!•à^!^â&@^•ÁŒ!æ} : ÈŪ@ [â^Ë Ū æc: ÁÁâ}ÁB [cc~ }Á	ÈÌÈÈÌÈGEGÉÁ
ŽFÎ áá	ŪPÚÁQ} *^}â^~! ^Á	ŒE\c~æ â•â^!~} *Áâ^•ÁX^!\^@!• { [â^ •Á Œ^ { ^â}â^ÁB [cc~ }ÁÁ Ū [@âæc^}Áâ^!ÁX^!\^@!•à^ æ•c~} *^}Á	Œ^: ^ { à^!Á GÈFJÁÁ ŒE] âÁGEGÉÁ



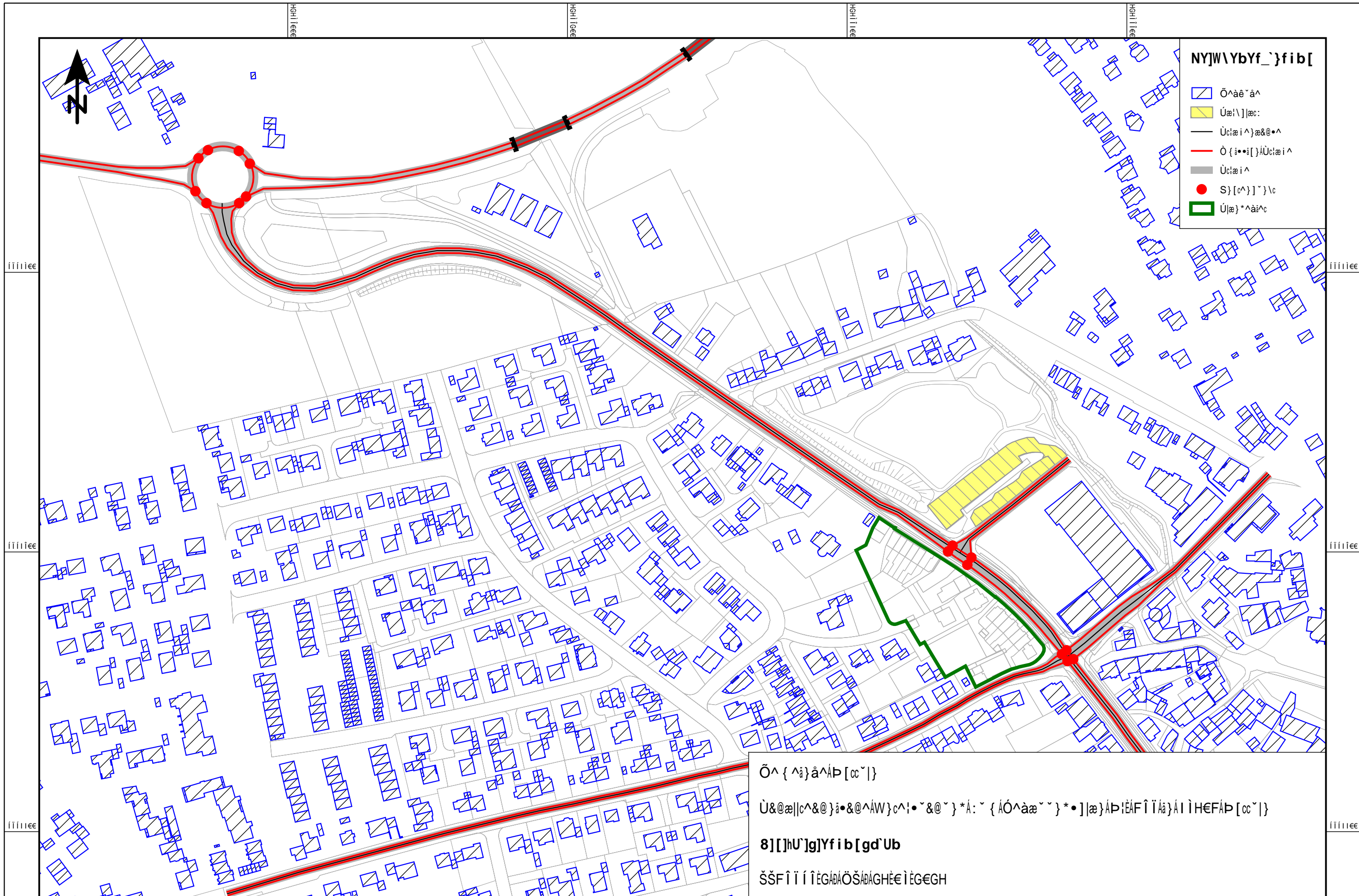
, ' 5b`U[Yb`

- Œ} | æ * ^ Á F K Á Ö ä * ä c æ | ä • ä ^ ! ~ } * •] | æ } Á
- Œ} | æ * ^ Á G K Á Ò { ä • • ä [] • ä æ c ^ } Á X ^ ! \ ^ @ ! • | ê ! { Á
- Œ} | æ * ^ Á H K Á X ^ ! \ ^ @ ! • | ê ! { • ä c ~ æ c ä [] K Á H Á - æ ! ä ä * ^ Á Ü æ • c ^ ! | ê ! { \ æ ! c ^ } Á
- Œ} | æ * ^ Á I K Á Š ê ! {] ^ * ^ | ä ^ ! ^ ä & @ ^ Á
- Œ} | æ * ^ Á Í K Á Ú | æ } ~ } * • * ! ~ } á | æ * ^ Á { ä c Á Ö ^ ! c ~ } * • ä ^ ! ^ ä & @ Á



Œ} |æ* ^ÁFKÁ

Öä* äcæ|ä•ä^!~ } *•] |æ}Á



NY]W\YbYf_)fib[

- Ō^æ~á^
- Úæ\]|æ:
- Úcæi^}æ&@^
- Ō { ä•ä[]^Úcæi^
- Úcæi^
- S}[c^}]^}\c
- Úæ)^^äá^c

Ō^ { ^ä} ä^ÁP [cc~|}

Ú&@æ|c^&@}ä•&@^ÁW}c^!•~&@~} *Á:~ { ÁŌ^äæ~} *•]æ}ÁP:ÉÁFîîÄä}ÁiîHEFÁP [cc~|}

8] [hU'g]Yf i b [gd'Ub

ŠŠFîîîîEGÁDÁÖŠÁDÁGHÉÉîÉGEGH

ZÒÔPÁQ} *^}ä^~! *^•^|•&@æ-cÁ { àPÁÉÁP^••^} , ^*ÁHîÁÉÁI JîÉJÁŠä} *^}ÁÉÁV^|ÉKÁÉíJFÁDÁîÁÉÉÁFîÁÉÁÉ

5' AU£ghUV%.&))\$\$

€ FE GE I€ I€ I€

5b`U[Y'%

101

Á



Á

Œ} | æ* ^ Á G K Á

Ò { ã • • ã [] • ã æ c ^ } Á X ^ ! \ ^ @ ! • | ê ! { Á

Á

Á

; Y a Y]bXY`Bch i `b`6!D`Ub`Bf"%"*+
9]b [UVYXUhYb`GhfU£Y

Úcæci []á^~* \ {	ÖVX S:;DGI@	Øæ@! : ^~*É c^]	TÇVD S:;@	X^!\^@! : ;æ@] ^ } TÇPD S:;@ JÇVD Ā JÇPD Ā			Ö^•&@ , ä) äi* \^ic ççVD \ { @ ççPD \ { @			Úcæ i ^ } [á^!- é&@^ V^]	S) [c^] ~ } \c Cèa•cæ) á {	T^@!-æ&@ T ä) ÁDÁ Tæø áÓÇED	Úc^i*~* T ä) ÁDÁ Tæø Ā	Ö { ä••ä [] • } ^ ^ \ Š , ççVD Š , ççPD áÓÇED áÓÇED															
Öæ!~] ^!^Úcæ i ^ ÁÉÁÚ>á															X^!\^@! : ;æ@c^ } *KÓ^ä^ÁÜ&@c^ } *^ ^ }														
€€€€	îî€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	HÍ ÎÉF îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c	Š&@c: ^; &@^ } *^!^*^ ^	€ÁÉAFGE	É	FÉÍÁÉÁHÉG	î JÉÍÁÉÁ T GÉÍ	î FÉÍÁÉÁ T HÉÍ														
€ÉFGî	îî€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	HÍ ÎÉF îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c		É	É	FÉÍÁÉÁ T ÉÍ	î JÉÍÁÉÁ T €É	î FÉÍÁÉÁ T FÉÍ														
€ÉÍFî	îî€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	HÍ ÎÉF îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c	S!^;ç^!^!^@!	î ÁÉAFGE	É	ÉGÉÍÁÉÁGÉH	î JÉÍÁÉÁ T FÉÍ	î FÉÍÁÉÁ T HÉÍ														
Öæ!~] ^!^Úcæ i ^ ÁÉÁÚ>á ÁDÁP4:á]ÉÁÚa^!•c [& \^ { ^!^Y^* }															X^!\^@! : ;æ@c^ } *KÓ^ä^ÁÜ&@c^ } *^ ^ }														
€€€€	îî€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	IHÍÉF îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c	Š&@c: ^; &@^ } *^!^*^ ^	€ÁÉÁ Í	É	ÉFÉÍÁÉÁFÉF	î GÉÍÁÉÁ T ÉF	î HÉÍÁÉÁ T ÉÍ														
Öæ!~] ^!^Úcæ i ^ ÁÉÁÚ>á ÁDÁÚ>á]ÉÁÚa^!•c [& \^ { ^!^Y^* }															X^!\^@! : ;æ@c^ } *KÓ^ä^ÁÜ&@c^ } *^ ^ }														
€ÉFéî	î J€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	I J JéÉ îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c	Š&@c: ^; &@^ } *^!^*^ ^	€ÁÉAFGE	É	ÉFÉGÁÉÁFÉH	î FÉÍÁÉÁ T ÉF	î GÉJÁÉÁ T ÉÍ														
€ÉGHH	î J€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	I J JéÉ îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c		É	É	É	î FÉF	î GÉJ														
P^!^ä~!•c:æ i ^															X^!\^@! : ;æ@c^ } *KÓ^ä^ÁÜ&@c^ } *^ ^ }														
€€€€	í€€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	Gî íéî îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c		É	É	É ÍÉGÁÉÁFÉJ	î ÍÉÍÁÉÁ T ÉJ	î €ÉÍÁÉÁ T €É														
€€€ÍH	í€€€	Ú \, Š \, F Š \, G S:æâ	Gî íéî îéî É	ííéî ééî É	Jîéî Féî É	Jîéî Féî É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^ *^!ä~^ c^!^!Ö~••æ•] @æ c	Š&@c: ^; &@^ } *^!^*^ ^	€ÁÉAFGE	É	É ÍÉGÁÉÁFÉJ	î ÍÉJÁÉÁ T FÉJ	î €ÉÍÁÉÁ T HÉJ														

GHÉÉÍÉGECH ŠŠFÍÍÍÉGÁDÁÖŠ	ZÒÔPÁQ } *^ } ä^! ^*^•^ •&@æ-cá { áPÁÁP^••^ } , ^*^HÍÁÁÍJì€JÁŠä } *^ } ÁÇÉÍÁJFDÁì€€FÍÉ€	CE) æ*^ÁGÉF Ú^ic^ÁFç [] ÁH
-----------------------------	--	---------------------------------

; Y a Y]bXY`Bch i `b`6!D`Ub`Bf"%"*+
9]b [UVYXUhYb`GhfU£Y

Úcæci []á^!~* \ {	ÖVX S: :DGI@	Øæ@! : ^~*É c^]	TÇVD S: :D@	TÇPD S: :D@]ÇVD Å]ÇPD Å	çÇVD \ {D@	çÇPD \ {D@	Úcæi ^] [á^!- é&@^	S] [c^] ~ } \ c V^]	T^@!-æ&@ Tá] ÁDÁ Tæø	Úcæi ~*~* Tá] ÁDÁ Tæø	Ö { á~*á [] ^ ^ \ S: çÇVD	S: çÇPD áÖÇCED
Ø!æ : ÉÜ@ [á^!Ü]æc :														
X^! \ ^@! : í&@c^ } *KÓ^!á^!Ü&@c^ } *^ ^ }														
€€€€	Gí€€	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	Fíí€€ GÉí HÉí É	ÍÉH €ÉH €Éí É	Jííí FÉí GÉ€ É	ííÉJ ííí ííí É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	S&@c: ^!&@^ } ^!^!^! €ÁÉAF€í	É	€Éí ÁÉAGÉJ	ííÉ€ÁÉÁí JÉí	ííÉJÁÉÁí íÉí
Uá^!c [& \ { ^! Á Y ^* }														
X^! \ ^@! : í&@c^ } *KÓ^!á^!Ü&@c^ } *^ ^ }														
€€€€	Hí€€	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	FJíí€€ FÉ€ FÉí É	HÉíí €ÉF €ÉG É	Jííí €Éí €Éí É	JJÉF €Éí €Éí É	H€ H€ H€ H€	H€ H€ H€ H€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	S&@c: ^!&@^ } ^!^!^! €ÁÉAFG€	É	FÉHÁÉAF€ÉF	ííÉGÁÉÁí íÉí	ííÉ€ÁÉÁí JÉH
€ÉFGF	Hí€€	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	FJíí€€ FÉ€ FÉí É	HÉíí €ÉF €ÉG É	Jííí €Éí €Éí É	JJÉF €Éí €Éí É	H€ H€ H€ H€	H€ H€ H€ H€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	É	É	€Éí ÁÉAGÉH	ííÉG	ííÉ€
SXS														
X^! \ ^@! : í&@c^ } *KÓ^!ÁÖ^*~*~*]@æ c }														
€€€€	Féíí€	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	íííí€€ Fííí HííJ É	JÉ€G ÍÉH FFÉí É	JFÉí GÉí ííí É	íííí ííí Féíí É	F€€ í€ í€ F€€	F€€ í€ í€ F€€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	S!^!ç^! \ ^@! €ÁÉAFF	É	ÉHÉí ÁÉAGÉF	ííÉí ÁÉÁí JÉí	ííÉ€ÁÉÁí HÉí
€€€Hí	Féíí€	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	íííí€€ Fííí HííJ É	JÉ€G ÍÉH FFÉí É	JFÉí GÉí ííí É	íííí ííí Féíí É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	S!^!ç^! \ ^@! €ÁÉAFG	É	ÉHÉí ÁÉÁí JÉJ	ííÉí ÁÉÁí íÉí	ííÉJÁÉÁí €H
ÓÁí Gí ÁÉÁÜ&@c^ } *^ ^ [c^] }														
X^! \ ^@! : í&@c^ } *KÓ^!ÁÖ^*~*~*]@æ c }														
€€€€	ííJí	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	Héíí€€ ÍÉH Fíí€ É	IJÉí HÉ€ ííí É	JGÉí GÉG ííí É	íííí ííí JÉí É	F€€ í€ í€ F€€	F€€ í€ í€ F€€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	É	É	FÉG	íííí	íííJ
€ÉíHí	ííJí	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	Héíí€€ ÍÉH Fíí€ É	IJÉí HÉ€ ííí É	JGÉí GÉG ííí É	íííí ííí JÉí É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	É	É	ÉFÉí	ííÉJ	íííí
€ÉíFí	ííJí	Ú \, Š \, F Š \, G S!æá	Héíí€€ ÍÉH Fíí€ É	IJÉí HÉ€ ííí É	JGÉí GÉG ííí É	íííí ííí JÉí É	í€ í€ í€ í€	í€ í€ í€ í€	P&@c^!á^!- c^!áÖ^*~*~*]@æ c	S!^!ç^! \ ^@! ííÁÉAFG€	É	ÉFÉí ÁÉÁí JÉF	ííÉí ÁÉÁí HÉí	ííÉí ÁÉÁí íÉí

GHÉ€íÉ€GH ŠŠFííííEGDÁÖŠ	ZÒPÁQ } ^] á^! ^! ^! ^! • & @æ-cá { áPÁAP^••^ } , ^* AHí ÁÁí Jí €JÁŠá } ^ ^ } ÁÇ€í ÁJFDÁí €€FíÉ€	CE } æ^ ÁGÉF Ú^!ç^! ÁGç [] ÁH
----------------------------	---	-----------------------------------

; Y a Y]bXY`Bchh i`b`6!D`Ub`Bf"%*+
9]b[UVYXUhYb`Duf_d` }hnY

@Y[YbXY

Úæi\] æc:Á		Þæ { ^!á^•ÁÚæi\] æc:
Œ}:æ@ ÁÚc^] êc: ^		Œ}:æ@ ÁÚc^] êc: ^
ÞÁVæ*	FD@	Œ}:æ@ ÁÓ^ , ^*~ } *^ } Áb^ÁÚc^] æc: Á~ } áÁÚc~ } á^Áá { ÁZ^âcà^!^â&@
ÞÁÞæ&@c	FD@	Œ}:æ@ ÁÓ^ , ^*~ } *^ } Áb^ÁÚc^] æc: Á~ } áÁÚc~ } á^Áá { ÁZ^âcà^!^â&@
Úæi\] æc:æ!cÁ		Úæi\] æc:æ!c
Z~•&@ æ*ÁÚAV^]	áÓ	Z~•&@ æ*Á-> ÁÚæi\] æc:c^]
Š , É!^A	áÓÇCED	Ü^-^!^ } :^ { á••â [] A-> Á^â } ^ÁÓ^ , ^*~ } *Áb^ÁÚc^] æc: Á~ } áÁÚc~ } á^
Š , ÁVæ*	áÓÇCED	Ú&@æ ^â•c~ } *•] ^*^ Áá { ÁZ^âcà^!^â&@
Š , ÁÞæ&@c	áÓÇCED	Ú&@æ ^â•c~ } *•] ^*^ Áá { ÁZ^âcà^!^â&@

106

FÍ È GHÉÈÌ ÈGEGH
ŠŠFÍ Í Í Í ÈG ÐAÓŠ

ZÒÔPÁQ} *^ } á^~ ! *^•^|| •&@æ-cÁ { àPÁÁP^••^ } , ^*ÁHÌÁÁ | Jì€JÁŠá } *^ } ÁÇ€Í ÁJFDÁì€€FÍÈ€

Œ} |æ*^ÁGÈG
Ú^âc^ÁFÁÇ [] ÁG

U[~ } áUSÇÈÞÁÌÈG

Á



Á

Œ} |æ* ^ÁHKÁ

X^! \ ^@! • |ê! { • äc~ æcâ [] KÁHÁ-æ! àâ* ^ÁÜæ•c^! |ê! { \æ!c^ } Á

Á

Á

DY[Y' kYfhY

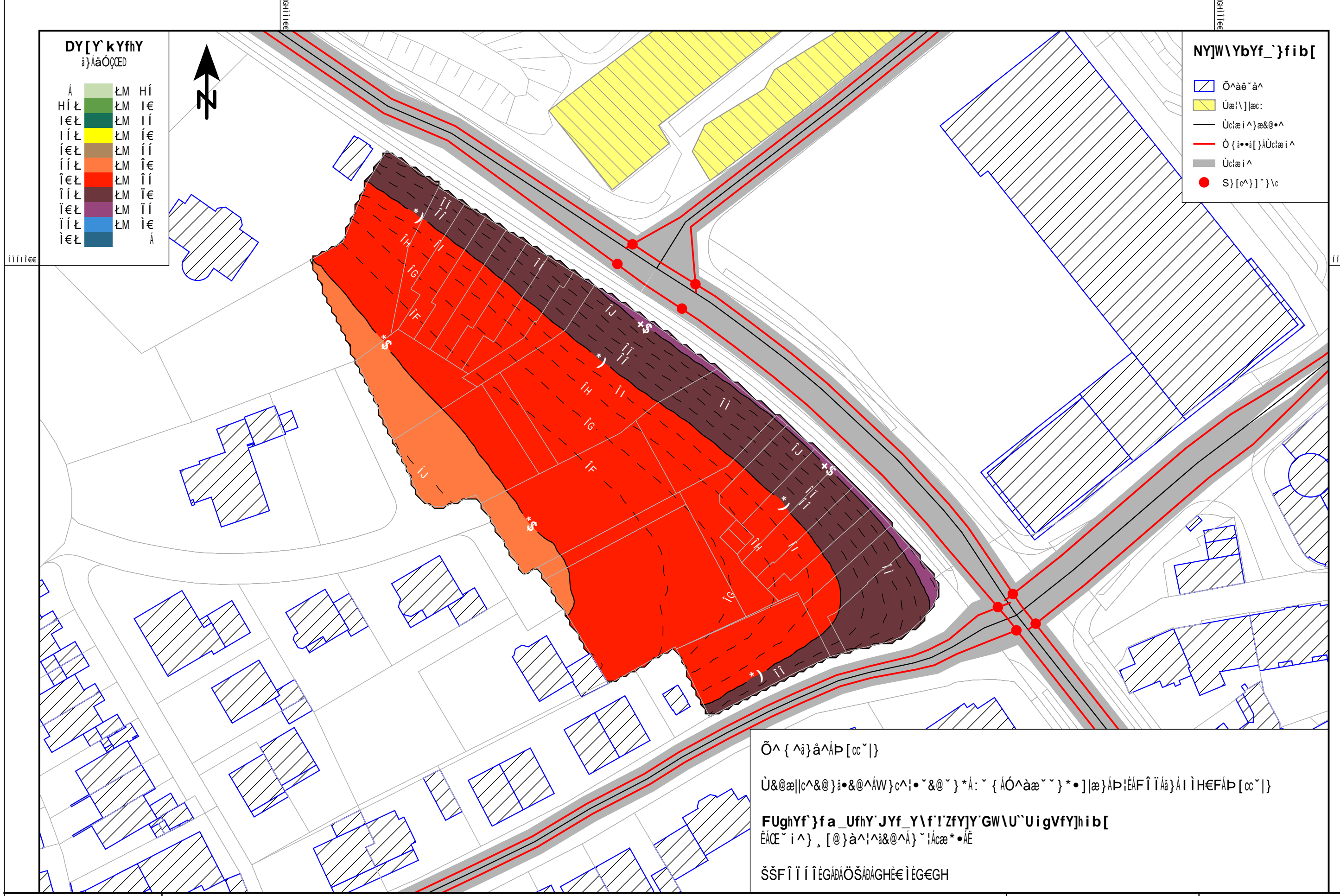
à}ÁaÓÇED

Á	LM	HÍ
HÍ	LM	IE
IE	LM	IÍ
IÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	Á



NY]W\YbYf_}fib[

- Ó^æ^á^
- Úæ\]æc:
- Úcæi^}æ&@^
- Ó{á•á[}ÁÚcæi^
- Úcæi^
- S}[c^}]^}c



Ó^ { ^ä } á^ÁP [cc^] }

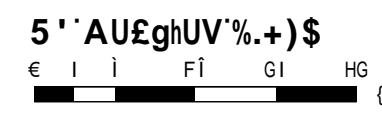
Ú&@æ|c^&@ } á•&@^ÁW } c^! • ~ &@ ~ } *Á : ~ { ÁÓ^æ ~ } *•] æ } ÁP : ÉÁF Î Áä } Á I HEFÁP [cc^] }

FUghYf } fa_UfhY' JYf_Y\ f ! ' ZfY] Y' GW\ U' UigVfY] hib [

ÉÁCE^ i ^ } , [@] à^! ^á & @^ Á } ~ ! Ácæ * • ÁÉ

ŠŠF î î î ÉGÁDÁ ÖŠÁDÁGHÉ€] ÉG€GH

ZÒÓPÁQ } *^ } á^ ~ ! * ^ • ^ | • & @ æ - cÁ { àPÁÉÁP^ • • ^ } , ^ * ÁHÍÁÉÁI JÌÉJÁŠä } *^ } ÁÉÁV^] ÉKÁÉI JFÁDÁI Á€€ÁFÍÁÉ€



5b^U[Y' ' "%

DY[Y' kYfhY
à}ÁaÓÇCED

Á	LM	HÍ
HÍ	LM	IE
IE	LM	IÍ
IÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	ÍÍ
ÍÍ	LM	ÍE
ÍE	LM	Á



NY]W\YbYf_}fib[

- Ó^æ~á^
- Úæ\]|æ:
- Úcæi^}æ&@^
- Ó{í•í[]ÁÚcæi^
- Úcæi^
- S}[c^}]~}\c

- u - v



Ó^ { ^ä } á^ ÁP [cc~]
 Ú&@æ||c^&@}ä&@^ÁW}c^!•~&@~} *Á:~ { ÁÓ^æ~ } *•]|æ}ÁP!ÉÁFîíÁä}ÁI ÌHEFÁP [cc~]
FUghYf}fa_UfhY'JYf_Y\f!'zfY'GW\U`UiGVfY]h i b[ÁÉÁFÈUÖÁÉ
 ŠŠFîííîÉGÁDÁÖŠÁDÁGHÉèìÉGEGH

ZÒÓPÁQ} *^}á^~! *^•^||•&@æ-cÁ { àPÁÉÁP^••^ } , ^*ÁHìÁÉÁI JìÉJÁŠä} *^}ÁÉÁV^|ÉKÁÉÍJFÁDÁIÁÉÉÁFîÁÉÁÉ

5' AU£ghUV%.%\$\$\$
 € ì Fì GÌ HG I€

5b'U[Y' "'&

Á



Á

Œ} | æ * ^ Á I K Á

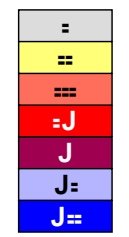
Š ê ! {] ^ * ^ | à ^ ! ^ ï & @ ^ Á

Á

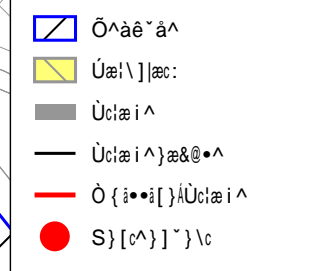
Á

Á

@}fadY[YVYfY]W\Y
bUW\`8-B'(%\$-



NY]W\YbYf_}fib[



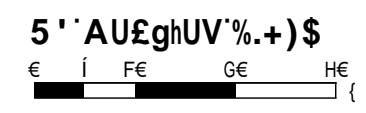
iiiiiee

iiiiiee

113

;YaY]bXY`Bch i`b
 Û&@æ||c^&@}i•&@^ÁW}c^!•~&@~} *Á:~ {ÁÓ^àæ~} *•]|æ}ÁP iÉÁF i Áa}ÁI i HÉFÁP [cc~|}
 @}fadY[YVYfY]W\Y [Ya}£`8-B'(%\$-
 Ó^:~*•@4@^KÁ@M i É Á { ÁÇGÉÁUà^! *^•&@ [••D
 ŠŠF i i i ÉGÁDÁÖŠÁDÁGHÉ€ i ÉGEGH

ZÒÔPÁQ} *^}â^~! *^•^||•&@æ-cÁ { àPÁÉÁP^••^} , ^*ÁH i ÁÉÁI J i ÉJÁŠa} *^}ÁÉÁV^|ÉKÁ€ i JFÁDÁI Á€€ÁF i ÁÉÁ€



5b`U[Y' (

Á



Á

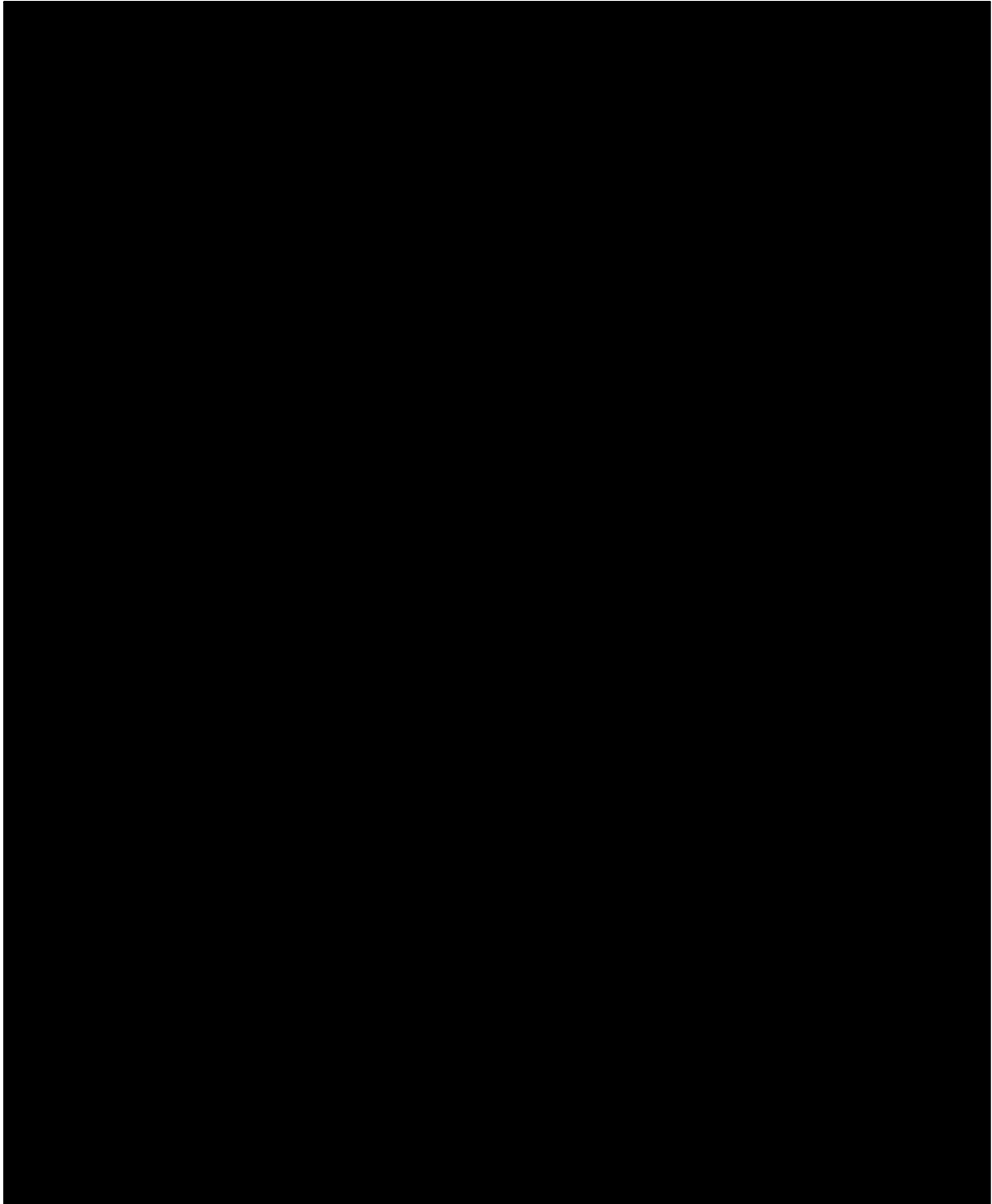
Œ}|æ*^ÁÍKÁ Ú|æ}~}*•*!~}á|æ*^Á {âcÁÕ^|c~}*•â^!^â&@Á

Á

<p>Kreis Coesfeld Friedrich-Ebert-Str. 7 48653 Coesfeld 1:2000</p>	<p>Planauskunft GIS Portal Kreis Coesfeld</p> 	<p>R</p>	<p>Bearbeiter: Elisa Mütterig Datum: 16.01.2023 Uhrzeit: 15:43</p>
---	---	----------	--

5754727

386275



386275

5754287

Maßstab: 1:2000  Meter



Tagesordnungspunkt:

Anregung gemäß § 24 GO NW – Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“, im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Beschlussvorschlag:

1. Der Abwägung der zur 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Übernahme der Planungskosten sowie zur Erbringung benötigter Gutachten ist ein städtebaulicher Vertrag mit dem Vorhabenträger geschlossen worden. Für die Gemeinde Nottuln sind somit lediglich interne Personalkosten zur Erbringung der hoheitlichen, nicht umlagefähigen Aufgaben zur Betreuung des Verfahrens entstanden.

Klimatische Auswirkungen:

Durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen wie im Sachverhalt beschrieben, wird eine weitere Bodenversiegelung ermöglicht. Wachsende Bodenversiegelungen begünstigen u.a. die Ausbildung von Hitzeinseln und verschlechtern im Allgemeinen den Oberflächenabfluss. Gleichzeitig ist die zu erwartende Bautätigkeit mit Auswirkungen auf den Naturhaushalt verbunden. Im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB werden Umweltbelange weniger dezidiert aufgearbeitet als im Regelverfahren. Der naturschutzrechtliche Ausgleich entfällt.

Vorlage Nr. 047/2023/1

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung		
Ausschuss Planen und Bauen	01.10.2024	öffentlich		
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten
Rat	29.10.2024	öffentlich		
	Beratungsergebnis			
	einstimmig	ja	nein	enthalten

gez. Dr. Thönnnes

Vorlage Nr. 047/2023/1

Sachverhalt:

Zur Realisierung der Bürgeranregung aus der VL 047/2023 hat der Rat der Gemeinde Nottuln am 02.05.2023 das Verfahren zur 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ eingeleitet. Gegenstand der Bebauungsplanänderung ist eine Änderung der überbaubaren Grundstücksfläche auf dem Flurstück, wodurch eine bessere bauliche Ausnutzbarkeit der Grundstücksfläche ermöglicht wird.

Im Rahmen der frühzeitigen Information über Ziele und Zwecke der Planung gem. § 13 a BauGB sind die Planunterlagen in der Zeit vom 29.06.2023 sowie einschließlich dem 14.07.2023 ebenso in der Zeit vom 22.07.2024 bis zum 20.08.2024 zur formellen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Träger öffentlicher Belange gem. § 7 (2) öffentlich ausgelegt worden.

Nach Durchführung aller verfahrensrechtlich notwendigen Schritte kann das Verfahren nun durch den Satzungsbeschluss über die Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ zum Abschluss gebracht werden. Details sind der Planzeichnung (Anlage 2) und der Begründung (Anlage 3) zu entnehmen.

Anlagen:

- Anlage 1: Abwägung zur 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“
- Anlage 2: Planzeichnung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“
- Anlage 3: Begründung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“

Verfasst:
gez. Steinhoff, Lea

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch

Ö 4.2

Abwägungstabelle (Stand: 09.09.2024)

Verfahrensart: Bebauungsplan
Verfahrensname: Nr. 7 "Schapdetten Süd Ost" - 24. Änderung
Verfahrensschritt: Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB
Zeitraum: 22.07.2024 - 20.08.2024

Nr.	Behörde	Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
1	Bezirksregierung Münster: Dezernat 33 (Ländliche Entwicklung, Bodenordnung)	Erstellt am: 25.07.2024 Gegen die Planung bestehen seitens der Bezirksregierung Münster, Dezernat 33, Flurbereinigungsbehörde, keine Bedenken hinsichtlich Flurbereinigung und Agrarstruktur.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
2	Deutsche Telekom Technik GmbH: West PTI 15	Erstellt am: 21.08.2024 (...) Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen den vorgelegten Bebauungsplan Nr. 7 "Schapdetten Süd Ost-24" bestehen grundsätzlich keine Einwände. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus den beigefügten Lageplänen ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der	Die Stellungnahme, dass grundsätzlich keine Einwände bestehen, wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

		<p>Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - sind betroffen.</p> <p>Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Telekommunikationslinien in ihrem Bestand und in ihrem weiteren Betrieb gefährdet sind. Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplanes so gering wie möglich gehalten werden.</p> <p>Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen: Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Wir bitten deshalb, konkrete Maßnahmen so auf die vorhandenen Telekommunikationslinien abzustimmen, dass eine Veränderung oder Verlegung der Telekommunikationslinien vermieden werden kann.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p> <p>Weitere Kabelauskünfte erhalten Sie unter der E-Mail-Adresse Planauskunft.West1@telekom.de oder im Internet</p>	<p>Der Hinweis, dass sich im Plangebiet Telekommunikationsleitungen der Telekom zur Versorgung der vorhandenen Bebauung befinden, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Bitte zur Gewährleistung und Betrieb der bestehenden Leitungen betrifft nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes, wird jedoch im konkreten Baugenehmigungsverfahren berücksichtigt.</p>
3	Emschergenossenschaft / Lippeverband: Poststelle	<p>Erstellt am: 14.08.2024</p> <p>(...) gegen die o. g. Bebauungsplanänderung bestehen unsererseits keine Bedenken und keine Anregungen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.</p>

4	GELSENWASSER Energienetze GmbH - Betriebsdirektion Münsterland	Erstellt am: 22.07.2024 (...) wir danken Ihnen für die Beteiligung am o.g. Verfahren und dürfen Ihnen mitteilen, dass unsererseits keine Anregungen dazu bestehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
5	Gemeinde Havixbeck: Fachbereich IV - Planen, Klimaschutz, Mobilität und Bürgerservice	Erstellt am: 20.08.2024 (...) vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22.07.2024 mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange gem. der §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem § 2 Abs. 2 BauGB. Nach Prüfung der Unterlagen werden seitens der Gemeinde Havixbeck hierzu keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht. Besondere Anforderungen an den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung werden nicht gestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
6	Gemeinde Nottuln: Ordnungsamt	Erstellt am: 12.08.2024 Für den Planbereich sind keine Belastungen auf Kampfmittel aufgrund der Auswertung der entsprechenden Luftbilder erkennbar. Insofern sind keine weiteren Maßnahmen erforderlich. Es sind die allgemeinen Regeln für Erdarbeiten bei Eingriffen ins Erdreich zu beachten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
7	Gemeinde Senden: Fachbereich IV-Planen, Bauen und Umwelt	Erstellt am: 23.07.2024 (...) vielen Dank für die Beteiligung zu diesem Bauleitplanverfahren. Seitens der Gemeinde Senden werden hierzu keine Bedenken vorgebracht.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
8	Handwerkskammer Münster (Wirtschaftsförderung)	Erstellt am: 16.08.2024 (...) im Rahmen unserer Beteiligung an der Aufstellung sowie öffentlichen Auslegung der Änderung o. g. Bebauungsplanes tragen wir gemäß §§ 4 (2) und 3 (2) BauGB keine Anregungen vor. Zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB stellen wir keine Anforderungen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

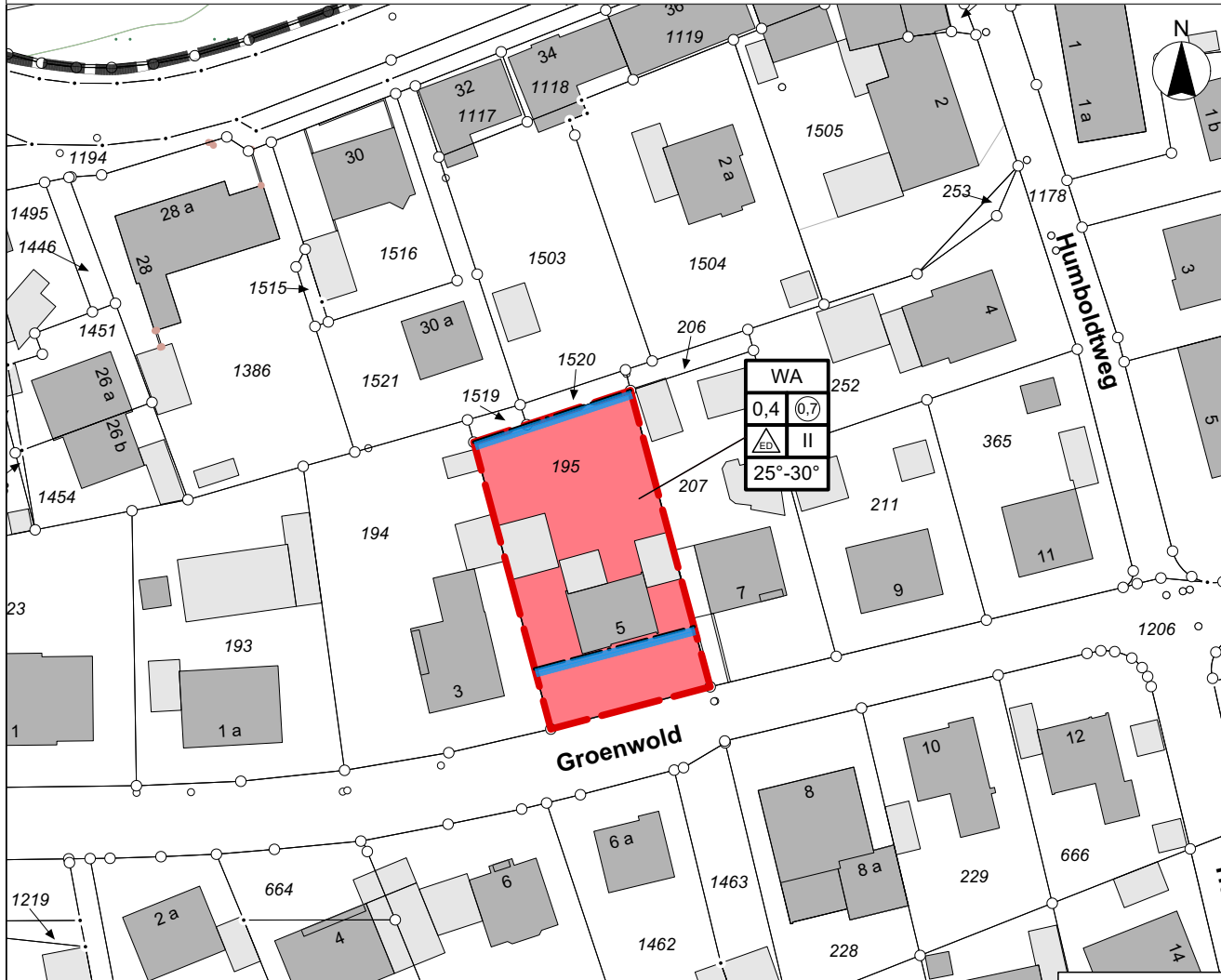
9	Industrie- und Handelskammer Nord-Westfalen zu Münster	Erstellt am: 16.08.2024 (...) zu dem oben genannten Planverfahren bringen wir keine Anregungen oder Bedenken vor.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
10	Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Münsterland Hauptstelle Coesfeld	Erstellt am: 15.08.2024 (...) im Zusammenhang mit der o. a. Bebauungsplanänderung werden von Straßen.NRW keine Anregungen oder Bedenken vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
11	LWL - Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster	Erstellt am: 09.08.2024 (...) aus bodendenkmalpflegerischer Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o. g. Planung. Wir bitten jedoch, folgende Hinweise zu berücksichtigen: 1. Der LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Münster (Tel. 0251/591-8911) oder der Stadt als Untere Denkmalbehörde sind Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit/Fossilien) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 16 und 17 DSchG NRW). 2. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um ggf. archäologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 (2) DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.	Die Stellungnahme, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen. Die genannten Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in den Bebauungsplan aufgenommen. Die Planzeichnung wird entsprechend angepasst.
12	Stadt Coesfeld: Planung, Bauordnung, Verkehr (Fachbereich 60)	Erstellt am: 19.08.2024 der Kreis Coesfeld nimmt zu o.g. Verfahren wie folgt Stellung: 70- Umwelt	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.

		keine Bedenken 63- Bauen und Wohnen keine Bedenken	
13	Stadt Dülmen: Stadtentwicklung	Erstellt am: 08.08.2024 (...) seitens der Stadt Dülmen werden keine Anregungen zu Ihrem o.g. Bauleitplan vorgetragen. Ich danke Ihnen für die Abstimmung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.
14	Vodafone West GmbH (ehemals Unitymedia)	Erstellt am: 23.07.2024 (...) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an. Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist keine Abwägung erforderlich.



Gemeinde Nottuln

24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost"



Sonstige Hinweise

1. Bodendenkmäler

Der LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Münster (Tel. 0251/591-8911) oder der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde sind Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit/Fossilien) unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden (§§ 16 und 17 DSchG NRW).

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten des betroffenen Grundstücks zu gestatten, um ggf. archäologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 (2) DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

2. Altlasten

In der vorbereitenden Bauphase (z.B. Baugrubenaushub) ist auf Anzeichen von Altablagerungen zu achten. Sofern derartige Feststellungen getroffen werden, ist das Umweltamt des Kreises Coesfeld umgehend zu verständigen. Es wird empfohlen, gem. der Satzung über die Abfallentsorgung des Kreises Coesfeld Bodenaushub soweit wie möglich im Plangebiet zu verwerten. Nach § 5 Abs. 4 Landesabfallgesetz sind beim Abbruch baulicher Anlagen alle Bauabfälle zu trennen.

3. Kampfmittel

Kampfmittel sind im Plangebiet nicht bekannt. Falls dennoch ein begründeter Kampfmittelverdacht oder tatsächlichen Kampfmittelfunde bestehen, sind die Arbeiten aus Sicherheitsgründen unverzüglich einzustellen. Die zuständige Ordnungsbehörde bzw. Kampfmittelräumdienst sind zu benachrichtigen.

4. Artenschutz

Gehölzfällung im Winter (01.10. bis 28./29.02.)

Die Fällung/ Rodung/ Beseitigung von Gehölzen ist zum Schutz von Brutvögeln in Anlehnung an die Vorschriften des allgemeinen Artenschutzes (§39 BNatSchG) nur in der Zeit vom 01.10. bis zum 28./29.02. durchzuführen.

Planzeichenerklärung

Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches

gem. § 9 Abs. 7 BauGB

— Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 7

— Grenze des räumlichen Änderungsbereiches der 24. Änderung

Planerische Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 BauGB

1. Art der baulichen Nutzung

(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §§2-11 BauNVO)

WA Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 3 BauNVO

2. Maß der baulichen Nutzung

(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §§16-21a BauNVO)

0,4 Grundflächenzahl (GRZ)

0,7 Geschossflächenzahl (GFZ)

II Anzahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

3. Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

(§9 Abs.1 Nr.2 BauGB i.V.m. §§22-23 BauNVO)

ED Baugrenze

ED Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig

4. sonstige Planzeichen

195 Flurstücksnummer

5 vorhandene Bebauung inkl. Hausnummer

25°-30° Dachneigung

Textliche Festsetzungen gem. § 9 BauGB

Die textlichen Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplanes Nr. 7 - zuletzt geändert durch den Ratsbeschluss 16.12.1997 - bleiben unverändert bestehen.

Gestalterische Festsetzungen gem. § 89 BauO NRW

Die Gestaltungssatzung des Ursprungsbebauungsplanes Nr. 7 - zuletzt geändert durch den Ratsbeschluss 16.12.1997 - bleiben unverändert bestehen.

Rechtliche Grundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung.

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung.

Planzeichenverordnung (PlanZV) i.d.F. vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994, in der zuletzt geänderten Fassung.

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2018 (GV. NRW. S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung.

Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (BekanntmVO) in der Fassung vom 26.08.1999 (GV. NRW. S. 516), in der zuletzt geänderten Fassung.

Verfahren

Der Beschluss zur Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost" ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB durch den Rat der Gemeinde Nottuln am 02.05.2023 gefasst worden. Der Beschluss wurde am 14.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht.

Nottuln, den
Bürgermeister

Die Information der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie wesentlichen Auswirkungen auf die Planung gem. § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB fand zwischen dem 29.06.2023 und dem 14.07.2023 statt. Diese wurde am 22.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht.

Nottuln, den
Bürgermeister

Dieser Plan hat als Entwurf einschließlich Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 22.07.2024 bis zum 20.08.2024 öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde am 11.07.2024 ortsüblich bekannt gemacht.

Nottuln, den
Bürgermeister

Der Rat der Gemeinde Nottuln hat am 29.10.2024 gem. § 10 BauGB in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung über die eingegangenen Stellungnahmen entschieden und die 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost" als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt. Dieser Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt.

Nottuln, den
Bürgermeister

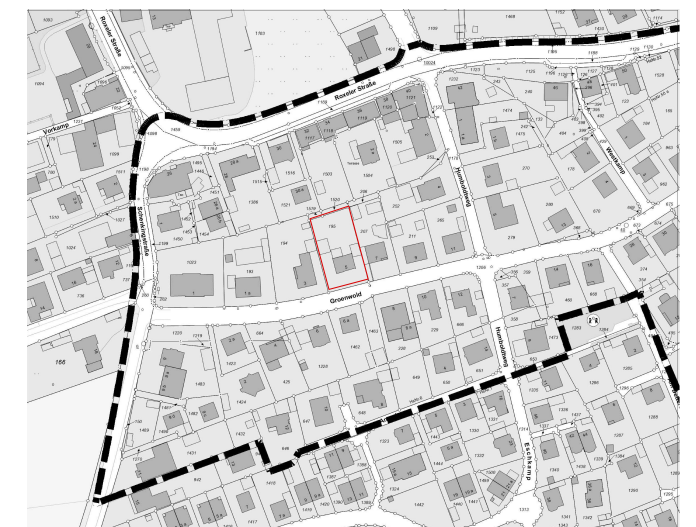
Der Satzungsbeschluss über die 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost" wurde am gem. § 10 BauGB in der zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan in Kraft treten.

Nottuln, den
Bürgermeister



Gemeinde Nottuln Ortsteil Schapdetten

Entwurf zur Offenlage der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB



Übersichtsplan: Änderungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 7 "Schapdetten Süd-Ost" (ohne Maßstab)

Ö 4.2



Gemeinde Nottuln

September 2024

24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7

„Schapdetten Süd-Ost“

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

Begründung

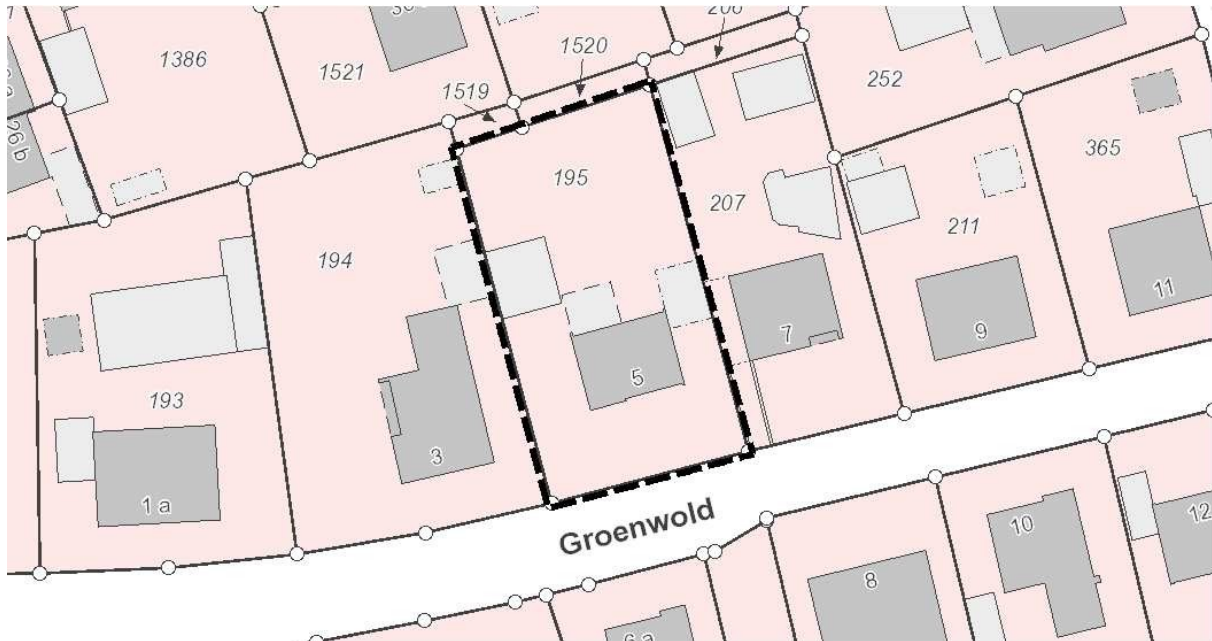
Entwurf zur Offenlage

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Geltungsbereich.....	3
2. Ziele und Zwecke der Planung.....	3
3. Beschleunigtes Verfahren.....	4
4. Planungsbindung.....	4
4.1 Regionalplan.....	4
4.2 Flächennutzungsplan.....	5
4.3 Bebauungsplan.....	5
4.4 Landschaftsplan.....	5
5. Begründung der Änderung.....	5
6. Erschließung des Geltungsbereiches.....	6
7. Auswirkungen der Bebauungsplanänderung.....	6
7.1 Belange des Immissionsschutzes.....	6
7.2 Artenschutz.....	7
7.3 Umwelt.....	7

1. Lage und Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ umfasst das Flurstück 195 im Flur 1, Gemarkung Schapdetten und befindet sich im Ortsteil Schapdetten an der Straße Groenwold. Der genaue Geltungsbereich ist dem nachfolgenden Plan zu entnehmen:



Übersichtsplan (ohne Maßstab)

--- Geltungsbereich der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“

2. Ziele und Zwecke der Planung

Das Konzept zur zukünftigen Siedlungsentwicklung der Gemeinde Nottuln beruht auf dem dreistufigen Vorgehen A) Qualitätssicherung im Bestand, B) Baulücken schließen und Nachverdichtung sowie C) Ausweisung neuer Baugebiete. Der Eigentümer beabsichtigt die weitere Bebauung des Flurstückes 195, Gemarkung Schapdetten, Flur 1. Sowohl im Flächennutzungsplan der Gemeinde Nottuln als auch im einschlägigen Bebauungsplan Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ ist das betreffende Flurstück bereits als Wohnbaufläche, bzw. allgemeines Wohngebiet dargestellt / festgesetzt. Da im Bebauungsplan die überbaubare Grundstücksfläche durch Baugrenzen beschränkt wird, ist im gegenwärtigen Stand keine weitere Bebauung im hinteren Bereich des Flurstückes möglich. Es wird eine Planänderung mit der Zielsetzung angestrebt, eine erweiterte Bebauung des betreffenden Flurstückes zu

3

Wohnzwecken planungsrechtlich zu ermöglichen und damit im Sinne der vorrangigen Nachverdichtung zu handeln. Um die genannten Planungsziele verwirklichen zu können, ist eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB vorgesehen.

3. Beschleunigtes Verfahren

Die 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 wird in einem beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Die diesbezüglichen Voraussetzungen sind erfüllt. Gem. § 13a Abs. 2 BauGB wird von einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB, dem Umweltbericht gem. § 2a BauGB, der Angabe zur Verfügbarkeit umweltbezogener Informationen gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 6a Abs. 1 sowie § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen. Der Rat der Gemeinde Nottuln hat am 02.05.2023 die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung der 24. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen (Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB).

Im beschleunigten Verfahren kann gem. § 13a Abs. 2 BauGB auf einzelne Verfahrensschritte zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 BauGB und zur Beteiligung der Behörden nach § 4 BauGB verzichtet werden. Im Verfahren der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 wurde die Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung in der Zeit vom 29.06.2023 bis zum 14.07.2023 informiert.

Eine Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB findet in der Zeit vom 22.07.2024 bis einschließlich 20.08.2024 statt.

4. Planungsbindung

4.1 Regionalplan

Der Regionalplan Münsterland stellt den Geltungsbereich als „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ dar. Aufgrund der geringen Siedlungsbedeutung wird der Ortsteil Schapdetten im Regionalplan Münsterland nicht als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ (ASB) dargestellt. Die 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ führt nicht zu einer

Änderung des Regionalplanes. Dementsprechend ist der Bebauungsplan gem. § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung angepasst.

4.2 Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Nottuln ist der Geltungsbereich der 24. Änderung bereits als Wohnbaufläche dargestellt. Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 entwickelt sich somit gem. § 8 Abs. 2 BauGB aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes heraus.

4.3 Bebauungsplan

Der betreffende Änderungsbereich befindet sich im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“. Dieser setzt den Änderungsbereich als allgemeines Wohngebiet (WA) fest. Innerhalb des betreffenden Flurstückes sind im Bebauungsplan bestehende Baugrenzen festgelegt. Diese ermöglichen im hinteren Bereich des Flurstücks jedoch keine weitere Bebauung, wie sie von dem Eigentümer gewünscht wird. Im gegenwärtigen Stand des Bebauungsplanes ist eine weitere bauliche Entwicklung des Grundstückes nicht möglich.

4.4 Landschaftsplan

Auf Grund der Lage des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ wird der Geltungsbereich nicht im Landschaftsplan dargestellt.

5. Begründung der Änderung

Eine Änderung des Bebauungsplanes hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksfläche ist erforderlich, da eine bauliche Nutzung des o.g. Änderungsbereiches zu wohnzwecken derzeit nur eingeschränkt möglich ist. Änderungen des Bebauungsplanes erfolgten in der Vergangenheit auf den benachbarten Flurstücken 194 und 193 mit Ratsbeschlüssen vom 03.06.1976 und 21.04.1977 hinsichtlich der Verschiebung der Baugrenze in ähnlicher Weise. Die Änderung in diesem Punkt ist insoweit nachvollziehbar und in Anbetracht der Priorisierung von Maßnahmen der Nachverdichtung auch begründet. Zur Wahrung eines harmonischen Ortsbildes werden die textlichen Festsetzungen des Ursprungsbebauungsplanes Nr. 7 – zuletzt geändert durch den Ratsbeschluss 16.12.1997 – sowie die zugehörige Gestaltungssatzung unverändert übernommen

6. Erschließung des Geltungsbereiches

Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des betreffenden Flurstückes erfolgt weiterhin über die Straße Groenwold. Im Falle einer Bebauung des hinteren Grundstücksbereiches kann die Zufahrt entweder separat für das Teilgrundstück oder für beide Grundstücksteile gemeinsam über den vorderen Grundstücksteil erfolgen. Die Zufahrten werden nach Bedarf privat realisiert.

Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung des Gebietes kann über die bestehenden Netze abgewickelt werden. Die Abwasserbeseitigung erfolgt durch einen Anschluss an den bestehenden Mischwasserkanal in der Straße Groenwold.

Nach entsprechenden Berechnungen unter Berücksichtigung der maximal möglichen zusätzlichen Versiegelung im Plangebiet bestehen aus Sicht der Gemeindewerke Nottuln hinsichtlich der Überlastung des Abwassersystems in den angrenzenden Erschließungsstraßen keine Bedenken.

Die Löschwasserversorgung ist für den Grundschutz von bis zu 96 m³/h über eine Dauer von zwei Stunden sichergestellt.

7. Auswirkungen der Bebauungsplanänderung

7.1 Belange des Immissionsschutzes

Wesentliche Änderungen der Lärmimmissionswerte sind durch die 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Schapdetten Süd-Ost“ und der daraus resultierenden potenziellen zusätzlichen Bebauung nicht zu erwarten. Stärkere Lärmeinwirkungen durch Verkehr sind, wenn überhaupt im Bereich der unmittelbar angrenzenden Straßen zu erwarten. Auf eine detaillierte Untersuchung wird verzichtet.

Das betreffende Grundstück wird derzeit zu Wohn-, im hinteren Teil zu Gartenzwecken genutzt. Altlasten sind daher im Geltungsbereich der 24. Änderung des Bebauungsplanes Nr.

7 nicht zu erwarten. Verdachtsflächen von Altlasten sind im Altlastenkataster des Kreises Coesfeld nicht verzeichnet.

7.2 Artenschutz

Da das Grundstück im bestehenden Zustand keine ausgeprägte Gehölzstruktur aufweist, ist bei einer zukünftigen baulichen Nutzung des Grundstückes nicht von Verstößen gegen die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG auszugehen. Auf die Erarbeitung eines artenschutzrechtlichen Fachbeitrages kann demnach verzichtet werden.

7.3 Umwelt

Durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Nachverdichtung, ist eine Bodenversiegelung zu erwarten. Dies begünstigt unter anderem die Ausbildung von Hitzeinseln und verschlechtert im Allgemeinen den Oberflächenabfluss. Gleichzeitig ist die zu erwartende Bautätigkeit mit geringen Auswirkungen auf den Naturhaushalt verbunden. Im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB werden Umweltbelange weniger dezidiert aufgearbeitet als im Regelverfahren. Der naturschutzrechtliche Ausgleich entfällt.



**öffentliche
Beschlussvorlage**
Vorlagen-Nr. **061/2024/1**

Produktbereich/Betriebszweig:
**09 Räumliche Planung und
Entwicklung, Geoinformationen**
Datum:
18.09.2024

Tagesordnungspunkt:

Denkmalbereichssatzung für den Ortskern der Gemeinde Nottuln
Hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschluss und Einstellung des Verfahrens

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss zur Aufstellung einer Denkmalbereichssatzung vom 14.05.2024 wird aufgehoben.

Finanzielle Auswirkungen:

Erarbeitung Denkmalbereichs- und Gestaltungs- sowie Werbesatzung	57.027,18 €
Förderung Gestaltungssatzung (60 %)	16.800,00 €
Gesamtkosten für die Gemeinde Nottuln	40.227,18 €

Klimatische Auswirkungen:

Durch die Beschlussfassung von einer Denkmalbereichssatzungen wird keine direkten Bautätigkeiten ausgelöst, sodass es keine direkten klimatischen Auswirkungen gibt.

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Ausschuss Planen und Bauen	01.10.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	
Rat	29.10.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	

...

Vorlage Nr. 061/2024/1

--	--	--	--	--

gez. Dr. Thönnies

Sachverhalt:

Der Rat der Gemeinde Nottuln hat am 17.09.2024 die Aufstellung einer Erhaltungssatzung beschlossen. Diese sollte der Wahrung der städtebaulichen Gestalt im Bereich des historischen Ortskerns dienen. Aufgrund der in der VL 116/2024 sowie in der Ausschusssitzung für Planen und Bauen am 27.08.2024 erläuterten Gründe ist die Aufstellung einer Denkmalbereichssatzung nicht das zielführende Instrument zur Wahrung des Ortskerns, sondern vielmehr die Aufstellung einer Erhaltungssatzung.

Dies führt die Verwaltung dazu den Aufstellungsbeschluss für eine Denkmalbereichssatzung formal aufheben zu wollen.

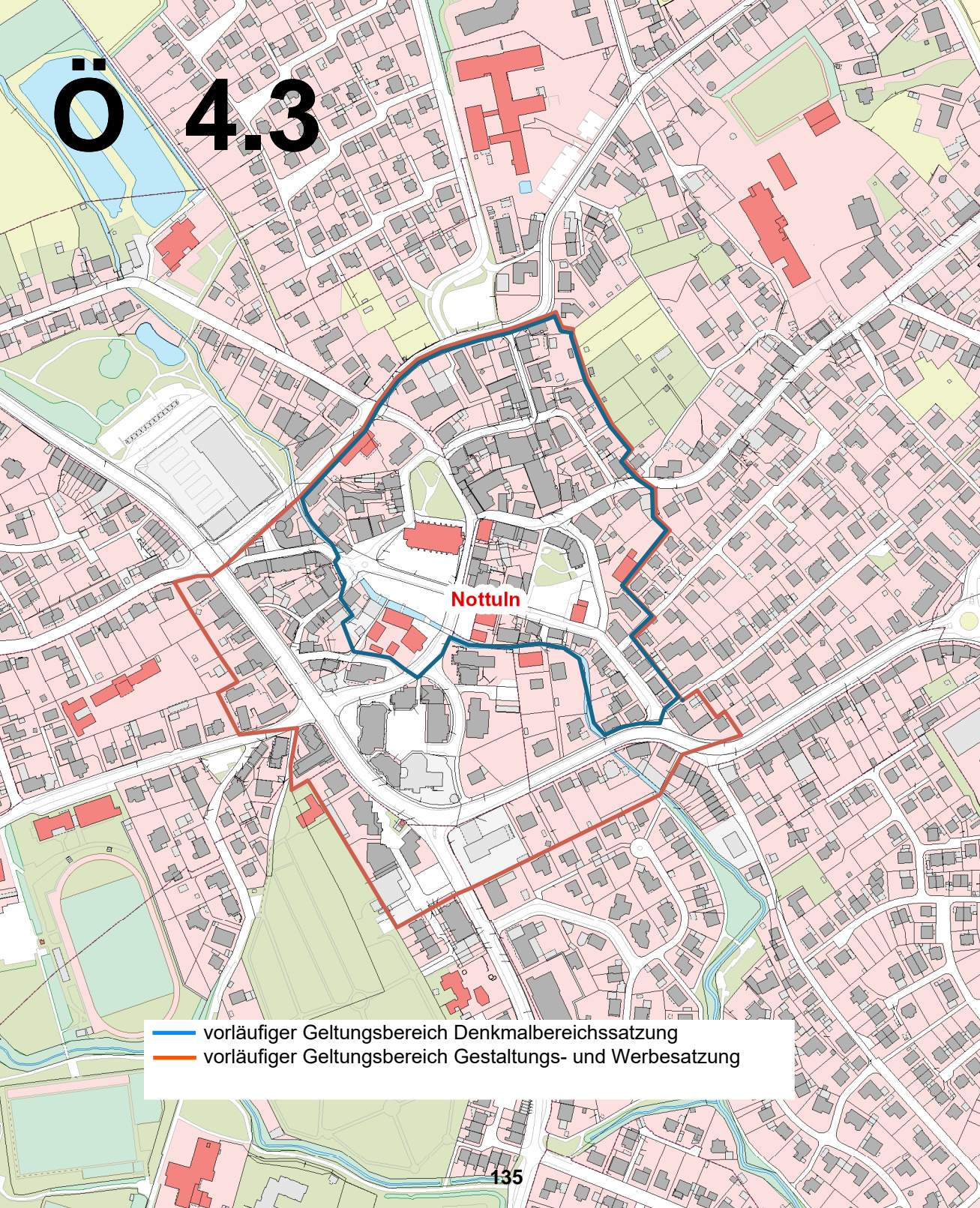
Anlagen:

Anlage 1 – Geltungsbereich der Denkmalbereichssatzung



Verfasst:
gez. Mütherig, Elisa

Fachbereichsleitung:
gez. Breuksch

Ö 4.3



Nottuln

-  vorläufiger Geltungsbereich Denkmalbereichssatzung
-  vorläufiger Geltungsbereich Gestaltungs- und Werbesatzung

Ö

5

Gemeinde Nottuln
Der Bürgermeister



öffentliche Beschlussvorlage Vorlagen-Nr. 151/2024
--

Produktbereich/Betriebszweig: 10 Bauen und Wohnen Datum: 18.10.2024
--

Tagesordnungspunkt:

Sachstand Genossenschaft Lerchenhorst

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Klimatische Auswirkungen:

Keine

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Rat	29.10.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	

gez. Kohaus

...

Sachverhalt:

In der Sitzung wird ein kurzer Sachstandsbericht über die bisherige Entwicklung der Genossenschaft Lerchenhorst gegeben.

Verfasst:
gez.

Fachbereichsleitung:



**öffentliche
Beschlussvorlage**
Vorlagen-Nr. 147/2024

Produktbereich/Betriebszweig:
01 Innere Verwaltung
Datum:
17.10.2024

Tagesordnungspunkt:

Einbringung des Haushaltsentwurfes 2025

Beschlussvorschlag:

Der eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung 2025 mit seinen Anlagen wird an die Fachausschüsse und zur Vorbereitung der Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen für die Jahre 2025 bis 2028 sind im Haushaltsplanentwurf 2025 dargestellt.

Klimatische Auswirkungen:

keine

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung			
Rat	29.10.2024	öffentlich			
	Beratungsergebnis				
	einstimmig	ja	nein	enthalten	

...

Vorlage Nr. 147/2024

gez. Kohaus

Sachverhalt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit seinen Anlagen für das Haushaltsjahr 2025 wird von dem Bürgermeister gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Gemeindeordnung für das Land NRW in die Ratssitzung eingebracht.

Verfasst:
gez. Schulz, Elke

Fachbereichsleitung:
gez. Bomholt